

UTOPIE kreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

155 · September 2003

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz	787
Essay	
MAX KOCH Die Krise der Demokratie in Chile	789
Wirtschaft & Politik	
ANJA LAABS Subventionierter Hunger	798
OLIVER SCHÖLLER »Bertelsmann geht voran!«	803
JÜRGEN KLUTE Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie	812
JOCHEN EBEL, BERTHOLD KÜHN Reduzierung der Arbeitslosigkeit durch Verkürzung der Arbeitszeit	819
Programmdiskussion: Gretchenfrage Eigentum	
ULRICH BUSCH Eigentumskritik und alternative Gestaltungsoptionen	830
HANS-GEORG TROST Die Eigentumsfrage in der Programmdebatte der PDS	841
Interview	
PATRICK CUNINGHAME Für eine Untersuchung der Autonomia Interview mit Sergio Bologna	848
Standorte	
THOMAS KACHEL, JULIA SCHARF Soziale Sicherheit für Europa!	858

Konferenzen & Veranstaltungen

SILKE VETH
»Fünf Stunden mehr für Liebe und Verkehr« 862

Festplatte

WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 864

Bücher & Zeitschriften

Stefan Bollinger, Ulrich van der Heiden (Hrsg.):
Deutsche Einheit und Elitenwechsel in Ostdeutschland 866
(GÜNTER KRAUSE)

Dan Jakobowicz:
Genuss und Nachhaltigkeit.
Handbuch zur Veränderung des persönlichen Lebensstils. 867
(ARNDT HOPFMANN)

Werner Sombart:
Nationalökonomie als Kapitalismustheorie.
Ausgewählte Schriften,
hrsg. von Alexander Ebner und Helge Peukert 868
(ULRICH BUSCH)

Hanna Behrend:
Demokratische Mitbestimmungsrechte
unter DDR-Bedingungen. Die ambivalenten
Strukturen an den Universitäten 870
(ANNELIESE BRAUN)

Michael Brie, Michael Chrapa, Dieter Klein:
Sozialismus als Tagesaufgabe 872
(KLAUS-DIETER WÜSTNECK)

Theodor Bergmann, Wolfgang Haible, Gert Schäfer (Hrsg.):
Geschichte wird gemacht. Soziale Triebkräfte
und internationale Arbeiterbewegung im 21. Jahrhundert 873
(MARIO KESSLER)

Moshe Zuckermann:
Zweierlei Israel. Auskünfte eines marxistischen Juden
an Thomas Ebermann, Hermann L. Gremliza
und Volker Weiß 876
(BENNO HERZOG)

Summaries 878

An unsere Autorinnen und Autoren 880
Impressum

VorSatz

Unterdessen existiert kaum etwas, das nicht »reformiert« würde. Sieht man einmal von den Eigentumsverhältnissen ab; aber sogar die werden umgebaut: Immer weniger Menschen gehört immer mehr.

Selbst in der »Gedenkkultur« findet seit einiger Zeit die große Reform statt, wenn auch mit weniger Getöse als bei der Zerstörung der Risikovorsorge. »Wer noch einmal eine Waffe anrührt, dem soll die Hand verdorren«, lautete ein parteiübergreifender Politikerspruch der unmittelbaren Nachkriegszeit. Der Bezug war jedem klar: Es war der am 1. September 1939 begonnene Krieg, der ohne millionenhafte Beteiligung waffentragender Männer nicht zu führen gewesen wäre. Wenig später jedoch ließ die Wiederbewaffnung in Ost und West diese Devise in die Asservatenkammer wandern. Nun hieß es – immer noch mit Blick auf den 1. September – »Nie wieder«, und jeder verstand: »Nie wieder Krieg«.

Rot-Grün hat schon in seiner ersten Legislaturperiode Deutschland von derlei Zumutungen befreit; es geht wieder pflichtbewußt zu: Der 1. September soll ein Tag wie jeder andere werden. Doch da Ewiggestrige es nicht lassen können, in der Vergangenheit rumzustochern, muß auch hier reformiert werden. Den Deutschen soll endlich Gerechtigkeit widerfahren. Dazu muß der Nazifaschismus langsam in der Geschichte versinken und an Relevanz für das heutige Handeln – sei es wirtschaftlicher, politischer oder militärischer Natur – verlieren. Das kann dauerhaft natürlich nur gelingen, wenn man die Deutschen vom Kainsmal des Verbrechens befreit. Was so schwierig übrigens nicht ist – vorausgesetzt man nimmt den »richtigen Standpunkt« ein und diskutiert den Krieg von seinem Ende her. Da bleiben auf deutscher Seite fast nur Opfer übrig.

Beispiel 1: Stalingrad und der deutsche Soldat, der umkam oder – noch schlimmer – in der Gefangenschaft erfror beziehungsweise verhungerte, zusammen mit seinen sowjetischen Bewachern (was aber uninteressant ist und deshalb nicht erwähnt zu werden braucht). Lange fiel das Gedenken nicht so inbrünstig aus wie im Februar dieses Jahres. Daß die deutschen Soldaten nicht via Reisebüro eines sowjetischen Veranstalters nach Stalingrad gelangt waren, hörte man allerdings höchstens am Rande. Das diesjährige Jubiläum war gut vorbereitet: Seit Sommer 2002 hatte sich nicht zuletzt der Deutschlandfunk, unterstützt von Prominenten wie Hans-Dietrich Genscher, engagiert, das Schicksal der einzelnen Soldaten freizulegen und ihnen ihr Gesicht wiederzugeben. Es wurde bei den Hörern um Materialien, Fotos, Briefe und Tagebücher nachgesucht. Der Sache war

Erfolg beschieden: Der 70. Jahrestag der Machtübergabe an die Nazis verschwand fast vollständig hinter dem 60. Jahrestag der Niederlage von Stalingrad. Am »Zentrum für Zeitgeschichtliche Forschungen« in Potsdam empfand man es sogar als geschmackvoll, die Stalingrad-Konferenz am 30. Januar durchzuführen.

Beispiel 2: Der Bombenkrieg gegen die deutsche Zivilbevölkerung. In seinem Buch »Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940 bis 1945« (2002) erzählt Jörg Friedrich kaum etwas, was nicht seit Jahrzehnten bekannt wäre. Trotzdem wurde der Titel »hochgeschrieben« – und prompt ein Riesenerfolg. Denn das Buch bedient die Melodie: die Deutschen als Opfer. Daß vorher Guernica, Warschau, Le Havre, London und so weiter samt dortiger Bevölkerung eingäschert wurden, hat natürlich von den Deutschen niemand gewußt, genausowenig, wie man etwas von der Judenverfolgung und von den Greueln während des Feldzuges gegen die Sowjetunion erfahren hatte, auch wenn seit spätestens 1944 die stehende Redewendung bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit lautete: »Genieße den Krieg, der Frieden wird furchtbar.«

Manchmal ist es nicht von Nachteil, in vergilbten Nazi-Schwarten nachzublättern. Wenn man dafür nicht viel Geld ausgeben möchte, besucht man am besten Antiquariate im Ausland. In diesem Sommer fielen mir im südböhmischen Jindřichův Hradec zwei ausgesprochen bemerkenswerte Entäußerungen zum Thema Bombenterror in die Hände: »Unsere Flieger über Polen. Vier Frontoffiziere berichten«, versehen mit instruktiven Fotos und stolzen Bildunterschriften (»So sah es in dem von Stukas angegriffenen Sulejow aus«). Die Auflage erreichte 1939 übrigens noch das 80. Tausend. Nicht minder zu empfehlen: »Hölle über Frankreich. Unsere Luftgeschwader im Angriff«, 1940, gleiche Ausstattung: »Strategisch wichtiger Ort in Nordfrankreich, den die Luftwaffe erfolgreich mit Bomben belegte«. Der Autor – Jupp Müller-Marein – nannte sich nach 1945 Joseph Müller-Marein und zählte zu den antifaschistischen Vorzeigejournalisten der Bundesrepublik.

Beispiel 3: Die Vertreibungen aus Osteuropa und Ostdeutschland. Hier spielt die FAZ seit Anfang der neunziger Jahre eine Vorreiterrolle. Einen vorläufigen Höhepunkt erreichte deren Kampagne – vor allem gegenüber Tschechien – im ersten Halbjahr 2002: Einer der Herausgeber forderte ein Junktim zwischen EU-Beitritt und Aufhebung der Beneš-Dekrete. Im Frühsommer 2002 brach die Kampagne allerdings ziemlich jäh ab. Die damalige tschechische Regierung hatte überzeugend signalisiert, sich nicht erpressen lassen zu wollen. Die wirtschaftlichen Interessen der deutschen Eliten an einem tschechischen EU-Beitritt wogen letztlich schwerer. Doch das Thema ist nicht aufgehoben, es ist nur aufgeschoben. Edmund Stoiber spielt weiter auf diesem Instrument, Friedrich Merz kümmert sich neuerdings um Polen.

UTOPIE kreativ ist immer noch nicht in der Bundesrepublik des Opferkultes angekommen; wir werden auch künftig den Krieg von seinem Anfang her diskutieren, und der begann am 1. September – mit polnischen Opfern.

JÖRN SCHÜTRUMPF

MAX KOCH

Die Krise der Demokratie in Chile

Vor dreißig Jahren wurde die Regierung der Unidad Popular (UP) in einem Staatsstreich abgesetzt. Ein Blick auf ihre Reformpolitik erscheint von mehr als historischem Interesse, steht die UP doch für den seltenen Versuch, Wirtschaft und Gesellschaft sozialistisch umzugestalten und dabei mit demokratischen Mitteln und unter Respektierung der politischen Opposition vorzugehen. Aufstieg und Fall der UP verdanken sich einer Reihe von Faktoren, von denen die »hausgemachten Probleme« im Mittelpunkt des vorliegenden Beitrags stehen sollen. Wichtige externe Faktoren, die ebenfalls zum Sturz der Regierung Allende beigetragen haben, wie die Politik der USA und Kubas, bleiben dagegen weitgehend unerörtert.¹ Ich skizziere zunächst die politischen und ökonomischen Hintergründe der Wahl Allendes, diskutiere zweitens die Reformen der UP und beleuchte drittens die Krise der chilenischen Demokratie 1973.

Chile vor 1970

Bis in die 70er Jahre hinein beruhte das Akkumulationsregime des chilenischen Kapitalismus auf der Entwicklungsstrategie der industriellen Importsubstitution. Dabei sicherte der Staat die Industrialisierung durch ein Bündel von Maßnahmen, zu denen hohe Zollmauern als Schutz für den Binnenmarkt, preiswerte Kredite und Steuerbefreiungen für einheimische Investoren ebenso gehörten wie direkte Investitionen. In Chile unterscheidet man zwei Phasen der industriellen Importsubstitution: In einer ersten Etappe (*sustitución fácil*, 1940 bis 1954) wurde die interne Nachfrage nach Industrieprodukten ins Zentrum der wirtschafts- und sozialpolitischen Entwicklung gerückt. Die Konsumgüter produzierende Industrie wuchs rasch, vor allem die Textil- und Schuhindustrie. Der Anteil der Industrie am Bruttosozialprodukt (BSP) erhöhte sich in den 40er und frühen 50er Jahren von 13,6 auf 24,9 Prozent und die industrielle Beschäftigung wuchs um 70 Prozent. Aber während das industrielle Wachstum durchschnittlich 7,9 Prozent jährlich betrug, stagnierten andere Sektoren (Landwirtschaft: 1,7 Prozent, Bergbau: -0,5 Prozent), so daß das durchschnittliche Wachstum bei lediglich 3,3 Prozent jährlich lag. Diese sektorale Ungleichheit wurde so lange kompensiert wie die Deviseneinnahmen stabil blieben. Dies war aufgrund der hohen Nachfrage nach Kupfer während des Zweiten Weltkriegs und des Koreakriegs gegeben. Nach dem Koreakrieg gab der Kupferpreis nach, die Handelssituation Chiles verschlechterte sich und das eingeschlagene Entwicklungsmodell wurde in Frage gestellt.

Max Koch – Jg. 1966; Dr. phil. habil., lehrt Soziologie an der School of Sociology and Applied Social Studies, University of Ulster; wichtigste Veröffentlichungen: Vom Strukturwandel einer Klassengesellschaft (Münster 1994/1998); Unternehmen Transformation. Sozialstruktur und gesellschaftlicher Wandel in Chile (Frankfurt a. M. 1998); Arbeitsmärkte und Sozialstrukturen in Europa (Wiesbaden (2003).

1 Zur kompromittierenden Rolle der USA beim Sturz Allendes vgl. House of Representatives (1975), Farnsworth et al. (1973) und Petras/Morley (1975), zur Rolle Kubas vgl. Elizondo (1995).

Die Phase der »einfachen Importsubstitution« ging 1954 zu Ende. Das BSP war um 3,5 Prozent geschrumpft und das Wachstum des industriellen Sektors verlangsamte sich zwischen 1955 und 1960 auf 2,8 Prozent. Es begann nunmehr die Ära der »komplizierten Importsubstitution« (*sustitución difícil*), während derer mit verschiedenen politisch-ökonomischen Strategien versucht wurde, die Probleme in den Griff zu bekommen. Die drei in diesem Zusammenhang zu unterscheidenden wirtschafts- und entwicklungspolitischen Kurse sind verbunden mit der Amtszeit der Präsidenten Ibañez (1952-58), Alessandri (1958-64) und Frei (1964-70). Als unabhängiger Kandidat wurde Carlos Ibañez 1952 mit einem populistischen und pragmatischen Programm zum Präsidenten gewählt. Er gab vor, über dem Parteienstreit zu stehen und orientierte sich an faschistischen und populistischen Führern Europas. Er suchte die vorgeblich »unpolitischen Massen« zu verbinden, indem er beispielsweise Entfremdungstendenzen zwischen politischer Klasse und einfacher Bevölkerung aufgriff. Im Unterschied zu anderen populistischen Bewegungen vermochte die Regierung Ibañez sich jedoch nicht als eigenständige politische Kraft zu konsolidieren. Unter dem Druck einer sich ständig zuspitzenden Inflation und steigender Lebenshaltungskosten brachte die Regierung genau die Bevölkerungsgruppen gegen sich auf, die sie mehrheitlich gewählt hatten. Die Heterogenität ihrer sozialen Basis wurde zunehmend problematisch; am Ende sah sich Ibañez gezwungen, auf die Unterstützung aus dem ursprünglich angeprangerten etablierten Parteienspektrum zurückzugreifen. Er ging eine Koalition mit der politischen Rechten ein.

Bei der Präsidentschaftswahl von 1958 setzte sich der konservative Kandidat Jorge Alessandri knapp gegen Salvador Allende von der 1956 von Kommunisten und Sozialisten gegründeten *Frente de Acción Popular* durch. Eduardo Frei, der die zum ersten Mal unabhängig antretenden Christdemokraten vertrat, erreichte den dritten Platz.² Auch Alessandri nahm sich vor, die wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes zu lösen. Um Stagnation und Inflation zu überwinden, reorganisierte er die Staatsverwaltung, führte ein neues Steuersystem ein und setzte auf private Initiative. Größeren sozialen und wirtschaftlichen Reformen widersetzte er sich. Erst als die konservativ-liberalen Kräfte Anfang der 60er Jahre ihre Mehrheit im Kongreß verloren, kam es zum Beispiel im Agrarbereich zu ersten Veränderungen. Enteignungen erfolgten jedoch nur in Ausnahmefällen, die Privilegien der Großgrundbesitzer blieben weitgehend unangetastet. Auf das Ausbleiben einer wirklichen Umverteilung von Grund und Boden reagierte die Landbevölkerung mit gewerkschaftlicher Organisation und Stimmabgabe für die politische Linke. Die Polarisierung und Radikalisierung der Wählerschaft nahm zu, so daß Anfang der 60er Jahre ein Wahlsieg der Linken nicht mehr ausgeschlossen schien. Angesichts dessen verzichtete die Rechte bei den Präsidentschaftswahlen 1964 auf einen eigenen Kandidaten und unterstützte den Christdemokraten Frei als das »kleinere Übel«. Die Christdemokraten, welche die Wahlen auf der Grundlage dieses Schulterchlusses deutlich gewannen, traten mit einem wirtschaftlichen Reformplan an, welcher Agrarreformen, die partielle Nationalisierung des Kupfers, Monopol- und Inflationskontrolle, Export-

2 Auf Alessandri entfielen 389 000 oder 31,6 % der abgegebenen Stimmen, auf Allende 356 000 oder 28,8 % und auf Frei 255 000 oder 20,7 %.

stimulierung, Steuerreformen sowie Maßnahmen zur Lohn- und Preisstabilisierung umfaßte. In politischer Hinsicht drängte man auf eine Verfassungsreform und auf eine Demokratisierung des Bildungswesens. Man nahm sich weiterhin zum Ziel, das öffentliche Gesundheitssystem zu reformieren und gewerkschaftliche Positionen innerhalb der industriellen Beziehungen aufzuwerten. Während die politischen Ziele von Freis *Revolución en Libertad* als weitgehend in die Tat umgesetzt gelten, ließen sich die wirtschaftlichen Inhalte weitaus schwieriger verwirklichen. Dies lag unter anderem am Widerstand der Opposition, der die geplanten Maßnahmen entweder zu weit (Rechte) oder nicht weit genug (Linke) gingen. Ein unbeabsichtigter Nebeneffekt der eingeleiteten Sozialreformen war eine Verhärtung der Parteienfronten und eine Eskalation der politischen Dynamik, welche sich in immer radikalerer Form Luft zu machen begann.

Die Regierung Frei war sich der Tatsache bewußt, daß weitreichende strukturelle Reformen mit kurzfristigen ökonomischen Ungleichgewichten einhergehen können. So räumte man etwa im Falle einer zu rasanten inflationären Entwicklung der makroökonomischen Stabilität Priorität vor der weiteren Durchsetzung von Reformen ein. Obwohl diese Prioritätensetzung das Reformtempo verlangsamte, waren am Ende der Regierungszeit Freis Bodenreformen begonnen und Teile der *Campesinos* am Grundbesitz beteiligt worden. Ein Teil der Eigentumsrechte an den großen Kupferminen war in Nationaleigentum übergegangen.³ Begünstigt durch einen relativ hohen Kupferpreis, führten diese Nationalisierungen zu einem Anstieg der Staatseinnahmen. Die öffentlichen Ausgaben konnten ausgedehnt und zur Subventionierung kleinerer und mittlerer Einkommensgruppen verwendet werden. Die Löhne wurden per Gesetz an die Inflationsrate gekoppelt. Insgesamt lag das wirtschaftliche Wachstum zwischen 1965 und 1970 bei 3,9 Prozent und die Inflationsrate bei 26 Prozent, wobei die Werte für den Zeitraum 1968-70 weitaus schlechter ausfielen als für die erste Hälfte der Legislaturperiode. Die Ergebnisse der Reformregierung Frei sind zwiespältig. Einerseits verweisen Beobachter auf die gelungenen ersten drei Jahre, in denen das Wachstum gesteigert und die Inflation gesenkt worden waren. Andererseits gab es ein Gefühl frustrierter Erwartungen in weiten Teilen der Bevölkerung hinsichtlich der Reichweite der Reformen.⁴ Für die Linke schien nur eine konsequent sozialistische Transformationsperspektive den Ausweg aus der Stagnation der letzten Frei-Jahre zu weisen. Diese Position machten sich gegen Ende der 60er Jahre nicht nur die traditionelle Linke, sondern auch Teile der Christdemokraten und der Radikalen Partei zu eigen. Es kam zur Abspaltung der MAPU (*Movimiento de Acción Popular Unitaria*) von den Christdemokraten und zur Vereinigung dieser Gruppe mit der Linken. Ende 1969 wurde das Wahlbündnis der *Unidad Popular* gegründet, in das trotz mitunter heftiger interner Konflikte Kommunisten, Sozialisten, Radikale, MAPU und diverse kleinere Gruppierungen eintraten. Auf der Basis dieser relativ breiten Koalition wurde Salvador Allende 1970 – in seinem vierten Anlauf seit 1952 – zum Präsidenten Chiles gewählt.⁵

3 Die christdemokratische Regierung Eduardo Frei hatte insbesondere auf zwei Gebieten soziale und ökonomische Reformen auf den Weg gebracht, wodurch die traditionellen Machtstrukturen partiell in Frage gestellt worden waren. Die *Reforma Agraria* von 1967 sah die Gründung landwirtschaftlicher Kooperativen vor. Wo sich die gewünschten Eigentumsformen nicht unter Kooperation der Privatbesitzer an Grund und Boden herstellen ließen, wurden erste Enteignungen vollzogen, welche gegen den erbitterten Widerstand der chilenischen Rechten durchgesetzt werden mußten. Ein zweites Gesetz galt der Nationalisierung der Kupferbergwerke. Diese Nationalisierungen wurden noch unter Frei eingeleitet und unter Allende abgeschlossen.

4 Als ein Indikator dafür mag die rasante Zunahme von Streiks von 648 auf 1580 zwischen 1968 und 1970 gelten (Martner 1988).

5 Die Wahl war erneut knapp ausgefallen. Jorge Alessandri, der nach 1958 zum zweiten Male für die Rechte angetreten war, fehlten am Ende nur rund 40 000 Stimmen zum Sieg, während der Kandidat der Christdemokraten, Rado-miro Tomic, deutlicher abgeschlagen war. Allende kam auf 1 070 000 Stimmen oder 36,6 %, Alessandri auf 1 031 000 oder 35,3 % und Tomic auf 821 000 oder 28,1 %.

6 Vgl. für eine weiterführende Diskussion Aranda/Martínez 1971, Caputo/Pizarro 1971, Ramos 1972 und Sanfuentes 1973. Den Versuch einer Gesamtinterpretation unternehmen Larrain/Meller 1990 und Garretón 1993.

Die Reformpolitik der Unidad Popular

Für die neue Regierung wies die chilenische Wirtschafts- und Sozialstruktur schwerwiegende Anomalien auf (Alaluf 1971).⁶ Zunächst war die Wirtschaft hochgradig konzentriert. 17 Prozent der Firmen verfügten über etwa 78 Prozent aller Aktiva. In der Industrie konzentrierten sich bei 3 Prozent der Firmen etwa 60 Prozent des Kapitals. In der Landwirtschaft besaßen 2 Prozent der Landbesitzer 55 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Im Bergbau kontrollierten drei US-amerikanische Firmen die Kupferproduktion. Im Kreditwesen hielten drei Privatbanken die Kontrolle über etwa 50 Prozent der Einlagen und Kredite. Ein weiterer struktureller Nachteil der chilenischen Wirtschaft war ihre externe Abhängigkeit, vor allem vom Kupferpreis. Wirtschaftsminister Pedro Vuskovic (1970) kritisierte den Einfluß des ausländischen Kapitals auf die chilenische Wirtschaft, welcher darin zum Ausdruck kam, daß von den 100 größten Firmen 61 ausländische Beteiligungen aufwiesen. Schließlich wurde die Einkommensverteilung als ungerecht empfunden, da auf das ärmste Zehntel der Bevölkerung lediglich 1,5 Prozent des Gesamteinkommens entfielen, während das reichste Dezil über 40 Prozent verfügte.

Die UP zielte auf die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise. Kernstück dieser Politik war die Verstaatlichung bzw. Vergesellschaftung der wichtigsten Ressourcen Chiles. Bodenschätze wie Kupfer, Kohle, Salpeter, Eisen und Stahl sollten nationalisiert, größere industrielle Unternehmen kontrolliert, das Bankwesen verstaatlicht und die Agrarreform intensiviert werden. Der gesellschaftliche Reichtum sollte nicht mehr einer zahlenmäßig kleinen, aber einflußreichen Minderheit zugute kommen, sondern den unmittelbaren Produzenten selbst. Im Gegensatz zur Regierung Frei hielt man es für möglich, die mit diesem Ziel verbundenen umfassenden strukturellen Eingriffe ohne größere ökonomische Störungen und sogar mit kurzfristigen Erfolgen in die Tat umzusetzen (García 1971). So wurde die Inflation keineswegs als sekundäres Problem angesehen, hatte man doch allen vorherigen Regierungen vorgehalten, sie nicht wirksam bekämpft zu haben. Die UP war der Auffassung, es handele sich dabei um ein ausschließlich strukturelles Phänomen. Staatliche Kontrolle über Preise und produktiven Apparat, verbunden mit einer deutlichen Anhebung der Löhne, sollten von alleine dazu führen, daß die Löhne schneller wachsen als die Preise und damit eine Eindämmung der Inflation bewirken.

Betrachtet man die strukturellen Reformen im einzelnen, so herrschte über die *chilenización* des Kupfers ein weitgehender gesellschaftlicher Konsens.⁷ Bereits 1967 hatte das staatliche Kupferkonsortium CODELCO (*Corporación del Cobre*) 51 Prozent der Mine *El Teniente* von der US-Firma Kennecott gekauft. Weiterhin waren jeweils 25 Prozent der Minen *Andina* und *Exótica* erworben worden. Der Preis war bereits gegen Ende der 60er Jahre quasi explodiert, und der Druck auf die Regierung Frei zur Übernahme weiterer Kupferminen hatte entsprechend zugenommen. Die UP kam mit dem festen Willen an die Macht, die Nationalisierung des Kupfers so schnell wie möglich abzuschließen. Man tat dies mit Hilfe einer konstitutionellen Reform, die im Juli 1971 vom Kongreß ge-

7 Auch der christdemokratische Präsidentschaftskandidat Radomiro Tomic hatte im Wahlkampf die weitere Nationalisierung des Kupfers angekündigt.

billigt wurde. Damit wurden alle großen Minen – *Chuquicamata, El Teniente, Exótica* – zum Eigentum des chilenischen Staates. Zudem übernahm die Regierung die Kontrolle der großen Minen im Bereich der Kohle-, Eisen- und Salpeterindustrie. Bereits Ende 1971 war das Wahlprogramm der UP in bezug auf die *Gran Minería* erfüllt.

Bei der Beschleunigung und Vertiefung der Agrarreformen konnte sich die UP auf die bereits aus der Zeit der Administrationen Alessandri und Frei bestehende Gesetzeslage berufen. Mitte 1972 waren praktisch alle in Privateigentum befindlichen *haciendas* über 80 Hektar enteignet. Dies entsprach rund 10 Millionen Hektar oder 60 Prozent der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche Chiles.⁸ Allerdings wuchs nicht nur die Zahl der legal enteigneten Grundstücke beständig, sondern es kam zu illegalen Hofbesetzungen durch die Bauern – die *tomas*. Allein 1971 wurden 500 Höfe illegal besetzt. Dies brachte die Regierung in einen Konflikt zwischen der immer wieder bekundeten Treue zu Recht und Gesetz und der Solidarität mit der Bewegung der *campesinos*. Jacques Chonchol, Landwirtschaftsminister der UP 1970 bis 1972, erwähnte in diesem Zusammenhang in einem Interview, daß es für die sozialistische Regierung »außerhalb aller Diskussion« gewesen sei, die Polizei zur Verteidigung der privaten Höfe gegen die Bauern und damit die eigene Basis aufmarschieren zu lassen.

Das rasante Enteignungstempo erforderte eine deutliche Erhöhung des entsprechenden staatlichen Personals. Allein die *Corporación de la Reforma Agraria* (CORA), die wichtigste Regierungsorganisation im Agrarsektor, baute ihr Personal um 70 Prozent aus (Larrain/Meller 1990, S. 164). Während die vorhergehende Regierung das Prinzip des *asentamiento* verfolgt hatte, nach dem jeder exproprierte Hof direkt an eine Kooperative von Bauern vergeben wurde, führte die Regierung Allende die *Centros de Reforma Agraria* ein, welche geographisch benachbarte Grundstücke zunächst als staatliche Besitzformen zusammenfaßte. Erst danach sollte das Land an die Bauern weitergegeben werden. Dieser Zwischenschritt verzögerte die Vergabe der landwirtschaftlichen Nutzflächen an die Bauern beträchtlich – mit dem Ergebnis, daß gegen Ende der Regierungszeit der UP zwar der Großgrundbesitz als vorherrschende landwirtschaftliche Besitzform zerschlagen, die Mehrzahl der enteigneten Ländereien jedoch in staatlicher Hand verblieben war.

Im Bankensektor wäre jeder Versuch, auf konstitutionellem Wege zu Verstaatlichungen zu kommen, am Widerstand der oppositionellen Mehrheit im Kongreß gescheitert. Deshalb entschloß sich die Regierung zum massenhaften Ankauf von Aktienpaketen zu nicht unattraktiven Preisen. Angesichts der unsicheren politischen Situation entschieden sich viele Aktionäre für den Verkauf, so daß Finanzminister Américo Zorrilla bereits im November 1971 den weitgehenden Abschluß der Nationalisierung des Bankensektors verkünden konnte. Zu diesem Zeitpunkt kontrollierte der Staat sechzehn größere Banken und 90 Prozent des Kreditvolumens (Larrain/Meller 1990, S. 165). Im industriellen Sektor stieß die Verstaatlichungspolitik der UP auf den größten Widerstand. Weil die aus dem Bankwesen bewährte Methode des Aufkaufs von Besitztümern hier nicht ohne weiteres funktionierte, bemühte die Regierung ein zuvor nicht

8 Die UP enteignete allein im Jahre 1971 so viele Grundstücke wie die Christdemokraten in ihrer gesamten Amtszeit zwischen 1964 und 1970.

9 Zu den beliebig auslegbaren Enteignungsgründen gehörten Preisspekulation, Hamsterei und Produktionsausfall in Zeiten der Knappheit.

10 Die Privatunternehmer leisteten vielmehr mitunter hartnäckigen Widerstand. Von besonderer symbolischer Bedeutung war der Fall der *Compañía Manufacturera de Papeles y Cartones* (Papelería), deren Präsident Allendes rechter Gegenspieler Jorge Alessandri war. Dieses Unternehmen war bei der Papierherstellung quasi Monopolist und insofern von strategischer Bedeutung für das Erscheinen regierungskritischer Zeitungen.

angewandtes Gesetz von 1932, das die Verstaatlichung von Unternehmen in bestimmten Situationen erlaubte.⁹ Dazu fand sich ein weiteres Gesetz aus den 40er Jahren, welches staatliche Intervention in private Unternehmungen bei Arbeitskonflikten erlaubte. Nun waren Arbeitskämpfe in dieser Zeit die Regel und wurden nicht selten von Arbeitern initiiert, die der Regierung nahe standen. Viele Unternehmer wurden auf diese Weise dazu gebracht, ihre Unternehmen an den Staat zu verkaufen. Als Konsequenz dieser Politik kontrollierte der Staat im September 1973 insgesamt 507 Firmen, davon 259 per Intervention, d. h. ohne formellen Eigentumswechsel. Trotz dieser imposanten Bilanz kam es allerdings – anders als im Bergbau, in der Landwirtschaft und im Bankenwesen – nicht zu einer vollständigen staatlichen Kontrolle des industriellen Sektors.¹⁰

Der Verstaatlichungs- und Nationalisierungskurs – welcher an der Macht des Landadels, der ausländischen Konzerne, der Finanzoligarchie und, mit Abstrichen, der industriellen Bourgeoisie rüttelte – wurde in unterschiedlichem Maße von der Bevölkerung unterstützt. Während die Verstaatlichung der Bergwerke auf nahezu ungeteilte Zustimmung stieß, forderten die Enteignungen in den anderen Sektoren neben dem offenen Widerstand der Opposition die Skepsis auch wohlmeinender Bevölkerungsteile heraus. Das lag daran, daß es nur im Falle der Bergwerke zur Verabschiedung eines neuen Gesetzes im Parlament kam, während in den anderen Sektoren entweder alte (und mitunter fast vergessene) Gesetze wiederbelebt wurden, oder – im Falle des Bankensektors – der Staat ökonomisch aktiviert wurde, um als Großeinkäufer von Privatbesitz aufzutreten. Larrain/Meller (1990, S. 170) bezeichnen es zudem als ständigen wirtschaftlichen Unruhefaktor, daß eigentlich kein Mensch so recht wußte, wer nun enteignet werden sollte und wer nicht. Das Beispiel der *tomas* und der mitunter willkürlichen Interventionen in industrielle Privatbetriebe weist auf die mangelnde Berechenbarkeit der Regierung hin – und dies trug nicht gerade zur Verbreiterung ihrer gesellschaftlichen Basis bei.

Die Wirtschaftspolitik der UP erzielte im ersten Jahr geradezu spektakuläre Resultate. Das Wachstum des BSP lag 1971 bei 8,0 Prozent und damit weit über den 3,6 Prozent des vorhergehenden Jahres. Spitzenwerte wiesen dabei der Industrie- und der Handelssektor auf, deren Wachstumsraten 13,6 bzw. 15,8 Prozent erreichten (alle Zahlen nach Larrain/Meller 1990). Die Inflation ging in diesem Zeitraum von 36,1 Prozent auf 22,1 Prozent zurück, und auch die Arbeitslosigkeit reduzierte sich deutlich von 8,3 auf 3,8 Prozent. Schließlich erhöhten sich die Reallöhne um 22,3 Prozent, wobei die niedrigen Einkommensgruppen überdurchschnittlich von den Lohnerhöhungen profitierten. Um diesen Boom zu ermöglichen, wurde eine expansive Geldpolitik des Staates in Kauf genommen. Der Ankauf von Firmen, die Lohnerhöhungen, die Aufblähung des öffentlichen Haushaltes etc., all dies konnte nur um den Preis einer Erhöhung des Haushaltsdefizits von 3,5 auf 9,8 Prozent des BIP (1970-71), einer exorbitanten öffentlichen Neuverschuldung und des Aufbrauchens internationaler Reserven finanziert werden. Die finanzielle Misere des Staates wurde zudem durch eine negative Handelsbilanz verschlimmert, die sich dem Preisverfall des Kupfers auf

dem Weltmarkt auf rund ein Drittel des Wertes von 1970 verdankte. Aus einem Haushaltsüberschuß von 95 Millionen US-Dollar 1970 wurde binnen eines Jahres ein Minus von 90 Millionen US-Dollar. Bereits gegen Ende 1971 verdichteten sich die Anzeichen einer galoppierenden Inflation. Die Geldmenge nahm rasch zu, das Finanzdefizit vergrößerte sich, die Löhne wurden weiterhin erhöht und die Devisenreserven nahmen ab. Schließlich entstand ein schwarzer Markt für immer mehr Waren.

Obwohl also die wirtschaftliche Krise gegen Ende 1971/Anfang 1972 absehbar war, sah sich die Regierung der UP nicht zu einer Kurskorrektur – vor allem zu einer Eindämmung der Staatsausgaben – veranlaßt. Im Gegenteil, die Verstaatlichungskäufe wurden fortgesetzt und die Löhne weiterhin angehoben (besonders im öffentlichen Sektor). Die Geldpolitik blieb derart expansiv, daß sich die Geldmenge zwischen 1970 und 1973 verdreißigfachte. Die Inflation erreichte 1972 (260 Prozent) und 1973 (605 Prozent) historische Höchstwerte. Der Abstand zwischen den offiziellen, von der Regierung festgelegten und den auf den schwarzen Märkten erhobenen Preisen wurde immer größer. Angesichts der enormen Geldentwertung mußten schließlich die Reallöhne fallen, und zwar um 11,3 Prozent 1972 bzw. 38,6 Prozent 1973.¹¹ Die Regierung führte die ökonomische Krise und das Erlblühen der schwarzen Märkte auf die konterrevolutionäre Praxis der Opposition zurück. In der Tat gab es gezielte Hamster-, Streik- und Boykottstrategien seitens der Unternehmer und der politischen Rechten, die mit rationalem betriebswirtschaftlichem Kalkül wenig zu tun und vielmehr die Destabilisierung der Regierung zum Ziel hatten. Daß etwa die Versorgungslage nicht so dramatisch war, wie von der damaligen Opposition behauptet, offenbarte sich am Morgen des 12. September 1973, als sich die Geschäfte wieder mit Waren füllten. Die ökonomische »Krise« war insofern Ausdruck der politischen Krise.

11 Beim Wert des Reallohnverfalls 1973 gilt es zu berücksichtigen, daß die Militärjunta noch im September 1973 die Löhne um 30 % kürzte.

Die Krise der Demokratie

Garretón (1993) hat die politischen Parteien – das Regierungslager, die Christdemokraten und die Rechte – während der Regierungszeit der UP im Hinblick auf ihr Verhältnis zur Demokratie untersucht. Hinsichtlich der UP betont er, daß die Maßnahmen, die zur Durchsetzung der Transformation zum Sozialismus verfolgt wurden, in der Regel formell legal waren. Sie brachen jedoch mitunter – etwa im Falle der Intervention in Privatfirmen – auf der Grundlage uralter Gesetze und der rechtsstaatlichen Tolerierung der *tomas*, mit einem an Konsens und gegenseitigem Respekt orientierten Demokratiebegriff. Beim Beschluß einschneidender struktureller Eingriffe wurden demokratische Institutionen umgangen, weil es keine parlamentarische Mehrheit dafür gegeben hätte. Dies erscheint im nachhinein um so schwerwiegender, als ein Einvernehmen mit den Christdemokraten vom Wahlprogramm her durchaus möglich gewesen wäre. Es wurde jedoch nicht intensiv genug angestrebt. Dieser Vorwurf trifft nicht so sehr Präsident Allende, der um einen Dialog mit den Christdemokraten und der Kirche bemüht war, als vielmehr die Sozialistische Partei, die sich als »radikaler« als die kommunistische erwies. Bei allen internen Meinungsverschiedenheiten verfolgte die UP letzten

12 »Abgesehen von der Kirche, die in gewissen Momenten eine solche Rolle spielte, gab es keinen Akteur, der das demokratische System, das Land und die Regierung verteidigt hätte. Die Strategien der Parteien waren korporatistisch oder klassenorientiert – gemeinsam war allen Gruppen die Neigung, ihre spezifischen Interessen mit denen des Landes gleichzusetzen. Während die Linke sich auszeichnete durch nicht-demokratische Tendenzen, eine revolutionäre Ideologie und die Obsession, ihr Programm um jeden Preis in die Tat umzusetzen, war der Kurs der Rechten von Beginn an undemokratisch und auf die Absetzung der Volksfrontregierung ausgerichtet – ein Kurs, dem sich die Christdemokraten, objektiv betrachtet, angeschlossen. Indem sämtliche Akteure ihre spezifischen Projekte und Interessen verfolgten, wurde die Legitimation des demokratischen Systems als ganzes ausgehöhlt.« (Garretón 1993, S. 14 f., eigene Übersetzung) Max Weber bestimmt Macht als »... die Chance eines Menschen oder einer Mehrzahl solcher, den eigenen Willen in einem Gemeinschaftshandeln auch gegen den Willen anderer daran Beteiligten durchzusetzen.« (Weber 1985, S. 531)

13 Vgl. für eine genauere Analyse der Kräfteverhältnisse im inneren der Streitkräfte die Erinnerungen von General Carlos Prats González (1985). Prats war Vorgänger Pinochets an der Spitze der Streitkräfte. Er wurde zum Attentatsopfer des Geheimdienstes DINA, der direkt Pinochet unterstellt war.

Endes einen Kurs, der schnelle Fortschritte beim Verstaatlichungsprogramm über die Verbreiterung ihrer gesellschaftlichen Basis stellte. Durch den mitunter bloß taktischen Umgang mit demokratischen Institutionen trug die UP selbst zur Delegitimierung des demokratischen Systems und letztlich zu ihrer eigenen Absetzung bei.

Die Rechte hatte mit diversen versteckten und offenen Obstruktions- und Terrormanövern versucht, die Präsidentschaft Allendes zu verhindern. Mit dem tödlichen Attentat auf den Oberkommandierenden der Armee, General Schneider, das man versuchte der UP anzulasten, sei nur der spektakulärste Fall genannt. Nach Amtsantritt der Regierung Allende widmete man sich ihrer Bekämpfung mit buchstäblich allen Mitteln. Im Verbund mit US-amerikanischen Geheimdienstexperten entworfen, reichten die Destabilisierungsstrategien von konstitutioneller Opposition über Boykottaktionen am Rande der Legalität bis hin zu schlichter Kriminalität bei diversen Attentaten vor allem im Jahre 1973. Schließlich tragen auch die Christdemokraten ihren Teil an der Verantwortung für die Erosion des demokratischen Systems. Zu lange verfolgten sie eine Strategie der Neutralisierung des linken und rechten Spektrums, und dies aus rein wahltaktischem Kalkül. In der Hoffnung, bei den nächsten Wahlen vom Scheitern der UP zu profitieren, trug man von sich aus wenig zu einer möglichen Annäherung an die Regierung bei. Und als sich das politische Klima verschärfte, waren die Christdemokraten unfähig, einen eigenen konstruktiven Vorschlag zur Lösung der Krise zu unterbreiten – und arrangierten sich mit den Putschisten.

Garretón kommt zu dem Schluß¹², daß es 1973 keinen relevanten politischen Akteur gab, der nachhaltig für die Demokratie eingetreten wäre und dafür Zugeständnisse bei der Verfolgung des eigenen Programms gemacht hätte.

In der Krise der Demokratie von 1973, während der die kollektiven Akteure ohne Willen zum Konsens und ohne Rücksicht auf das demokratische System ihren jeweiligen Projekten verhaftet blieben, mußte derjenige gesellschaftliche Block obsiegen, der mächtig genug war, den anderen Akteuren seinen Stempel aufzudrücken.¹³ Das Militär, das sich nach der Ernennung Pinochets zum obersten Befehlshaber der Streitkräfte mit der Rechten verbündet hatte und dabei von den Christdemokraten toleriert wurde, erwies sich als diejenige gesellschaftliche Institution, die in dieser Krise ein hinreichend großes Gewaltpotential mobilisieren konnte, um die Situation in ihrem Sinne zu entscheiden.¹⁴ Der Putsch vom 11. September 1973¹⁵ war zugleich der Endpunkt einer langen demokratischen Tradition und der Ausgangspunkt einer Militärdiktatur, die 17 Jahre andauern sollte.

Schlußbemerkung

Die UP strebte einen Sozialismus unter demokratischen Vorzeichen an. Die Rahmenbedingungen für dieses Projekt waren schwierig. Nicht nur ließen die USA keinen Zweifel daran, daß sie »ein zweites Kuba« in ihrem Hinterhof nicht dulden würden. Auch der sowjetische Block, der gerade erst den Prager »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« niedergeschlagen hatte, sah Chiles »dritten Weg« und vor allem die formelle Respektierung von Pluralismus und Gewaltenteilung mit Argusaugen. Neben diesen hier nicht weiter verfolgten externen

Problemen und Bedrohungen hat die UP selbst dazu beigetragen, ein gesellschaftliches Klima herzustellen, das dem Putsch den Boden bereite. Auf dem Feld der Wirtschaftspolitik unterschätzte sie die kurzfristigen Ungleichgewichte, die mit den langfristig angelegten ökonomischen Strukturreformen einhergehen mußten. Um möglichst schnell mit dem Reformplan voranzukommen, wurden Inflation und schwarze Märkte weitgehend ignoriert bzw. beschönigt, indem beide Phänomene lediglich auf das Wirken der Opposition zurückgeführt wurden.

War die Wirtschaftspolitik wenig dazu angetan, die ehemals knappe gesellschaftliche Mehrheit der UP zu vergrößern, so war der mitunter bloß taktische Umgang mit der Demokratie noch schwerwiegender. Wie Garretón gezeigt hat, gab es für einen guten Teil der von der UP verfolgten Reformen keine politische Mehrheit. Statt durch Zugeständnisse an die Christdemokraten den Versuch zu unternehmen, die eigene gesellschaftliche Basis zu vergrößern, umging man in grundlegenden Fragen demokratische Beschlußverfahren und bediente sich zum Teil dubioser und bloß formell legaler Methoden. Auf diese Weise verprellte man nicht nur potentielle Bündnispartner, sondern beschleunigte den Erosionsprozeß der Demokratie als solchen. Die Achillesferse der UP war nicht, wie die ultralinke Kritik der 70er Jahre lautete, ihre Großzügigkeit und Toleranz gegenüber der Opposition. Im entscheidenden Moment mangelte es ihr vielmehr, darin war sie ihren Gegnern nicht unähnlich, an Dialogbereitschaft und demokratischem Bewußtsein. Aus diesen chilenischen Erfahrungen läßt sich im Hinblick auf die Debatte um einen modernen demokratischen Sozialismus folgern, daß Reformregierungen selbstreflexiver als die UP sein und zum Beispiel in der Lage sein sollten, das Reformtempo zu verlangsamen, um kurzfristige ökonomische Engpässe zu vermeiden bzw. zu begrenzen. Auch in einer »Transformationsperiode« gilt es – mit Marx –, zumindest die »einfache Reproduktion« des gesellschaftlichen Produktions- und Akkumulationsprozesses sicher zu stellen.

Literatur

- Alaluf, D.: La conjuntura económica y las transformaciones estructurales en 1971, in: Instituto de Economía, Universidad de Chile, Santiago de Chile 1971.
- Aranda, S./Martínez, A.: Estructura económica: algunas características fundamentales, in: Pinto 1971, Santiago de Chile, S. 55-172.
- Camus, I. G.: El día en que murió Allende, 3. Auflage, Santiago de Chile 1990.
- Caputo, O./Pizarro, R.: Dependencia e inversión extranjera, in: Pinto 197, a. a. O., S. 173-212.
- Elizondo, J. R.: Crisis y renovación de las izquierdas. De la revolución cubana a Chiapas pasando por »el caso chileno«, Santiago de Chile 1995.
- Farnsworth, E./Feinberg, R./Leenson, E.S.: Chile. El bloqueo invisible, Buenos Aires 1973.
- García, N.: Algunos aspectos de la política de corto plazo de 1971, in: Instituto de Economía, a. a. O., S. 47-270.
- Garretón, M. A.: La crisis de la democracia, el golpe militar y el proyecto contrarrevolucionario, FLACSO, Documento de Trabajo, Serie Estudios Políticos Nr. 30, Santiago de Chile 1993.
- House of Representatives 1975, Committee on Foreign Affairs (Hg.), United States and Chile During the Allende Years 1970-1973. Hearings Before the Subcommittee on Inter-American Affairs of the Committee on Foreign Affairs.
- Instituto de Economía: La Economía Chilena en 1971, Universidad de Chile, Santiago de Chile 1971.
- Larrain, F./Meller, P.: La experiencia populista chilena 1970-73, in: Colección Estudios CIEPLAN, Nr. 30, S. 151-196, Santiago de Chile 1990.
- Martner, G.: El gobierno del Presidente Salvador Allende, 1970-1973. Una evaluación, Concepción 1988.
- Petras, J./Morley, M.: The United States and Chile. Imperialism and the Overthrow of the Allende Government, New York 1975.
- Pinto, A.: Chile hoy, Santiago de Chile 1971 a.
- Pinto, A.: Desarrollo económico y relaciones sociales, in: Ders. et al. 1971 a, a. a. O. 1971 b.
- Prats-González, C.: Testimonio de un soldado, Santiago de Chile 1985.
- Ramos, S.: Chile. Una economía en transición?, Santiago 1972.
- Sanfuentes A.: El papel de los mitos en las estrategia económico-social de la Unidad Popular, in: ders., Chile, el costo social de la dependencia ideológica, Santiago 1973.
- Vuskovic, P.: Distribución del ingreso y opciones de desarrollo, in: Cuadernos de la Realidad Nacional, Nr. 5, Universidad Católica de Chile 1970, S. 41-60.
- Weber, M.: Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1985.

15 Camus (1990) hat die Ereignisse dieses Tages, dessen wohl symbolträchtigstes Bild der ausgebombte Regierungspalast »La Moneda« ist, den Allende gemeinsam mit einigen Freunden und Mitarbeitern buchstäblich bis zur letzten Patrone verteidigte, detailliert zusammengefaßt.

ANJA LAABS

Subventionierter Hunger

Jeden Tag verhungern mehr als 24 000 Menschen auf der Erde. Drei Viertel davon sind Kinder unter fünf Jahren. Sie verhungern in einer Welt, in der überschüssige Lebensmittel vernichtet werden, weil sie keinen gewinnbringenden Absatzmarkt finden, in der ein Viertel der jährlich weltweiten Getreideernte ans Vieh verfüttert wird und in der Menschen an Überernährung als einer Zivilisationskrankheit leiden. »Beide – sowohl die Hungernden und Unterernährten als auch die Über- und Fehlernährten – könnten gut und gesund leben, wenn die vorhandene Nahrung auf dieser Welt gerechter verteilt wäre.«¹

Die bestehende Verteilungsgerechtigkeit basiert auf dem (an der Gewinnmaximierung ausgerichteten) industriestaatlichen Streben einer stetigen Produktionsintensivierung, Betriebsspezialisierung und Rationalisierung sowie Segmentierung der Arbeitsabläufe. Das »weltgesellschaftliche« Phänomen, das wir – zumeist gehaltlos – als Globalisierung bezeichnen, stimuliert diesen Prozeß und unterstellt ihn der Logik des Weltmarktes. Dieser Weltmarkt bringt Standards für ökonomische Konkurrenzen hervor², wodurch die Entwicklung von Verteilungsgerechtigkeit in und zwischen Gesellschaften unterminiert wird. Die Rede ist hier von Nationen als Standortkonkurrenten, die sich den internationalen Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) unterordnen. Die WTO verfolgt im Kern eine internationale und grenzenlose Handelsfreizügigkeit³; deren Folgen letztlich die Förderung und Schaffung *struktureller Ungleichheiten* im Handel, in der Produktion und – unterstützt von der Weltbank – in der Vergabe von Krediten⁴ sind. Unter der Kontrolle des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank und der WTO verpflichten sich die Staaten zu Strukturanpassungsprogrammen und schränken damit die Souveränität ihrer Regierungen ein. Die drei internationalen Organisationen nutzen dabei Sanktionen als Druckmittel, die sie nach internationalem Recht durchsetzen wollen. Entsprechend den Regeln der WTO ermöglichen die Strukturanpassungen eine *Deregulierung des Handels*, die alle vormals national kontrollierten gesellschaftlich Bereiche beeinflusst. Die Folge sind neben dem Abbau des Wohlfahrtsstaates nationalstaatliche Regulierungsverluste in der Dienstleistungsökonomie und in der Landwirtschaft. Durch die Regionalität und ihre Anpassung an geographische Gegebenheiten ist die Landwirtschaft die Voraussetzung für die Entwicklung und Erhaltung des ländlichen Raumes. Unter dem Aspekt einer nachhaltigen Nutzung der ökologischen Ressourcen und dem der weltweiten Ernährungssicherung kommt ihr eine bedeutende gesellschaftliche

Anja Laabs – Jg. 1977, Tierärztin, Promotionsstipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Universitäten Berlin und Bern, Praktikum am Bundesamt für Veterinärwesen in Bern/Schweiz; zuletzt in UTOPIE kreativ: »Schächten oder Schlachten – eine pseudoethische Kontroverse«, Heft 140 (Juni 2002).

1 Asit Datta: Welthandel und Welthunger, München 1993.

2 Elmar Altvater, Birgit Mahnkopf: Grenzen der Globalisierung, Münster 1999.

3 »Die WTO hat die Aufgabe, die Weltwirtschaft stärker zu integrieren und die Bildung von feindlichen Handelsblöcken zu verhindern ... Sie nützt den multinationalen Unternehmen,

Rolle zu. Etwa 1,3 Mrd. Menschen leben von der Landwirtschaft.⁵ Das entspricht 4-7 Prozent der Bevölkerung in den Industrieländern und 56-80 Prozent in den Entwicklungsländern.⁶

Weniger um der gesellschaftlichen Bedeutung, als vielmehr dem ökonomischen Potential der Landwirtschaft Rechnung zu tragen, wurde mit der 1995 gegründeten Welthandelsorganisation (Uruguay-Runde) die *Philosophie des Freihandels* auch im internationalen Agrarhandel durchgesetzt. Vorher war dieser Bereich von den Freihandelsregeln des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) weitestgehend ausgenommen. Das Agrarabkommen der WTO (Agreement on Agriculture, AoA) schreibt Regeln vor, die mit den GATT- (und Zusatz-) Abkommen nicht übereinstimmen. So versucht das AoA »...einen globalen Rahmen für die in jedem WTO-Mitgliedsstaat⁷ zulässigen Instrumente der Agrarpolitik zu finden⁸.« Das bedeutet, daß nicht nur alle nationalstaatlichen handelspolitischen Instrumente⁹, sondern auch alle staatlichen Stützungsmaßnahmen für die Landwirtschaft internationalen Kontrollmechanismen unterstellt und schließlich auch in Frage gestellt werden. Ziel der AoA sollte die Beseitigung der Verzerrungen im internationalen Agrarhandel durch den Abbau der Zölle sowie der nichttarifären Handelshemmnisse, die Unterbindung der Zahlung von Exportsubventionen und ein liberalisierter Marktzugang sein. Inzwischen haben die Industriestaaten das Fördersystem ihrer Landwirtschaft mit (allerdings marginalen) Flächenstillegungen und der Einführung neuer Subventionsprogramme reformiert. Letztere gelten aus Gründen der sozialen, ökologischen oder ländlichen Entwicklung als WTO-konform bzw. »handelsneutral«. Dadurch haben seit dem Abschluß des Agrarabkommens der WTO die EU-Subventionen von 92,4 Mrd. US-Dollar im Jahr 1994 auf 96,6 Mrd. US-Dollar 1997 sogar zugenommen. Für den Agrarsektor beträgt die Höhe der Subventionen in allen Industriestaaten (OECD) derzeit jährlich über 300 Mrd. US-Dollar¹⁰; die Welthungerhilfe spricht sogar von 350 Mrd. US-Dollar. Während die Entwicklungsländer deutlich benachteiligt werden, haben sich die Industrieländer erhebliche Spielräume offen gelassen, indem sie die Zölle auf weniger wichtige Produkte stark gesenkt, an den hohen Zöllen für entscheidende Agrargüter jedoch kaum etwas verändert haben. Zudem sind die Zölle für veredelte Produkte höher als für Rohstoffe, die größtenteils von den Entwicklungsländern exportiert werden. Die USA und die EU verursachen durch ihre innerstaatlichen bzw. interkontinentalen *Exportsubventionen und Beihilfen* eine fulminante Weltmarktverzerrung. Die Exportsubventionen der EU liegen fast doppelt so hoch wie die der USA.¹¹ Zum Teil können durch die Subventionen und die dadurch stimulierte Überproduktion die Produktionsüberschüsse zu einem Weltmarktpreis verkauft werden, der bis zu 75 Prozent unter dem Herstellungspreis liegt. Das dadurch verursachte *Exportdumping* stellt eine Form der Verfügungsgewalt über die internationalen Handelsbedingungen dar.¹²

Der Abbau von Zöllen zur Gewährleistung möglichst freier Marktzugänge trifft die Entwicklungsländer aus zwei Gründen besonders schwer. *Erstens* geht ihnen durch diese Maßnahme ihr einziges Schutzinstrument (eine grenzpolitische Einflußmöglichkeit) für die

indem sie ihnen ermöglicht, internationale Geschäfte zu betreiben ...« Mike Moore (Generaldirektor der WTO) bei seiner Rede »Globalisierung ist keine Erfindung der WTO« auf der Winconference zum Thema: »Wandel und Herausforderungen« vom 5.-6. Juli, Interlaken (CH), www.emagazine.credit-suisse.com.

4 Michel Chossudovsky: Global Brutal – Der entfesselte Welthandel, die Armut, der Krieg, Frankfurt a. M. 2001.

5 Arbeitsgruppe Dritte Welt, www.elgg-net.ch/arbeitsgruppe-3-welt/fakten/landwirtschaft.htm und M. E. Kulesa, M. Oschinski: Handelsliberalisierung: Ein Motor zur Armutsbekämpfung? März 2003, www.globales-lernen.de/MatProjekte/material/welthandel/handelundarmut.pdf

6 Schätzungsweise leben 70 % der Armen in den Entwicklungsländern auf dem Lande. Dreiviertel der 815 Millionen hungernden Menschen sind Bauern. FAO-Aktuell, 31. Jahrgang, Nr. 47/2001, 23. November 2001.

7 Im April 2003 hatte die WTO 146 Mitglieder, davon gehörten 100 Staaten zu den Entwicklungsländern.

8 Astrid Engel, Tobias Reichert, Von Subsistenz bis WTO-Reform, BUKO Agrarstudien 8, 1999 Hamburg.

9 Dazu gehören Zölle, Kontingente und Exporterstattungen.

10 Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen: UN Basis Informationen, www.dgvn.de.

11 Arbeitsgruppe: Landwirtschaft und Ernährung. www.forum.de/forumaktuell/pressemitteilungen/00000034.html.

12 »Die Weltbank schätzt, daß bei Streichung der Agrarsubventionen der Industrieländer die Entwicklungsländer ihre Agrarexporte in die Industrieländer um 40 Mrd. US\$ jährlich erhöhen könnten« (ebenda), bzw. der weltweite Nahrungsmittelhandel um 17 % gesteigert werden könnte. Hält man sich vor Augen, daß die europäischen Agrarsubventionen – auf ein einzelnes Tier heruntergerechnet – bedeuten, daß ein europäisches Rind jeden Tag mit 2,50 € subventioniert wird (in Japan mit etwa 7,50 €), 75 % der afrikanischen Bevölkerung jedoch mit weniger als 2 € am Tag leben, werden die Dimensionen der Förderungsstrukturen deutlich. Welthungerhilfe, www.welthunger-hilfe.de

13 M. E. Kulessa, M. Oschinski: Handelsliberalisierung: Ein Motor zur Armutsbekämpfung? März 2003, www.globales-lernen.de/MatProjekte/material/welthandel/handlungsdarmut.pdf

14 Insgesamt haben sich 18 Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer zur sogenannten Cairns-Gruppe zusammengeschlossen und verfügen zusammen über einen Anteil von 35 % des weltweiten Agrarhandels. Die Bauern aus den Ländern, die Mitglieder der Cairns-Gruppe sind, werden entweder nur geringfügig oder gar nicht mit Exportsubventionen unterstützt. Es handelt sich um sogenannte Netto-Exporteure. Zu ihnen gehören: Argentinien, Australien, Brasilien, Chile, Fidschi, Indonesien,

eigene Agrarproduktion verloren. Denn anders als die führenden Industriestaaten können sie ihre Landwirtschaft nicht mit direkten Zahlungen subventionieren und ihre Märkte mit preisstabilisierenden Maßnahmen außenwirtschaftlich absichern. Preisschwankungen auf dem Weltmarkt haben somit immer einen direkten Einfluß auf deren nationale Märkte. *Zweitens* gefährden Konkurrenzprodukte aus den Industrieländern den Anteil der Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den Entwicklungsländern, der in diesen – verglichen mit den Industrieländern – viel höher ist. In den zehn ärmsten Entwicklungsländern liegt der Anteil der Landwirtschaft am BIP zwischen 24-58 Prozent. Zum Vergleich: In den Industrieländern trägt der Agrarsektor gerade einmal 2-3 Prozent zum BIP bei.¹⁵

Obwohl die EU nur einen Anteil von 6 Prozent (etwa 379 Millionen Menschen ohne Osterweiterung) an der Weltbevölkerung hat, ist sie nicht nur der größte Binnenmarkt, sondern auch die größte Handelsmacht. Zusammen mit den USA exportierten sie im Jahre 1999 35 Prozent der gesamten Weltagrargüter. Das entspricht für die EU einem Wert von rund 57 Mrd. US-Dollar. Die EU exportiert hauptsächlich Getreide, Milch und Fleisch. Insgesamt importiert sie weit mehr Agrargüter aus Entwicklungs- und Schwellenländern, als sie dorthin exportiert. Zusammen mit den Handelsmächten USA und Japan importiert die EU rund 53 Prozent aller weltweit gehandelten Agrargüter. Eine wichtige Tatsache ist, daß die hauptsächlich eingeführten Agrarprodukte entweder gar nicht oder nur geringfügig mit den EU-Produkten konkurrieren (südländisches Obst und Gemüse, Kaffee, Tee und Kakao). Hingegen stellen die exportierten Agrarprodukte der USA und der EU eine existenzgefährdende Konkurrenz zu den einheimischen Produkten in den Entwicklungsländern dar. Etwa 10 Prozent der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche in den Entwicklungsländern wird für die *Produktion von Exportagrargütern* genutzt. Dieses international relevante Handlungspotential spielt für die WTO eine bedeutende Rolle.

Die den Weltmarkt bestimmenden Länder gehören – abgesehen von einigen Ländern der Cairns-Gruppe¹⁴ – nicht zu den Entwicklungsländern. Dieses Prinzip der monopolistischen Marktstellung bringt die Entwicklungsländer in einen existentiellen Zugzwang. Sie müssen aufgrund ihres mangelnden Einflusses auf den Weltmarkt Agrargüter produzieren, die sich exportieren lassen, obwohl sie nicht über deren Preise mitbestimmen können.¹⁵

Andererseits sind sie gezwungen, Güter zu importieren, ohne daß sie dies mit den tatsächlichen nationalen Bedürfnissen und Produktionsbedingungen harmonisieren können. Beispielhaft ist dafür der Milch- und Getreidemarkt. Die EU exportiert ihre Milchprodukte zu einem von den tatsächlichen Produktionskosten unabhängigen Preis, indem sie die Milchproduktion stark subventioniert und dadurch den Weltmarktpreis drückt. Durch die Reduktion der Handelszölle und durch die Auflagen, den Marktzugang in den WTO-Mitgliedsländern zu gewährleisten, wird die Milchproduktion in den importierenden Ländern gefährdet. Importiertes Milchpulver in Jamaika (mehr als 60 Prozent stammen aus der EU)¹⁶ ist inzwischen viel billiger als die im eigenen Land produzierte Milch, weshalb dort die Milch produzierende Landwirtschaft mehr und mehr zerstört

wird. Das Getreidedumping führte in den 80er Jahren in Kenia dazu, daß es von einem Getreideselbstversorger zu einem Getreideimportland wurde, in dem die Getreideproduktion zusammengebrochen ist. Der Mechanismus dieses Prozesses hat sich mit der Umsetzung des Agrarabkommens noch verschärft. »In vielen Entwicklungsländern wurden die landwirtschaftlichen Schlüsselbranchen zerstört, die für die Volkswirtschaft und für die Nahrungsmittelversorgung lebenswichtig waren, weil sie mit den billigen Importen nicht konkurrieren konnten.«¹⁷ Die Entwicklungsländer werden in eine *Exportknechtschaft* gebracht, die auf Kosten der einheimischen Nahrungsmittelproduktion geht. Auch im Zusammenhang mit dem Ausbau und der steigenden Verbreitung transnationaler Unternehmen können diese heute einen Großteil der Produktion, der Transporte sowie der Verarbeitung und des Vertriebs von wichtigen Agrarprodukten kontrollieren. Das zwingt die Entwicklungsländer zum Anbau und Export von Rohstoffen (nicht verarbeitete Agrarprodukte), aus denen dann ihre wichtigsten Exporteinnahmen stammen. In Benin und Burkina Faso stammen beispielsweise 74 Prozent und in Mali 50 Prozent der Exporteinnahmen aus dem Baumwolllexport.¹⁸ Durch die von den führenden Handelsnationen erzwungenen Senkungen der Weltmarktpreise von Rohstoffen sinken auch die Deviseneinnahmen der exportabhängigen Länder. Zur Kompensation der Defizite kurbeln diese jedoch oftmals die Exportproduktion weiter an und fördern damit den weiteren Marktpreisverfall. Die Exportproduktion konkurriert nicht nur unmittelbar mit der Produktion für den einheimischen Markt, sondern sie gefährdet die Nahrungsmittelversorgung (und hat sie bereits in vielen Regionen zusammenbrechen lassen) bei steigender Abhängigkeit von den Industriestaaten. In Kenia werden auf großen Flächen statt Getreide und einheimischer Feldfrüchte Schnittblumen, Kaffee und Tee angebaut, diese gehen somit der Bevölkerung als Quelle für eigene Nahrungsmittel verloren. Während die Anbaufläche in den Philippinen für Schnittblumen erhöht wurde, ist sie in den letzten Jahren für die Reis- und Maisproduktion reduziert worden. »So sind die AKP Länder (Afrika, Karibik, Pazifik) heute zu 40 Prozent vom europäischen Markt abhängig. Der interregionale Handel aber bleibt schwach ...«¹⁹ Die Bedeutung eines Produktes für den heimischen Markt sinkt um so mehr, je wichtiger es für den Agrarexportmarkt wird.

Die Landwirtschaft spielt als ein multifunktionales Netzwerk eine sehr wichtige Rolle in der Gesellschaft. Je nach Land und Region und je nach Produktionsausrichtung kann die Bedeutung sehr unterschiedlich sein. Dennoch ist ihre Nahrung liefernde Funktion für das Überleben der Menschheit essentiell und durch nichts zu ersetzen. Neben der wirtschaftlichen rückt gerade wegen der großen Zahl der Menschen, die in den Entwicklungsländern in der Landwirtschaft tätig sind, auch die soziale Dimension einer auf die landwirtschaftliche Erzeugung ausgerichteten Lebensweise ins Blickfeld. Die Eingriffe in den internationalen Agrarhandel durch die WTO haben diesem Aspekt bislang nicht nur nicht Rechnung getragen, sondern ignorieren ihn zur Wahrung der Handelsinteressen der Industriestaaten (bzw. der transnationalen Unternehmen). Das Prinzip der *Nahrungsmittelsouveränität* kann unter den derzeitigen Bedingun-

Kanada, Kolumbien, Malaysia, Neuseeland, Paraguay, Philippinen, Südafrika, Thailand, Uruguay, Bolivien, Costa Rica und Guatemala.

15 »Die Macht ..., die Bedingungen des Handels zu bestimmen – hat der, der den Handelspartner zwingen kann, welche Ware zu welchem Preis, in welcher Menge abgeliefert werden darf und umgekehrt, welche Ware zu welchem Preis, in welcher Menge der Abhängige abzunehmen hat ... Das Prinzip derer, die diese Macht haben, heißt, nur das kaufen, worauf man angewiesen ist (Rohstoffe, Nahrungs-, insbesondere Genußmittel), alle Konkurrenzprodukte sind möglichst vom Hals zu halten, aber verkaufen, was sich verkaufen läßt, auch solche Waren, die man woanders nicht absetzen kann ... « Asit Datta: Welthandel und Welthunger, a. a. O.

16 Autorenkollektiv: Milch, BUKO Agrar Dossier 23, Hamburg, Juli 2000.

17 Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen: UN Basis Informationen, www.dgvn.de.

18 Recht auf Freihandel oder Recht auf Nahrung?, Positionspapier zur internationalen Agrarpolitik, Global Dokument (2), Februar 2003, www.swisscoalition.ch/deutsch/files/D_PnDt2.pdf.

19 Ebenda.

gen eines fortschreitend liberalisierten internationalen Agrarmarktes nicht gewährleistet werden. Binnenmarktentwicklungen und nationale Kontrollmechanismen lassen sich nicht durch internationale Regularien ersetzen, die an dem Ziel der Gewinnmaximierung ausgerichtet sind und ungleich gewichtete Produktions- und Handelsbedingungen weiter fördern und für eine lange Zeit festsetzen. Die derzeitigen Bedingungen machen eine ernährungssichernde Landwirtschaft ohne Subventionen in den Industriestaaten nicht möglich, weil – vereinfacht ausgedrückt – die Konsumentinnen und Konsumenten den Produzentinnen und Produzenten keine existenzsichernden Preise zahlen, die marktfähige Konkurrenz maßgebend für die Produktivität und landwirtschaftliche Ausrichtung ist (die landwirtschaftliche Produktion wird nicht am nationalen Bedarf, sondern an weltpolitischen Handelsinteressen ausgerichtet) und weil die Landwirtschaft in den Industriestaaten als werterhaltende und wertschöpfende Institution kaum eine Bedeutung hat. Heute werden nur 10 Prozent der weltweiten Agrarproduktion auf dem Weltmarkt gehandelt. Diese bestimmen aber die Preisentwicklung auf allen nationalen Märkten. Als Beispiel sei hier der internationale Weizenpreis genannt, der dem US-Preis entspricht, obwohl die USA gerade einmal 5,1 Prozent der weltweiten Produktion erzeugen.²⁰

20 Recht auf Freihandel oder Recht auf Nahrung?, Positionspapier zur internationalen Agrarpolitik, Global Dokument (2), Februar 2003, www.swisscoalition.ch/deutsch/files/D_PnDt2.pdf, Zitat aus dem »Non-Paper«, unterbreitet von Argentinien, Bolivien, Paraguay, den Philippinen und Thailand am 24. September 2001.

Die Landwirtschaft als zentrale Institution der Ernährungssicherung kann nicht kritiklos internationalen Handelsorganisationen überlassen werden, die diese – abgesehen von den ethischen Aspekten bei der Produktion von landwirtschaftlichen Nutztieren und Nutzpflanzen – mit Institutionen wie die Textil- und Bekleidungsindustrie und Dienstleistungssektoren gleichsetzt, wie sie durch das Allgemeine Handels- und Dienstleistungsabkommen (General Agreement on Trade in Services, GATS) definiert sind. Grundnahrungsmittel müssen unter dem Aspekt der Ernährungssicherung von den WTO-Bestimmungen ausgeklammert werden. Ein erster Schritt hin zu einer souveränen nationalen Agrarpolitik ist die Abschaffung des Exportdumpings und die Gewährleistung von Ausgleichszahlungen der Industriestaaten an die durch das Agrarabkommen benachteiligten Entwicklungsländer, mit denen sie die beschädigten Produktionszweige wieder errichten können. Schließlich muß auf dieser Ebene eine grundsätzliche und substanzielle Reform der WTO vorgenommen werden. Wenn sie jedoch durch die sie vertretenden wirtschaftlichen Interessen und durch die ihr innewohnende Struktur den vitalen Interessen der Nationen nicht Rechnung tragen kann und will, ist sie abzuschaffen.

OLIVER SCHÖLLER

»Bertelsmann geht voran!«

Zur gesellschaftspolitischen Bedeutung
eines deutschen Think Tank

Die Bertelsmann-Stiftung kommt nach Berlin. An prominenter Stelle »Unter den Linden«, direkt neben dem Kronprinzenpalais, wird als neuer Hauptstadtsitz von ihr die ehemalige Kommandantur rekonstruiert. Dabei handelt es sich nicht allein um übersteigerte Symbolpolitik im Rahmen einer Marketingstrategie. Vielmehr unterstreicht die Wahl der »Kommandantur« als neuer Sitz inmitten der Regierungsmetropole den Führungsanspruch einer operativen Stiftung, die ihre Aufgabe darin sieht, wichtige gesellschaftliche Reformprozesse anzustoßen, dauerhaft zu begleiten und in ihrem Sinne zum Abschluß zu bringen. Zu Recht betont die Bauherrin dabei ihre internationale Präsenz, entfaltet sie ihre Aktivitäten doch schon lange im Rahmen enger nationenübergreifender Kooperationen. Hier, in der Kommandantur, so wird uns über das Bauschild mitgeteilt, sollen zukünftig Gäste aus aller Welt residieren und Impulse für nationale und internationale Entwicklungsprozesse aussenden. Grund genug, sich den neuen Nachbarn einmal genauer anzusehen. Wer ist eigentlich die Bertelsmann-Stiftung, wo kommt sie her und was für Ziele verfolgt sie?

Die Bertelsmann-Stiftung wurde 1977 von dem Leiter des Unternehmens Reinhard Mohn gegründet. Die Erfolgsgeschichte von Konzern und Stiftung nahm ihren Ausgang in der Provinzstadt Gütersloh. Dort wurde 1835 einer der heute weltweit größten Medienkonzerne von dem Drucker Carl Bertelsmann gegründet (vgl. www.bertelsmann-mediaworldwide.de). Die kleine Druckerei produzierte zunächst Liederbücher und Predigttexte für die protestantische Erweckungsbewegung, während die philanthropisch gesinnte Unternehmerfamilie in der Gemeinde ein soziales Engagement im Sinne wohlthätiger Fürsorge entwickelte. 1887 übernimmt der Schwieger- und Pastorensohn Johannes Mohn das Geschäft. Nach der Ausweitung des Sortiments über religiöse Texte hinaus expandiert das Unternehmen und beschäftigt zu Beginn des Zweiten Weltkriegs 400 Menschen.¹

Nach dem Zweiten Weltkrieg übernahm der heutige Leiter der Stiftung und Familienpatriarch Reinhard Mohn den Betrieb. Unter seiner Ägide entwickelte sich der Konzern mit heute 81 000 Mitarbeiter/innen in 51 Ländern und einem Gesamtumsatz von 20 Milliarden Euro zum weltweit drittgrößten Medienunternehmen (vgl. Liedtke 2002). 1993 wurden 70 Prozent der Kapitalanteile des Gesamtkonzerns auf die Unternehmensstiftung übertragen, woraufhin auch die Stiftung seit den 90er Jahren an Wachstumsdynamik ge-

Oliver Schöller – Jg. 1967, Diplompolitologe, derzeit wissenschaftlicher Mitarbeiter der Projektgruppe Mobilität am Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin; Veröffentlichungen u. a. zusammen mit Carsten Keller: *Autoritäre Bildung. Bildungsreform im Zeichen von Standortwettbewerb und neuen Eliten*, in: Uwe H. Bittlingmayer u. a. (Hg.): *Theorie als Kampf? Zur politischen Soziologie Pierre Bourdieus*, Opladen 2002, S. 381-414.

1 Zur Rolle des Unternehmens im Nationalsozialismus vgl. Friedländer et al. 2002.

2 Die Stiftung gliedert sich in neun Tätigkeitsfelder, in denen sie ihre umfangreichen Aktivitäten entfaltet und nahezu das gesamte gesellschaftliche Spektrum abdeckt: Politik, Wirtschaft, Staat/Verwaltung, Hochschule, öffentliche Bibliotheken, Medien, Kultur, Medizin und Gesundheitswesen.

wonnen hat. Sie ist heute mit einem Gesamtetat von 75 Millionen Euro und 300 Mitarbeiter/innen, die insgesamt 180 Projekte betreuen, die größte deutsche Unternehmensstiftung (vgl. Bundesverband 2001).²

Die Arbeitsweise der Bertelsmann-Stiftung zeichnet sich durch ein ausgeprägt kooperatives Vorgehen aus. Sie arbeitet zum einen mit unterschiedlichsten anderen Stiftungen zusammen, angefangen mit den beiden ihr geistig besonders nahestehenden Heinz-Nixdorf- und Ludwig-Erhard-Stiftungen über die Hans-Böckler-Stiftung (HBS) bis zur Heinrich-Böll-Stiftung. Zum anderen unterhält sie enge Verbindungen zu einer Vielzahl öffentlicher und halböffentlicher Einrichtungen. Insbesondere durch personelle Kontakte an Universitäten hat sie prominenten Zugang zum Wissenschaftsfeld. Schließlich schafft sich die Bertelsmann-Stiftung durch Aus- bzw. Neugründungen, wie das *Centrum für angewandte Politikforschung* (CAP) in München oder das *Centrum für Hochschulentwicklung* (CHE) mit Sitz in Gütersloh, zusätzliche Einflußkanäle. Auf diese Weise kann die Bertelsmann-Stiftung mittlerweile auf ein eng geflochtenes institutionelles und organisatorisches Netzwerk unterschiedlichster sozialer Akteure zurückgreifen, um gesellschaftliche Reformprozesse anzustoßen. Damit gelingt es ihr in so verschiedenen gesellschaftlichen Feldern wie den Medien, der Wissenschaft, dem Staat sowie der Wirtschaft präsent zu sein. Dies soll im folgenden an drei ausgesuchten Beispielen exemplarisch dargestellt werden.

Zusammenarbeit von Unternehmens- und Gewerkschaftsstiftung

Die einflußreiche Position der Bertelsmann-Stiftung wird besonders eindrucksvoll durch die langjährige Zusammenarbeit mit der Stiftung des DGB, der HBS, demonstriert. Seit 1996 erarbeiten beide Stiftungen in der sogenannten Kommission Mitbestimmung Konzepte für eine neue »Unternehmenskultur«. Die Motivation für die enge Kooperation ist die gemeinsame Sorge um den Standort Deutschland. In Anbetracht der globalen Konkurrenz gilt es, so die Überzeugung der beiden Stiftungen, näher zusammenzurücken, um in einem gemeinsamen Kraftakt die wirtschaftlichen Potentiale der nationalen Märkte zu mobilisieren. Die Interessengegensätze zwischen Kapital und Arbeit seien überwunden oder müßten doch im Angesicht der internationalen Herausforderungen in den Hintergrund treten und statt dessen durch gemeinsame Anstrengung die betriebliche Vertrauenskultur gestärkt werden, um im globalen Wettbewerb zu bestehen. Als Vorbild gilt die Unternehmenskultur, wie sie im Stammhaus des Bertelsmannunternehmens in Gütersloh praktiziert wird und die von dem Familienpatriarchen Reinhard Mohn in seinem jüngst erschienenen Buch noch einmal als gesellschaftliches Leitbild propagiert wurde (vgl. Mohn 2003). Für eine entsprechende praktische Anleitung der Verantwortlichen auf Betriebsebene haben die beiden Stiftungen ein sieben Bände umfassendes Handbuch veröffentlicht (Bertelsmann-Stiftung/HBS 2001).

Bis heute setzen beide Stiftungen ihre Tätigkeit in dem 1999 gegründeten Forum »Mitbestimmung und Unternehmen« fort. Allerdings beschränkt sich die Zusammenarbeit nicht mehr nur auf die Kommissionsarbeit. Die Gewerkschaftsstiftung führt darüber hinaus

Tagungen und Seminare durch, auf denen ihre Stipendiat/innen erste Kontakte mit Unternehmerpersönlichkeiten knüpfen können, um die von beiden Seiten angestrebten vertraulichen Beziehungen herzustellen. Auf diese Weise übt die HBS unter Anleitung der Bertelsmann-Stiftung zweifellos eine wichtige erzieherische Funktion aus, freilich mit einer völlig anderen Stoßrichtung als in der Vergangenheit. Denn die sich aus der Unternehmenskultur von Bertelsmann ergebenden Probleme für die betriebliche Gewerkschaftspolitik wurden noch Anfang der 90er Jahre in einer von der HBS in Auftrag gegebenen Studie kritisch beleuchtet (vgl. Bundesmann-Jansen/Pekruhl 1992)³. Damals wurde noch der widersprüchliche Charakter der Unternehmenskultur betont, welcher sich durch einen partizipativen Führungsstil auszeichne, der den Mitarbeiter/innen einerseits begrenzte Mitbestimmungsmöglichkeiten eröffnet, während gleichzeitig die uneingeschränkte Dominanz des Managements im Beteiligungsprozeß erhalten bleibt. Erinnerung wurde auch daran, was Reinhard Mohn unter Mitwirkung am Arbeitsplatz verstand, ging es ihm doch zu keiner Zeit »um die Erweiterung von Machtstrukturen und auch nicht um eine Demokratisierung« (Mohn 1986, S. 18). Demgegenüber hatten die Gewerkschaften ursprünglich ihre Aufgabe gerade in der Verschiebung des gesellschaftlichen Machtgefälles von Kapital und Arbeit zugunsten letzterer gesehen, während sich die Gewerkschaftsstiftung bis heute ihrem programmatischen Selbstverständnis nach für eine umfassende Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche einsetzt, die auch vor den Toren der Unternehmen nicht halt macht.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwieweit es den Gewerkschaften gelingen kann, im Verlauf der engen Kooperation mit dem Bertelsmannkonzern die divergierenden Ziele der beiden Stiftungen in Kompromißformeln zu zwingen, ohne daß dabei die eigene inhaltliche Ausrichtung beschädigt wird. Durch die einseitige Fixierung auf die Unternehmenskultur von Bertelsmann, der die Gewerkschaften und ihre Stiftung bis heute nichts vergleichbares entgegenzusetzen haben, sind die gemeinsamen Stiftungsprojekte immer wieder von einer konzeptionellen Vereinnahmung durch Unternehmensinteressen bedroht.

Die Zusammenarbeit mit der Hochschulrektorenkonferenz

Neben der für eine Unternehmensstiftung naheliegenden Beschäftigung mit Unternehmenskulturen liegt ein weiterer Themenschwerpunkt der Stiftung im Bildungssektor. Die Bertelsmann-Stiftung gründete 1994 zusammen mit der Hochschulrektorenkonferenz das *Centrum für Hochschulentwicklung* (CHE), das sich bis heute intensiv an den aktuellen Hochschulreformdebatten beteiligt (vgl. Bennhold 2002). Dabei unterhält das CHE enge personelle und institutionelle Beziehungen zu Universitäten, angefangen mit dem Leiter des CHE, Detlef Müller-Böling, Professor für Betriebswissenschaft an der Universität Dortmund, bis hin zu Hochschuleinrichtungen, die dem CHE als Beispiele für »best practices« ihrer Hochschulreformvorschläge dienen. Die Kontakte werden von dem CHE gesucht und zunächst durch informelle Vorfeldgespräche mit ausgesuchten Persönlichkeiten in Schlüsselpositionen angetestet. So hatte z. B. das

3 Nach heftigen Protesten von seiten der Bertelsmänner, wodurch die Zusammenarbeit von Hans-Böckler- und Bertelsmann-Stiftung belastet wurde, erfuhr die Studie keine weitere Verbreitung.

4 Gaetgens hatte schon kurz nach seiner Wahl im Februar diesen Jahres als die drängendsten Aufgaben die Studiengebühren und einen effektiven Wettbewerb unter den Hochschulen angemahnt (vgl. Berliner Zeitung, 19. 2. 03).

CHE anfangs in Geheimgesprächen mit dem Direktor der TU-München, Wolfgang Herrmann, über die Einführung von Studiengebühren verhandelt (vgl. Bartz 2002). In der Zwischenzeit konnte Herrmann für das Beratergremium des CHE gewonnen werden, wo er im Präsidium der Bertelsmann-Stiftung sowohl mit dem Leiter des Bertelsmann-Konzerns, Gerd Schulte-Hillen, wie auch mit dem Präsidenten der Hochschulrektorenkonferenz, Peter Gaetgens⁴, zusammenarbeiten wird. Auch im Schulsektor entfaltet die Bertelsmann-Stiftung schon seit längerem umfangreiche Aktivitäten (vgl. Klausenitzer 2002).

Mittlerweile ist es der Stiftung gelungen für die von ihr propagierten Bildungsfinanzierungskonzepte eine so weitreichende gesellschaftliche Akzeptanz herzustellen, daß man von einem hegemonialen Bildungsfinanzierungsdiskurs sprechen kann (vgl. Schöller 2002). Im Zentrum steht dabei ein »Bildungssparmodell«, das ursprünglich in den 60er Jahren von der Weltbank zur Konsolidierung von Drittweltländern entwickelt wurde (vgl. Jones 1997). Demnach sollen Eltern zukünftig für ihre Kinder Bildungskonten anlegen, von denen diese später ihre Aus- und Weiterbildung finanzieren können. Das angestrebte Ziel ist eine zunehmende Privatisierung und Ökonomisierung des Bildungssystems. Damit verfolgt die Bertelsmann-Stiftung auch im Bildungssektor, wie schon bei der Entwicklung neuer Unternehmenskulturen, originäre Unternehmensinteressen, wobei ein *erzieherischer* und ein ökonomischer Effekt unterschieden werden können. So sollen zum einen die zukünftigen Lernbürger durch die private Kostenbeteiligung an den Bildungsausgaben dazu angehalten werden, ihre Bildungsbiographien stärker als bisher an einem wirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Kalkül auszurichten. Zum anderen sollen neue Märkte erschlossen werden, indem die öffentlichen Bildungseinrichtungen sich zu privaten Dienstleistungsunternehmen entwickeln, an denen die Bildungskunden künftig ihre zuvor in Bildungsgutscheine umgewandelten Guthaben auf dem Bildungskonto gegen Bildungsdienstleistungen einlösen können. Wie weit dies letztlich getrieben wird, darüber entscheidet das gesellschaftliche Kräfteverhältnis von Politik und Ökonomie, das zur Zeit freilich deutlich zugunsten letzterer ausfällt.

Das zeigt sich etwa daran, daß die Bildungsfinanzierungskonzepte der Bertelsmann-Stiftung mittlerweile auch von der HBS und der Heinrich-Böll-Stiftung verbreitet werden. Auch in diesem Fall wirkte das enge Beziehungsgeflecht, denn die beiden Autoren Klaus Klemm und Jürgen Lüthje, welche die Bildungsfinanzierungsvorschläge für die Gewerkschaftsstiftung entwickelt haben, waren ebenso für die Bertelsmann-Stiftung tätig. Warum schließlich auch die Bildungskommission der Heinrich-Böll-Stiftung identische Vorschläge machte, erläuterte die Vorsitzende Sybille Volkholz mit dem Hinweis, es sei zwar schon alles einmal gesagt worden, aber nicht von allen. Einer bedeutenden gesellschaftlichen Einrichtung wie der Heinrich-Böll-Stiftung käme die Aufgabe zu, so Volkholz, den öffentlichen Diskurs zu speisen, um Reformprojekten zusätzliche Definitionsmacht zu verleihen. Die gemeinsame Artikulation eines bestimmten Bildungsreformkonzepts, welches auf die positiven Effekte privater Bildungsfinanzierung setzt, durch so unterschiedliche soziale Akteure wie die

Unternehmensstiftung, die Gewerkschaftsstiftung und die grüne Parteienstiftung, erscheint den Beteiligten nur noch als zufällige und glückliche Fügung, nach dem Motto: »Was gut ist, setzt sich durch!«⁵

Die Bertelsmann-Stiftung und das Centrum für angewandte Politikforschung (CAP)

Wie das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE), ist auch 1995 das CAP in München unter maßgeblicher Beteiligung der Bertelsmann-Stiftung gegründet worden, die bis heute der größte Geldgeber ist. Zeitgleich hatte die Bertelsmann-Stiftung speziell für ihre politischen Aktivitäten als einen Ableger die Wissenschaftsstiftung gegründet, von deren Jahresetat seitdem insbesondere die von der Stiftung und dem CAP gemeinsam durchgeführten Projekte finanziert werden. Heute vollziehen sich die engen Kooperationen zwischen Bertelsmann-Stiftung und CAP über die 1999 gegründete und am CAP angesiedelte *Bertelsmann Forschungsgruppe Politik*.

Das CAP hat seinen Sitz an der Uni-München und beschäftigt 90 Mitarbeiter/innen, die vor allem von der Bertelsmann-Stiftung und ihrem Ableger, der Wissenschaftsstiftung, sowie durch eingeworbene Drittmittel finanziert werden. Der Direktor des CAP ist der Professor für Politikwissenschaften an der Uni-München, Werner Weidenfeld. Das CAP ist eine Einrichtung zur direkten Politikberatung und sieht sich selbst in der Tradition US-amerikanischer *Think Tanks*. Ihr Leiter Weidenfeld wurde 1998 von der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaften zum einflußreichsten Politikberater gewählt.⁶ Von seinen vielfältigen Beziehungen soll nur der enge Mitstreiter Wolfgang Wessels erwähnt werden, der als Professor für Politikwissenschaften sowohl Inhaber des Jean-Monnet-Lehrstuhls an der Universität Köln wie auch Vorstandsvorsitzender des *Instituts für Europäische Politik* (IEP) in Berlin ist. Das 30 Mitarbeiter/innen große IEP wiederum ist ebenfalls ein enger Partner des CAP.

Der bei weitem größte Themenkomplex des CAP behandelt die Europäische Einigung. Von der kaum noch überschaubaren Themenvielfalt wird hier mit den »Strategien für die Osterweiterung« nur ein Schwerpunkt herausgegriffen, um die politische Orientierung von CAP und Bertelsmann-Stiftung zu verdeutlichen.⁷ Die vom CAP verfolgte Politik der Osterweiterung bringt der von der Bertelsmann-Stiftung seit vielen Jahren vergebene Carl-Bertelsmann-Preis zum Ausdruck. Der international renommierte Preis wurde 2001 für Beispiele eines erfolgreichen gesellschaftlichen Strukturwandels ausgelobt. Neben Bolivien wurde seinerzeit insbesondere Polen ausgezeichnet, dessen gesellschaftlicher Wandlungsprozeß 1989/90 von dem früheren polnischen Finanzminister und Zentralbank-Präsidenten, Leszek Balcerowicz, offenbar ganz im Sinne der Bertelsmann-Stiftung eingeleitet wurde.⁸ Damit honorierte die Bertelsmann-Stiftung ein explizit neoliberales Reformprojekt (vgl. Neunhöffer 2001), mit dessen Folgeproblemen in Form gravierender sozialer Verwerfungen das Land heute noch zu kämpfen hat.⁹

Philanthropischer Neoliberalismus

Wie eingangs erwähnt, blickt der Bertelsmann-Konzern auf eine fast einhundertsechzig Jahre währende Tradition sozialen Engagements

5 Das Konzept der Bildungskonten wird derzeit bezogen auf den Sektor der beruflichen Weiterbildung unter dem Namen AusbildungsZeit-Wertpapiere (AZWP) in der Hartz-Kommission diskutiert (vgl. Frankfurter Rundschau, 25. 1.2003).

6 Die Charakterisierungen der Person Werner Weidenfelds reichen von »Vordenker und graue Eminenz« (Die Zeit) über »Berater für das Unternehmen Staat« (Süddeutsche Zeitung) bis »Vordenker der Mächtigen« (Neue Westfälische Zeitung).

7 Weitere thematische Schwerpunkte lauten »Effizientes Regieren in Europa«, »Reformen der Europäischen Union«, »Folgefragen der Euro-Einführung«, »Standort Europa«, »Einstellung Jugendlicher zur europäischen Union«, »Außenpolitik und Sicherheit im Süden und Osten Europas« und »Die globale Rolle der EU als Partner der USA und Asiens«.

8 In der Begründung heißt es: »Mit seiner wirtschaftspolitischen Schocktherapie – dem ›Balcerowicz-Plan‹ – leitete er die marktwirtschaftliche Transformation in Polen ein und bildete somit ein stabiles Fundament für weitere Reformschritte.«

9 Das gleiche gilt für den zweiten Preisträger Bolivien, wo ebenfalls die Einführung einer neoliberalen New Economic Policy durchgeführt wurde. Dort haben die Aufstände der verarmten Bevölkerung fast den Sturz der Regierung bewirkt (vgl. Chavéz 2003) In Bolivien wie auch in Polen war

jeweils an exponierter Stelle der Harvard Ökonom David Sachs beratend tätig (vgl. Norton 1994). Sachs ist Mitglied der *Mont-Pèlerin-Gesellschaft*, der Keimzelle der neoliberalen Bewegung (vgl. Plehwe/Walpen 1999).

zurück. Das betrifft sowohl die Gemeinde Gütersloh wie auch das eigene Unternehmen, wo sich heute noch ein paternalistischer Führungsstil mit einem mütterlichen Fürsorgegedanken auf eine für dynastische Familienunternehmen des 19. Jahrhunderts typische Weise verbinden. Dementsprechend werden die Geschicke des Medienkonzerns bis heute von der Familie Mohn bestimmt. Im letzten Jahr hatte sich in einem unternehmensinternen Kulturkampf entschieden, daß das auch erst einmal so bleiben wird (vgl. Spiegel, 24. 2. 2003). Damals war es zum Konflikt mit dem Unternehmensführer und Mohn-Zögling Thomas Middelhoff gekommen. Während der junge Managertyp Middelhoff den Konzern in den letzten Jahren im Rausch der »New Economy« zum weltweit agierenden Medienkonzern ausgebaut hatte und nun, ganz im Sinne des »shareholder value«, an die Börse bringen wollte, um Kapital für weitere Expansionsgeschäfte zu akquirieren, sah die Familie Mohn ihren Einfluß schwinden. Insbesondere ihre sozialen Prinzipien schienen durch die neoliberale Unternehmensstrategie zunehmend gefährdet. So fügte sich der weltweit agierende Middelhoff zu keiner Zeit wirklich in jene spezifische Unternehmenskultur, wie sie in der Bertelsmannzentrale in Gütersloh seit langem praktiziert wird. Seine Unternehmensführung orientierte sich strikt an ökonomischen Kennziffern und bei notwendigen Entlassungen wurde kaum ein Gedanke darauf verwandt, wie soziale Härtefälle vermieden werden könnten. Auf diese Weise reduzierte Middelhoff den Familienbetrieb auf ein reines Wirtschaftsunternehmen und negierte mit dem sozialen Fürsorgegedanken für die Belegschaft ein zentrales Identifikationsmoment im Selbstverständnis der philanthropischen Unternehmenskultur. Diese neue Wirtschaftsphilosophie wurde von dem Familienpatriarchen Reinhard Mohn und seiner Frau Liz Mohn immer skeptischer verfolgt, hatten doch beide ihre ausgeprägt philanthropischen Überzeugungen in Büchern wie »Menschlichkeit gewinnt« (Mohn 2000) oder »Liebe öffnet Herzen« (Mohn 2001) immer wieder zum Ausdruck gebracht. In dem Moment wo der »Neue Markt« zu stottern begann, gab es neben den moralischen scheinbar auch wirtschaftliche Argumente, die gegen die Unternehmensstrategie von Thomas Middelhoff sprachen und die latenten Konflikte wurden manifest. Als Liz Mohn ausgerechnet am Rande einer Benefizveranstaltung erfuhr, daß Middelhoff auf Grundlage der durch die Bundesregierung geschaffenen neuen Rechtsgrundlage kurzerhand die Zahlung von Gewerbesteuern an die Gemeinde Gütersloh einstellte, womit insbesondere die Finanzierung zuvor geförderter kommunaler Prestigeprojekte der Stiftung gefährdet waren, kam es zum Bruch (vgl. taz, 27./28. 4. 2002). Middelhoff mußte gehen und der nun schon über achtzigjährige und gesundheitlich angeschlagene Reinhard Mohn hat die Unternehmensvollmachten mittlerweile auf seine zehn Jahre jüngere Frau übertragen, womit die Familientradition gewahrt bleiben soll.¹⁰ Dabei spielt die Stiftung für das Selbstverständnis des Familienunternehmens eine wichtige Rolle, sie repräsentiert gleichsam das soziale Gewissen des Wirtschaftsunternehmens.

Die Analyse der Stiftungsaktivitäten hat freilich deren ambivalenten Charakter aufgezeigt. Sei es bei der Verbreitung der eigenen Un-

10 Der Familieneinfluß geht mittlerweile wohl auch dem Nachfolger von Middelhoff und langjährigen Familienfreund, Gerd Schulte-Hillen, zu weit (vgl. Berliner Zeitung, 21. 2. 2003).

ternehmenskultur, den Bildungsreformkonzepten oder der angestrebten Gesellschaftstransformation, in jedem Fall geht die Stiftung von originären Wirtschaftsinteressen aus. So ergibt sich die Notwendigkeit einer neuen Unternehmenskultur, die gemeinsame Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen voraussetzt, aus den vermeintlich ökonomischen Imperativen der Globalisierung. Ebenso wie die neue Unternehmenskultur, werden auch die Reformen im Bildungswesen aus den wirtschaftlichen Anforderungen abgeleitet. Das gesamte System soll nach ökonomischen Effizienzkriterien im Sinne einer betriebswirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Rechnung organisiert werden. Auf diese Weise soll ein lukrativer Markt erschlossen werden, in dem die neuen Bildungskund/innen ihre Lernstrategien der wechselnden wirtschaftlichen Nachfrage entsprechend flexibel gestalten (Bultmann/Schöller 2002). Sowohl die von ihr initiierten Reformprojekte im einzelnen wie auch die Initiativen eines allgemeinen gesellschaftlichen Wandels speisen sich nicht aus einer politischen Programmatik, sondern folgen primär einer ökonomischen Logik. Wie am Beispiel der gesellschaftlichen Transformationsprozesse in Polen und Bolivien demonstriert, erwartet die Stiftung auch gesamtgesellschaftlichen Wandel nicht durch politische Gestaltung, sondern verspricht sich die notwendigen Reformimpulse durch die schöpferische Kraft ökonomischer Zerstörung. Demgegenüber steht die philanthropische Gesinnung des Familienunternehmens in einem eigentümlichen Spannungsverhältnis, das sich durch den internen Konflikt um die zukünftige Unternehmensstrategie entladen hat. Damit ist freilich der grundsätzliche Widerspruch zwischen dem humanistischen Bürgerideal auf der einen Seite und den ökonomischen Anforderungen an einen ›global player‹ auf der anderen Seite nicht gelöst. Vielmehr scheint es in Anbetracht der jüngst angestoßenen öffentlichen Debatte um die autoritäre Unternehmensführung des Familienpatriarchen fraglich, ob die in der Vergangenheit lange Zeit erfolgreich genutzte soziale Legitimationsrhetorik auch in Zukunft noch dieselbe Wirkung entfalten wird.

Zusammenhang von Neoliberalismus und Autoritarismus – Ein vorläufiges Fazit

Die Besonderheit der Bertelsmann-Stiftung besteht nicht in ihrer wirtschaftsliberalen Programmatik, worin sich schlicht das legitime Interesse einer Unternehmensstiftung ausdrückt, vielmehr resultiert ihr spezifischer Charakter aus der erfolgreich praktizierten korporatistischen Strategie. Die Stiftung erlangt ihre gesellschaftliche Wirkungsmacht vor allem durch die aktiv betriebene Integration unterschiedlichster sozialer Akteure in die von ihr initiierten gesellschaftlichen Reformprojekte. Dies wiederum gelingt ihr, indem sie offenbar glaubwürdig vermitteln kann, daß die von ihr aus ökonomischen Notwendigkeiten abgeleiteten Reformziele nicht etwa wirtschaftliche Partikularinteressen darstellen, sondern allgemeine Gesellschaftsinteressen verfolgen. Das wird besonders augenfällig bei der engen Kooperation von Unternehmens- und Gewerkschaftsstiftung. Dabei erinnert die Rhetorik der gemeinsam verfolgten Unternehmenskultur auf verblüffende Weise der faschistischen Idee der »Betriebsgemeinschaft«, der ebenfalls die Vorstellung gemeinsa-

11 Im Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934 heißt es dementsprechend: »In den Betrieben arbeiten die Unternehmer als Führer des Betriebs, die Angestellten und Arbeiter als Gefolgschaft gemeinsam zur Förderung der Betriebszwecke und zum gemeinsamen Nutzen von Volk und Staat. Der Führer des Betriebes entscheidet der Gefolgschaft gegenüber in allen betrieblichen Angelegenheiten. Er hat für das Wohl der Gefolgschaft zu sorgen. Diese hat ihm die in der Betriebsgemeinschaft begründete Treue zu halten« (zit. n. Schneider 1999: 497).

mer Ziele von »Betriebsführer« und »Gefolgschaft« zugrunde lag.¹¹ Durch eine staatlich vermittelte korporatistische Strategie sollte der soziale Widerspruch von Kapital und Arbeit im Sinne der Volksgemeinschaft aufgelöst werden: »faschistisch ist diejenige Stiftung des sozialen Friedens, die in einer dynamisch gewordenen und insofern emanzipatorische Kräfte freisetzenden Gesellschaft durch eine spezifisch »korporative«, das heißt auf die Partnerschaft von Privatkapital und Kollektivarbeit angelegte Organisationsform der Wirtschaft jedwede Emanzipation verhindern will« (Agnoli 1997, S. 148). Wie damals wird heute im Sinne eines »Wettbewerbskorporatismus« (Rhodes 1998) auf die sozialen Verwerfungen im Innern und den zunehmenden Standortwettbewerb nach außen, mit einer Formierung der Gesellschaft reagiert, die alle Kräfte bündelt, um für den globalen Konkurrenzkampf gerüstet zu sein. Hatte man sich in den Politikwissenschaften angewöhnt, in demokratischen Gesellschaften aufgrund der Vielfalt unterschiedlicher Akteure von einem »Pluralismus des Korporatismus« (Schubert 1995) zu sprechen, scheint es sich im Falle der Bertelsmann-Stiftung um eine neue Form Inkorporierten Pluralismus zu handeln. Inwieweit es sich dabei um eine rückläufige Bewegung handelt, die das demokratische System tangiert, wird sich noch zeigen. In vielen gesellschaftlichen Bereichen läßt sich aber schon jetzt beobachten, daß diese Entwicklung auch mit der Herausbildung autoritärer Strukturen verbunden ist, weshalb Heitmeyer gar von einem autoritären Kapitalismus spricht (Heitmeyer 2001). Insbesondere im Bildungssystem zeichnet sich ab, daß die von der Bertelsmann-Stiftung vorangetriebenen Bildungsfinanzierungskonzepte zu einer verstärkten Segmentierung in gehobene und untere Bildungssegmente beiträgt (vgl. Keller/Schöller 2002). Kam in den klassischen Fällen des Korporatismus, sowohl im Faschismus wie im Keynesianismus, dem Staat eine entscheidende Vermittlerrolle zwischen Kapital und Arbeit zu, besteht die neue Qualität darin, daß im Kontext einer neoliberalen Hegemonie *Think Tanks* wie die Bertelsmann-Stiftung die Aufgabe der Integration unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen übernehmen und dazu beitragen, daß gesellschaftliche Reformprozesse durch Kapitalinteressen dominiert werden. Insofern widerspricht eine korporatistische Strategie, wie sie die Bertelsmann-Stiftung praktiziert, nicht der heute vorherrschenden neoliberalen Programmatik, vielmehr handelt es sich um eine spezifische Form ihrer Durchsetzung. Durch ihre Definitionsmacht in so zentralen gesellschaftlichen Feldern wie der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Politik und den Medien, trägt die Unternehmensstiftung zur gesellschaftlichen Akzeptanz neoliberaler Reformen bei.

Aus diesem Befund neuer Formen von Subpolitiken, die von sozialen Akteuren betrieben werden, welche nicht im traditionellen Verständnis demokratisch legitimiert sind, ergeben sich mithin demokratietheoretische Probleme, die hier nur angedeutet werden können. In jedem Fall relativieren die gesellschaftlichen Aktivitäten der Bertelsmann-Stiftung jene mit einer Zweiten Moderne allzu oft verbundenen Hoffnungen in die reflexive Kraft zivilgesellschaftlicher Akteure, die damit vorschnell gegen einen vermeintlich überkommenen Staatsapparat in Stellung gebracht werden (vgl. Lange 2002).

Demgegenüber sollte gezeigt werden, daß sich auch in Zukunft die Frage der möglichen Etablierung institutioneller Formen kollektiv organisierter Gegenstrategien stellt, um der zivilgesellschaftlichen Definitionsmacht von seiten des Kapitals mit alternativen Konzepten zu begegnen. Wer sich dabei frühzeitig der staatlichen Machtressourcen gibt, läuft Gefahr, daß andere sie in ihrem Sinne um so erfolgreicher nutzen.

Literatur

- Agnoli, Johannes: Faschismus ohne Revision, Freiburg 1997.
- Bartz, Olaf: Das Konzept der »nachlaufenden Studiengebühren«. Ein Mythos aus Australien, ein Modellversuch aus München und CHE aus Gütersloh, in: BdWi/fzs (Hrsg.): Bildungsfinanzierung, Marburg 2002, S. 12-15.
- Bennhold, Martin: Die Bertelsmann Stiftung, das CHE und die Hochschulreform: Politik der »Reformen« als Politik der Unterwerfung, in: Ingrid Lohmann/Rainer Rilling (Hrsg.): Die verkaufte Bildung. Kritik und Kontroversen zur Kommerzialisierung von Schule, Weiterbildung, Erziehung und Wissenschaft, Opladen 2002, S. 279-299.
- Bertelsmann-Stiftung/Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.): Mitbestimmung und neue Unternehmenskulturen – Bericht der Kommission Mitbestimmung, Gütersloh 1998.
- Bertelsmann-Stiftung/Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.): Praxis Unternehmenskultur. Herausforderungen gemeinsam bewältigen, Gütersloh 2001.
- Bultmann, Torsten/Oliver Schölller: Die Zukunft des Bildungssystems: Lernen auf Abruf – eigenverantwortlich und lebenslänglich!, in: PROKLA, Heft 131, (2/2002), S. 331-354.
- Bundesmann-Jansen, Jörg/Ulrich Pekruhl: Der Medienkonzern Bertelsmann – Neues Management und gewerkschaftliche Betriebspolitik, HBS-Forschung, Band 7, 1992.
- Bundesverband Deutscher Stiftungen (Hrsg.): Verzeichnis deutscher Stiftungen, Darmstadt 2001.
- Chávez, Walter: Der starke Mann von Chaparé. Bolivien: Aufstieg und Ratlosigkeit einer Bewegung, in: Le Monde diplomatique, 2003, S. 204.
- Friedländer, Saul/Norbert Frei/Trutz Rendtorff/Reinhard Wittmann (Hrsg.): Bertelsmann im Dritten Reich, Gütersloh 2002.
- Heitmeyer, Wilhelm: Autoritärer Kapitalismus, Demokratieentleerung und Rechtspopulismus, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Schattenseiten der Globalisierung, Frankfurt/M. 2001, S. 497-534.
- Jones, Phillip W.: On World Bank Education Financing, in: Comparative Education, Heft 33/1997, S. 117-129.
- Keller, Carsten/Oliver Schölller: Autoritäre Bildung. Bildungsreform im Zeichen von Standortwettbewerb und neuen Eliten, in: Uwe H. Bittlingmayer/Rolf Eickelpasch/Jens Kastner/Claudia Rademacher (Hrsg.): Theorie als Kampf? Zur politischen Soziologie Pierre Bourdieus, Opladen 2002, S. 381-414.
- Klausenitzer, Jürgen: Altes und Neues. Anmerkungen zur Diskussion über die gegenwärtige Restrukturierung des deutschen Bildungssystems, in: Widersprüche, Heft 43/2002, S. 53-68.
- Lange, Stefan: Diagnosen der Entstaatlichung. Eine Ortsbestimmung der aktuellen politischen Zeitdiagnostik, in: Leviathan, Heft 4/2002, S. 455-481.
- Liedtke, Rüdiger: Wem gehört die Republik? Die Konzerne und ihre Verflechtungen, Frankfurt/M. 2002.
- Mohn, Liz: Liebe öffnet Herzen, Gütersloh 2001.
- Mohn Reinhard: Erfolg durch Partnerschaft. Eine Unternehmensstrategie für den Menschen, Gütersloh 1986.
- Mohn, Reinhard: Menschlichkeit gewinnt. Eine Strategie für Fortschritt und Führungsfähigkeit, Gütersloh 2000.
- Mohn Reinhard: Die gesellschaftliche Verantwortung des Unternehmers, Gütersloh 2003.
- Neunhöffer, Gisela: Die liberale Konterrevolution – neoliberale Think Tanks in Polen, in: UTOPIE kreativ, Heft 126 (April 2001), S. 313-323.
- Norton, Robert E.: Jeff Sachs – Doctor Debt, in: Peter W. Drake (Ed.): Money Doctors, Foreign Debts and Economic Reforms in Latin America from the 1890s to the Present, Wilmington 1994, p. 231-235.
- Plehwe, Dieter/Bernhard Walpen: Wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Produktionsweisen im Neoliberalismus. Beiträge zur Mont Pèlerin Society und marktradikaler Think Tanks zur Hegemoniegewinnung und -erhaltung, in: PROKLA, Heft 115 (1999), S. 203-235.
- Rhodes, Martin: Globalisation, Labor Markets and Welfare States: A Future of Competitive Corporatism?, in: Martin Rhodes/Yves Meny (ed.): The Future of European Welfare: A New Social Contract?, London 1998, pp. 178-203.
- Schneider, Michael: Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939, Bonn 1999.
- Schölller, Oliver: Wie eine Meinung in einem Kopf entsteht. Bildungspolitische Einflußnahme von Stiftungen und Sachverständigenräten, in: BdWi/fzs (Hrsg.): Bildungsfinanzierung, Marburg 2002, S. 32-35.
- Schölller, Oliver: »Geistige Orientierung« der Bertelsmann-Stiftung. Beiträge einer deutschen Denkfabrik zur gesellschaftlichen Konstruktion der Wirklichkeit, in: PROKLA, Heft 122 (2002), S. 123-143.
- Schubert, Klaus: Politische Netzwerke, Bochum 1995.

JÜRGEN KLUTE

Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie

Vorbemerkung

Die Idee der Wirtschaftsdemokratie enthält drei Elemente¹:

1. Den ethischen Aspekt der Menschenwürde der Lohnarbeitenden, womit vor allem deren Freiheit von entwürdigenden ökonomischen Abhängigkeiten gemeint ist.

2. Den politökonomischen Aspekt, den Anspruch der Lohnarbeitenden auf gleichberechtigte Teilhabe an Entscheidungen in der Wirtschaft.

3. Den Aspekt der Verantwortung des Staates als Träger gesamtgesellschaftlicher Interessen, soziale Gerechtigkeit zu realisieren.

Aus Sicht des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt (KDA) ist dazu zu sagen, daß in den verschiedenen Stellungnahmen der evangelischen Kirche zur Mitbestimmung das zuerst genannte Element ohne Einschränkungen unterstützt wird. Auch das dritte Element findet weitgehende Zustimmung – zuletzt im Sozialwort der Kirchen von 1997. Große Zurückhaltung dagegen gibt es gegenüber zweiten Aspekt, also jenem Element, das sich ganz direkt auf die Machtfrage richtet.

Historische Vorbemerkung

Die entscheidenden Mitbestimmungsgesetze in der BRD sind in der Aufbauphase entstanden. Angesichts der Verquickung der Großindustrie mit dem Naziregime und der breiten Resonanz der Nazi-Ideologie in der deutschen Bevölkerung gab es in der frühen Nachkriegszeit einen relativ breiten gesellschaftlichen Konsens darüber, durch politische Strategien und Rahmenseetzungen eine Wiederholung der Nazidiktatur zu verhindern.² Die Mitbestimmungsgesetzgebung, die viele Ideen und politische Ansätze aus der Weimarer Republik aufgenommen hatte, ist Teil der genannten politischen Strategie gewesen. Durch eine Einbindung der Arbeitnehmer in betriebliche Verantwortung sollte der alte Klassengegensatz überwunden oder doch wenigstens relativiert werden, um somit die Arbeitnehmer gegen extremistische Ideologien zu immunisieren. Auf diesem gesellschaftspolitischen Hintergrund ist es den Gewerkschaften dann möglich gewesen, die im internationalen Vergleich recht weitgehenden Mitbestimmungsgesetze der BRD durchzusetzen – eben als Element einer umfassenderen politischen Strategie.

Die Gesetze zur Mitbestimmung sind dann in der 1976er Reform teils noch einmal weiterentwickelt worden. Die BtrVG Novelle von 2000 hat dagegen keine nennenswerte Entwicklung gebracht, inso-

Jürgen Klute – Jg. 1953;
evangelischer Sozialethiker,
Industrie- und Sozialpfarrer,
Leiter des Sozialpfarramtes
des Kirchenkreises Herne.
E-mail:
mailbox@juergen-klute.de

Der vorliegende Aufsatz ist die überarbeitete Fassung eines Beitrages auf dem Seminar »Wirtschaftsdemokratie als alternative Wirtschaftspolitik« von »Links trifft sich« e.V. am 16. Februar und 16. November 2002 in Herne-Horsthausen.

1 Ulla Plener: Soziale Gerechtigkeit erfordert Wirtschaftsdemokratie. Teil II: Die verdrängte Ur-Idee der Arbeiterbewegung zwischen 1949 und 1989 in Westdeutschland, in: UTOPIE kreativ, Heft 123 (Januar 2001), S. 52.

fern sie die notwendige Anpassung an die veränderten Rahmenbedingungen nicht geleistet hat. Und das Montanmitbestimmungsgesetz – die wohl weitgehendste gesetzliche Mitbestimmungsregelung – gilt zwar nach wie vor, nur gibt es infolge des Strukturwandels kaum noch Unternehmen, in denen es Anwendung findet.

Aktuelle Aspekte

Wirtschaftsdemokratie betrifft verschiedene Ebenen: die Ebene des Arbeitsplatzes, die des Betriebes, des Unternehmens/Konzerns und die gesamtgesellschaftliche bzw. europäische Ebene. Meine Ausführungen beziehen sich auf die ersten Punkte, also auf die klassische Mitbestimmung. Dabei will ich vor allem auf die veränderten Rahmenbedingungen aufmerksam machen. Diese stellen für die Mitbestimmung und somit auch für die Idee der Wirtschaftsdemokratie neue Herausforderungen dar. Die Schlüsselfrage heißt: Wie läßt sich die Idee der Mitbestimmung und der Wirtschaftsdemokratie³ in diesem veränderten Kontext neu in praktisch handhabbare Konzepte übersetzen, und wie läßt sich die Idee wieder attraktiv, diskursfähig und politisch mehrheitsfähig machen?

Wir befinden uns derzeit inmitten eines Prozesses der »Modernisierung der Arbeit« und der Gesellschaft insgesamt. Dieser Prozeß basiert auf der enormen informationstechnologischen Entwicklung der letzten Jahre. Ein Prozeß, der – wie alle technologischen Entwicklungen, die aus der Menschheitsgeschichte bekannt sind – nicht umkehrbar ist. In seinen Grundlinien wurde er bereits vor rund zwei Jahrzehnten von André Gorz prognostiziert.⁴ Trotzdem hat es eine vorausblickende Vorbereitung unserer Gesellschaft auf die zu erwartenden Entwicklungen nicht gegeben, so daß wir uns heute weitgehend unvorbereitet in einem dramatischen Umbruchprozeß wiederfinden. Dies impliziert eine weitreichende Verschiebung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse zugunsten von Kapitalinteressen. Deutlichster Ausdruck dessen ist das Shareholder-Value-Prinzip und die Finanzpolitik der Industriestaaten, die die Interessen der Arbeitnehmer/innen immer mehr aus dem Blick verlieren. Dieser gesellschaftliche Umbruch produziert derzeit Gewinner und Verlierer. Das heißt, es geht erneut um die Frage einer gerechten Verteilung von Erwerbsarbeit *und* Einkommen. Wie mit jedem tiefgreifenden gesellschaftlichen Umbruchprozeß ist auch mit dem gegenwärtigen eine Neuordnung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse verknüpft, die es politisch zu gestalten gilt.

Bezogen auf die Modernisierung der Arbeitswelt lassen sich zwei unterschiedliche Aspekte beobachten: Zum einen *quantitative* Veränderungen, das heißt, der Abbau von Erwerbsarbeitsplätzen. Seit Ende der 80er Jahre sind zu den quantitativen Veränderungen *qualitative* hinzugekommen. Diejenigen, deren Erwerbsarbeitsplatz nicht abgebaut wurde, haben ihre Erwerbsarbeit heute unter gänzlich anderen Bedingungen zu leisten als noch vor einem Jahrzehnt. Dieser Aspekt gewinnt bei der Definition des Begriffs Strukturwandel zunehmend an Bedeutung. Noch vor einem Jahrzehnt wurde unter Strukturwandel – jedenfalls im Ruhrgebiet – die Verlagerung von Erwerbsarbeitsplätzen aus der Montanindustrie in andere Produktionsbereiche oder in den Verwaltungs- und Dienstleistungssektor verstanden. Diese Möglichkeit besteht heute nur noch in Ausnahme-

2 Recht bald allerdings – das soll hier nicht verschwiegen werden – richtete sich diese Strategie auch gegen linke Gesellschaftsmodelle – aus der Abwehrstrategie, eine Wiederholung der Nazidiktatur zu verhindern, wurde eine Strategie zur Bekämpfung rechten und linken Extremismus.

3 Vgl. Pleners Definition der Wirtschaftsdemokratie als Demokratisierung der Verfügung über das Eigentum an gesamtgesellschaftlich entscheidenden Produktionsmitteln (vgl. Ulla Plener: Wirtschaften für's Gemeinwohl. Wege zur sozialen Gerechtigkeit, Berlin 2001) .

4 Vgl. Wolfgang Belitz: Man muß neue Wege beschreiten, um soziale Gerechtigkeit zu erreichen, in: W. Belitz, J. Klute, H.-U. Schneider: Zukunft der Arbeit in einem neuen Gesellschaftsvertrag, Münster 2002, 2. Aufl., S. 41-48.

fällen. Seit Beginn der 90er Jahre muß Strukturwandel vielmehr als das definiert werden, was hier als qualitative Veränderung der Arbeitswelt beschrieben wird: als Neustrukturierung der Arbeitsorganisation und der Arbeitsbeziehungen. Diese quantitativen und qualitativen Veränderungen der Arbeitswelt stellen die Idee der Wirtschaftsdemokratie inklusive der Arbeitnehmermitbestimmung vor neue und schwierige Herausforderungen.

Die quantitativen Veränderungen der Arbeitswelt

Insbesondere in klassischen Bereichen industrieller Produktion hat es in Deutschland wie auch in allen anderen Industrieländern in den letzten Jahrzehnten einen dramatischen Erwerbsarbeitsplatzabbau gegeben. Eine nochmalige deutliche Intensivierung ist hier seit den 90er Jahren wahrnehmbar und ein Ende ist nicht abzusehen. Selbst vor den öffentlichen Verwaltungen macht der Arbeitsplatzabbau nicht mehr halt. Vielmehr haben sie sich von ihrer über Jahrzehnte eingenommenen Rolle verabschiedet, Arbeitsplatzverluste in der Industrie zu kompensieren. So erzwingt die politisch betriebene relative Verarmung der öffentlichen Hand seit Mitte der 90er Jahre auch im öffentlichen Dienst einen massiven Arbeitsplatzabbau – wenn auch sozialverträglich organisiert.⁵ Mit anderen Worten: Das Erwerbsarbeitsvolumen geht signifikant zurück. In Zahlen ausgedrückt heißt das für den Zeitraum von 1970 bis 1996, daß das Erwerbsarbeitsvolumen um mehr als ein Fünftel geschrumpft ist. Im gleichen Zeitraum ist dagegen die Produktivität um über 60 % angestiegen.⁶ Das heißt, 1996 konnte mit deutlich weniger Menschen eine weitaus größere Menge an Gütern produziert werden als 1970.⁷

Die qualitativen Veränderungen der Arbeitswelt

Wie skizziert, führt die Modernisierung der Arbeitswelt einerseits zu einem gigantischen Arbeitsplatzabbau.⁸ Gleichzeitig verändert die informationstechnologische Revolution aber auch die Organisation der verbliebenen Erwerbsarbeit und der in begrenztem Umfang neu entstehenden: In einigen Branchen (zum Beispiel im Einzelhandel) werden tariflich abgesicherte Regelarbeitsplätze mehr und mehr durch prekäre Zeit-Arbeitsplätze ersetzt. Immer häufiger setzen Unternehmen befristete Arbeitsverhältnisse durch. Das geltende Tarifrecht, insbesondere die Flächentarifverträge, geraten ebenso unter Druck wie eine Vielzahl von Schutzrechten von Arbeitnehmer/innen.

Ein weiterer bedeutsamer Aspekt ist die Zerlegung großer Unternehmen in Netzwerkstrukturen. Dadurch werden nachhaltig die Wirkungen des Betriebsverfassungsgesetzes, die betriebliche und die unternehmensweite Arbeitnehmermitbestimmung unterlaufen. Im Regelfall sind sie nur mehr im Rahmen befristeter Betriebsvereinbarungen zu sichern. Ihre dauerhafte Wirkung ist damit in Frage gestellt. Ein politischer Wille zur Fortentwicklung des Arbeitsrechts und des Betriebsverfassungsgesetzes, um diesen neuen Bedingungen Rechnung zu tragen, ist gegenwärtig nur in sehr begrenztem Umfang vorhanden. Die kleinen überschaubaren Netzwerkeinheiten sind rechtlich eigenständig und ökonomisch für sich selbst verantwortlich – ohne jedoch in ihren ökonomischen Entscheidungen eigenständig zu sein. Dies führt zur Ausdifferenzierung der »legal struc-

5 Vgl. dazu Jeremy Rifkin: Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Frankfurt a. M./New York 1996, S. 37 ff.

6 Dieser Prozeß der Verringerung des Arbeitsvolumens und der gleichzeitigen Steigerung der Produktivität resultiert aus dem (organisierten) Zwang zur Kostensenkung im kapitalistischen Wirtschaftssystem, dem vor allem mittels technischer Rationalisierungen Rechnung getragen wird. Es ist ein systemimmanenter bzw. systembedingter Prozeß.

7 Vgl. Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen: Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen. Teil I, Bonn 1996, S. 19; vgl. weiterhin: W. Belitz, a. a. O., S. 34-41; R. Thome: Arbeit ohne Zukunft? München 1997.

8 Also: klassische Verwaltungstätigkeiten. Durch den Einsatz elektronischer Datenverarbeitung wurden auch in öffentlichen Verwaltungen, in betrieblichen Verwaltungen, in Banken, in Versicherungen und im Handel in großem Umfang Arbeitsplätze vernichtet.

ture« und der »business structure«. Erstere beschreibt die Rechtsstruktur, die den ausgegründeten Betriebsteilen (zumeist GmbH) eine Handlungsautonomie gewährt, die aus der ökonomischen Interessenlage heraus nicht erwünscht ist. Aus diesem Grund wird über Verträge eine mehr oder minder starke Einschränkung der juristisch gegebenen Handlungsautonomie erzeugt, die als »business structure« bezeichnet wird. Diese beschreibt die ökonomische Abhängigkeit eines Betriebes von einem anderen (Holding, Mutter-Konzern) durch Beherrschungs- bzw. Gewinnabführungsverträge. Diese setzen die »legal structure« faktisch außer Kraft. Eine Struktur, die einem feudalen Lehnsverhältnis nicht unähnlich ist. Die Rolle des »Lehnsherrn« übernimmt die Holding als dominanter Gesellschafter. Juristisch ist diese Struktur zumindest punktuell hinterfragbar.

Ein weiterer Aspekt der Zergliederung der Unternehmen ist die Schaffung von Transparenz. Die Zergliederung erfolgt nach Produkten, so daß die Produktionskostenanteile einzelner Produktionsschritte für jedes einzelne Produkt immer präziser benennbar werden. Dies gilt auch für die Tätigkeiten jedes einzelnen Mitarbeiters, die als edw-mäßig erfaßte und dokumentierte Kostenfaktoren ebenfalls immer transparenter werden.⁹ Die unternehmensseitig kalkulierten Vorteile der Ausgründungen sind: Risikoverlagerungen und -begrenzungen, steuerlicher Nutzen, kleinere Belegschaften, Flexibilität, die Möglichkeit, den Betrieb selbst zum Handelsprodukt machen zu können.

Eine weitere Variante neuer Arbeitswelten sind virtuelle Organisationen. Sie bestehen aus rechtlich selbständigen Unternehmen, die nicht selten Einpersonenernehmen sind, die auf Zeit zusammenarbeiten, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen. Ihre Kommunikationsstruktur basiert auf modernen Kommunikationstechnologien wie Internet und E-Mail. In einer solchen Struktur ist jeder für sich selbst verantwortlich. Das gilt für die Arbeitsinhalte, für die ökonomische Basis, für die Zeitorganisation und für die Akquise von Aufträgen. Selbstmanagement, Vertrauen, Zuverlässigkeit, Selbststeuerung sind die zentralen persönlichen Voraussetzungen für eine solche Art der Erwerbsarbeit. Ein Kernpunkt dieser Art der Erwerbsarbeitsorganisation ist, daß nicht mehr Arbeit, sondern die Verantwortung für bestimmte Aufgaben delegiert wird. Bisher gibt es erst wenige virtuelle Organisationen dieser Art.¹⁰

Unter dem Zwang der gesellschaftlichen Umwälzungen werden zunehmend Menschen dazu animiert, sich auf eine Existenzgründung einzulassen. Die westfälische Landesregierung zum Beispiel drängt seit Mitte der 90er Jahre auf eine Verdoppelung der Selbständigenquote in NRW von seinerzeit acht auf 16%. Hier entsteht eine Gruppe *Neuer Selbständiger*, die nicht nur Betriebswirtschaft und Betriebsorganisation erlernen muß, sondern die auch einen kulturellen und sozialen Wandlungsprozeß vom abhängig beschäftigten »Anweisungsempfänger« zum ökonomisch und rechtlich eigenverantwortlichen Entscheidungsträger, der sich selbst motivieren können muß, zu leisten hat. Darin unterscheidet sich diese Gruppe vom klassischen Selbständigen bzw. Freiberufler, der zudem auf funktionierende Verbandsstrukturen zurückgreifen kann. Für die Gruppe der »Neuen Selbständigen« kommt hinzu, daß sie aus den Pflichtversicherungen herausfallen und sich freiwillig versichern müssen.

9 Aussage eines Betriebsrates dazu: »In diesem System kannst Du nicht mehr gnädig sein und jemanden vorübergehend verstecken. Das fällt sofort auf. In diesem Sinne ist dies ein gnadenloses System!«

10 Vor allem im IT-Bereich, aber keineswegs nur dort, werden Erwerbsarbeitsbeziehungen zunehmend so organisiert. Da virtuelle Organisationen darauf angelegt sind, auch über die Grenzen von Staaten hinweg zu kooperieren, werden staatliche Vertrags- und Arbeitsrechtsregelungen in ihrer Bedeutung entsprechend relativiert, denn sie sind international nur schwer oder gar nicht durchsetzbar.

Aufgrund finanzieller Probleme wird oft auf den nötigen Versicherungsschutz verzichtet. Hier gibt es einen erheblichen Regelungs- und Unterstützungsbedarf, um dieser Gruppe eine nachhaltige Existenzsicherung zu ermöglichen und um zukünftige Altersarmut zu vermeiden.

Die entrechtlichten Arbeitsbeziehungen setzen die Arbeitnehmer/innen einem verstärkten Machtkampf aus, ohne daß sie über geeignete strukturelle Machtinstrumente für einen solchen Kampf verfügen. Was in der Theorie durchaus verlockend klingt – mehr Freiheiten, mehr Flexibilität etc. –, bedeutet in den meisten Fällen nichts anderes als die Übernahme schwer kalkulierbarer ökonomischer Risiken durch die einzelnen Arbeitnehmer/innen. Der Druck dieser Risiken fördert – vor allem im Bereich der (Schein-)Selbständigen – die Selbstausbeutung und den Verzicht auf gesundheitliche Schutzmaßnahmen, um überleben zu können.

Insbesondere neue Organisationsformen in den Unternehmen führen nicht nur zu veränderten Arbeitsbeziehungen, sondern bedingen ihrerseits einen weiteren Abbau von Erwerbsarbeitsplätzen durch Optimierung der Arbeitsabläufe. Dazu zählt auch die viel diskutierte Flexibilisierung der Erwerbsarbeitszeit – oft nichts anderes als Erwerbsarbeit auf Abruf.¹¹

Eine weitere Herausforderung stellt der Wandel von der Industrie zur Dienstleistungsgesellschaft dar. Im Rahmen der Industriegesellschaft waren die gewerkschaftlichen Aktivitäten auf die (Groß)Industrie konzentriert.¹² Traditionell war und ist der Dienstleistungssektor einerseits weitaus geringer organisiert und andererseits für die (Industrie)Gewerkschaften nur schwer zugänglich¹³, was in der klassischen Industriegesellschaft ein hinnehmbarer Faktor war. Wird dieser Sektor – in dem sich zudem die nur schwer organisierbaren prekären Arbeitsverhältnisse konzentrieren – nun zu einem zentralen Wirtschaftssektor und damit für Gewerkschaften zu einem relevanten Beschäftigungsbereich, dann schwächt die bisherige Gewerkschaftsferne dieses Sektors die Mitbestimmung um ein Weiteres.

Infolge der informationstechnologischen Revolution vollzieht die Produktion also Umwälzungen, die sich signifikant von den eher kontinuierlichen Entwicklungen der Nachkriegszeit unterscheiden. Diese Umwälzungen führen, wie aufgezeigt, zu einem dramatischen Rückgang des Bedarfs an Erwerbsarbeitskräften in allen klassischen Erwerbsarbeitssektoren. Gleichzeitig wird die *Organisation* der Erwerbsarbeit durch die informationstechnologische Revolution tiefgreifend verändert. Parallel dazu erfordert die auf kultureller Ebene erfolgende Neubestimmung des Rollenverständnisses von Frauen und Männern eine neue Verteilung der Erwerbsarbeit zwischen den Geschlechtern. Für die Menschen bedeutet dies eine weitreichende Veränderung der Berufsbiographien: Sie sind unter den neuen Bedingungen vielfach gebrochen bzw. unterbrochen und mit vielen Wechseln der Stellen wie der Tätigkeiten verbunden.

Überlagert werden diese Prozesse dadurch, daß die Lebenserwartung der Menschen in den letzten Jahrzehnten deutlich zugenommen hat. Das Verhältnis von Lebenszeit und Erwerbsarbeitszeit hat sich dahingehend verändert, daß der Anteil der Erwerbsarbeitszeit deutlich zurückgegangen ist. Dies bedingt einen Bedeutungswandel der

11 Das heißt: Arbeitskraft wird nur noch abgerufen, wenn sie gebraucht wird und auch nur dann bezahlt. Personalreserven, die z. B. für Produktionsspitzen vorgehalten wurden, sind vielfach in die sogenannten Zeitarbeitsfirmen verlagert worden, die einen flexiblen, bedarfsorientierten und damit kostengünstigeren Abruf der Personalreserven ermöglichen.

12 Lediglich der öffentliche Dienst (Verwaltungen, Post, Bahn) als klassischer Teil des Dienstleistungssektors war relativ gut gewerkschaftlich organisiert und ist es in Teilen noch heute. Mit der Privatisierung von Bahn und Post geht jedoch eine Veränderung auch in diesen Bereichen einher.

13 Dafür gibt es eine Reihe von Gründen, die aus Platzgründen hier jedoch nicht weiter behandelt werden können.

Erwerbsarbeit, der eine grundlegende Neubestimmung des Verhältnisses von Arbeit, Erwerbsarbeit und Lebenszeit erfordert.

Dies alles hat weitreichende Folgen für unsere Gesellschaftsordnung, insbesondere für die aus Löhnen und Gehältern finanzierten sozialen Sicherungssysteme. Sie verlieren nach und nach ihre fundamentale Leistungsfähigkeit, nämlich Armutssicherheit für alle Lebenssituationen zu schaffen, für die Tarifsysteme, die das Erwerbsarbeitsleben und die Entlohnung regeln, sowie für die Mitbestimmung in Betrieben und Unternehmen. Diese Systeme sind alle auf eine tayloristische Produktionsorganisation ausgerichtet, in der Vollbeschäftigung als Beschäftigung aller männlichen Mitglieder der Gesellschaft im Erwerbsarbeitsalter definiert ist. Im Zuge dieser Umwälzungen hat die Erwerbsarbeit ihre flächendeckende und als einigermaßen ausgewogen akzeptierte Verteilungsfunktion des gesellschaftlichen Einkommens verloren. Die neuen Formen von Erwerbsarbeit (virtuelle Organisationen, Neue Selbständigkeit) bedingen zugleich eine neue Zeitsouveränität und eine neue zeitliche Fremdbestimmung, die alle Lebensbereiche umfaßt. Hier stellt sich die Frage nach der tatsächlichen Zeitsouveränität – als Frage nach der Abgrenzung von selbstbestimmter Zeit zu fremdbestimmter Erwerbsarbeitszeit. Denn die neuen Erwerbsarbeitsformen kennen keine scharfen Grenzen mehr, sondern nur noch fließende Übergänge, die im Rahmen von Selbstverantwortung und Selbstmanagement tagtäglich neu definiert werden müssen.

Dies gilt insbesondere für die neu entstehenden Formen von »Homeworking« in Verbindung mit Telearbeit und Neuer Selbständigkeit. Wohn- und Arbeitsort werden hier wieder stärker zusammengeführt: Die Grenzen zwischen Arbeitswelt und Privatleben werden durchlässiger bzw. verschwimmen. Für Familien bedeutet diese Entwicklung: Familienmitglieder werden in die Produktion einbezogen.¹⁴

Sind diese Umwälzungsprozesse in Deutschland zunächst mit einer gewissen zeitlichen Streckung eingeleitet und organisiert worden, deren Ziel eine möglichst hohe Sozialverträglichkeit war, so wird die informationstechnologische Revolution seit geraumer Zeit unter dem Druck der Börsen (Shareholder-Value-Prinzip) beschleunigt. Dabei sind weniger die Veränderungsprozesse als solche das Problem – sie eröffnen ja auch Chancen –, sondern die Umverteilungsinteressenlagen, die Verschiebung gesellschaftlicher Machtverhältnisse und die daraus resultierende Zunahme sozialer Ungleichheit und sozialer Ungerechtigkeit.

Mit dem Shareholder-Value-Prinzip und der »neuen Aktienkultur« ist eine weitere Veränderung verbunden: Der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital ist nicht mehr eindeutig auf gesellschaftliche Gruppen übertragbar, wie in früheren Phasen: hier Kapitalisten, dort Arbeiter. Einerseits sind Manager keine Fabrikbesitzer. Andererseits sind Mitarbeiter großer Konzerne über Aktien an den Unternehmen beteiligt. Durch Unternehmensbeteiligungen aber wird der im Shareholder-Value-Prinzip zum Ausdruck kommende Konflikt zwischen Arbeit und Kapital internalisiert, das heißt, in die abhängig Beschäftigten »hineinverlegt«. Seinen öffentlich sichtbaren Ort hat dieser Konflikt an den Börsen gefunden, die auf Entlassungen mit einem Anstieg der Aktienkurse reagieren.

14 Die Familie ist nicht mehr nur Ort der Reproduktion, sondern bekommt wieder Bedeutung als Wirtschaftseinheit. Letzteres nicht ohne Analogie zu vorindustriellen Produktionsverhältnissen.

Die skizzierten quantitativen und qualitativen Veränderungen der Arbeitswelt machen deutlich:

Die Arbeitswelt hat sich – insbesondere in den 90er Jahren – tiefgreifend verändert. Die klassische Industriearbeit ist zwar nicht verschwunden, hat aber nur noch einen nachgeordneten Stellenwert.¹⁵ Neue Berufe und neue, ganz unterschiedlich zu wertende Formen von Erwerbsarbeit werden Schritt für Schritt eingeführt. Wie aber letztendlich Erwerbsarbeit in der Zukunft aussehen und organisiert sein wird, läßt sich gegenwärtig nur schwer abschätzen.

Deutlich erkennbar und benennbar sind dagegen einige Herausforderungen, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen: Das kontinuierlich zurückgehende Erwerbsarbeitsvolumen in Verbindung mit Produktivitätssteigerung; veränderte Arbeitsbeziehungen; veränderte Unternehmensorganisationen; ein sich veränderndes Arbeitsverständnis; die Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme (deren Einnahmen an die Erwerbsarbeit gekoppelt sind); Verschiebungen gesellschaftlicher Machtverhältnisse, den Veränderungen entsprechende Weiterentwicklungen von Arbeitsrecht und Betriebsverfassungsgesetz.

Beide Prozesse – quantitative wie qualitative Veränderungen der Arbeitswelt –, aber auch die heute veränderten gesellschaftlichen und politischen Voraussetzungen gegenüber früher, stellen die Mitbestimmung und mehr noch die Idee der Wirtschaftsdemokratie vor neue und schwierige Herausforderungen. Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie werden heute nicht mehr als (wesentlicher) Bestandteil einer gesellschaftspolitischen Konzeption und Strategie verstanden und diskutiert. Die Großindustrie war in der alten BRD mit den hohen gewerkschaftlichen Organisationsgraden und starken Betriebsräten die soziale und die ökonomische Basis der Gewerkschaften, aufgrund derer sich Arbeitnehmer/innen politischen Einfluß erstritten und gesichert haben. Die Mitbestimmungskonzepte und -gesetze der BRD sind vorrangig auf diese Großbetriebe mit ihrer tayloristischen Arbeitsorganisation zugeschnitten. Mit den Veränderungen in der Arbeitswelt ist diese Basis mehr als brüchig geworden (mit weitreichenden Auswirkungen auch für die SPD sowie ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften). Auf Kleinbetriebe und industrielle Netzwerke sind weder die traditionellen gewerkschaftlichen Strategien, noch die betreffenden Gesetze, noch die gewerkschaftlichen Mitbestimmungskonzepte zugeschnitten. Zugespißt heißt die Herausforderung daher: Wie sind heute einerseits auskömmliche Einkommen und Sicherheit vor Armut zukünftig zu realisieren? Und wie sind andererseits neue Formen der Mitbestimmung als Elemente der Wirtschaftsdemokratie bis hin zu neuen Formen derselben als konstitutiver Bestandteil der Verfaßtheit einer demokratischen Gesellschaft auf gesamtgesellschaftlich-europäischer Ebene zu entwickeln und zu verwirklichen? Mit anderen Worten: Es geht um die Frage: Wie läßt sich der bisher erreichte *technische Fortschritt* in *sozialen Fortschritt* übersetzen – unter Einschluß politischer und ökonomischer Partizipationsrechte, Gleichberechtigung von Frauen und Männern, weltweiter Gerechtigkeit und Umweltschutz.¹⁶

Dazu braucht es viel soziale Phantasie und Engagement!

15 Für das NRW und das Ruhrgebiet wurde diese Bedeutungsverschiebung im Frühjahr d. J. von Matthias Knuth, Elke Dahlbeck und Jürgen Nordhause-Janz vom Institut Arbeit und Technik Gelsenkirchen (IAT) im Rahmen der Sozialkonferenz Herne 2002 dargestellt. Vgl.: M. Knuth, E. Dahlbeck, J. Nordhause-Janz: Entwicklung von Beschäftigung im nördlichen Ruhrgebiet, in: J. Klute, K.-H. Bitter: Dokumentation: Sozialkonferenz Herne 2002, Münster 2002, S. 55-80.

16 Vgl. dazu die Ausführungen des Ökumenisch-Sozialethischen Arbeitskreises NRW zur Präzisierung und Profilierung des Begriffs soziale Gerechtigkeit: Teilhabegerechtigkeit, Bedarfsgerechtigkeit, Leistungsgerechtigkeit, Verfahrensgerechtigkeit und intergenerative Gerechtigkeit, in: W. Belitz, J. Klute, H.-U. Schneider, a. a. O., S. 254 ff.

JOCHEN EBEL, BERTHOLD KÜHN

Reduzierung der Arbeitslosigkeit durch Verkürzung der Arbeitszeit

Einleitung

Obwohl es sich geradezu paradox anhört, daß durch Verkürzung der Arbeitszeit die Wirtschaftsleistung und der Lebensstandard steigen werden – der nachfolgende Text beweist, daß dies der einzige Weg ist. Dabei wird nach der Verkürzung der individuellen Arbeitszeit wegen der Beschäftigung der bisher Arbeitslosen die Gesamtarbeitszeit der Gesellschaft steigen.

Von einigen wird eingeschätzt, daß bei der derzeitigen Arbeitsmarktsituation eine Arbeitszeitverkürzung nicht möglich sei. Aber umgekehrt wird ein Schuh draus: Die Nichtverkürzung der Arbeitszeit ist die Ursache für die derzeitige Situation am Arbeitsmarkt und die Krisensituation in der Wirtschaft überhaupt. Die schnelle Steigerung der Arbeitsproduktivität und die langsamer wachsende oder aus Zukunftsangst sogar schwindende Nachfrage sind nur durch die ständige Verkürzung der Arbeitszeit ins Gleichgewicht zu bringen. Die durchschnittliche Jahresarbeitszeit pro Beschäftigten lag vor 100 Jahren bei über 3000 h, heute liegt das Gleichgewicht bei unter 1500 h – und fällt weiter. Allerdings ist der Durchschnitt jetzt geteilt: Ein Teil der Erwerbsfähigen arbeitet die volle Zeit (sogar mit Überstunden) und ein ständig wachsender Teil darf gar nicht arbeiten.

Wenn durch eine Anpassung der staatlichen Rahmenbedingungen an die modernen Erfordernisse die Normalarbeitszeit auf ein sinnvolles Maß gekürzt werden würde, dann hätten alle Arbeit, der Nettolohn könnte nach der Arbeitszeitverkürzung gleich bleiben, der Staat hätte mehr Einnahmen und auch die Gewinne der Unternehmen würden steigen.

Modell zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit durch Verkürzung der Arbeitszeit

Bei der bisherigen Diskussion zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Reduzierung der Arbeitszeit traten immer einige Fragen auf, die nicht befriedigend beantwortet werden konnten. Man ging von einer gewünschten Verkürzung der Arbeitszeit aus und kam dann schnell auf folgende Probleme: 1. Wie kann man die Arbeitszeit ohne Senkung der Löhne verkürzen? 2. Wenn man dies bewerkstelligen will, welche Belastung kann man den Arbeitgebern zumuten, damit sie sich auf diesen Weg einlassen? 3. Welche wirklichen Beschäftigungseffekte kann man damit erreichen?

Wir gehen an die Aufgabe andersherum heran. Wir sagen: Wir möchten alle Arbeitslosen in Beschäftigung bringen und dabei soll

Jochen Ebel – Jg. 1941, Diplom-Physiker, Borkheide; er veröffentlichte jüngst: Arbeitsproduktivität gibt Raum für Alternativen, in: Joachim Bischoff, Klaus Steinitz (Hrsg.): Linke Wirtschaftspolitik, Hamburg 2003.
E-Mail: JEbel@t-online.de

Am 24. 10. 2002 wurde von Jochen Ebel ein Modell vorgestellt, auf dessen Basis es gelingen könnte, die Arbeitslosigkeit mit Hilfe der Verkürzung der Arbeitszeit zu reduzieren – ohne Verlust von Nettolohn für die Beschäftigten, ohne Belastung der Unternehmen und mit bedeutenden Vorteilen für die öffentlichen Kassen. Dieses Modell stellt die Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Reduzierung der Arbeitszeit auf eine neue, solide und bilanzierte Grundlage und

fördert damit die Chancen auf Verwirklichung dieser Maßnahmen. Die AG Wirtschaftspolitik Dresden hat dieses Modell aufgegriffen und inzwischen weiter ausgebaut.

Berthold Kühn – Jg. 1930, Prof. Dr. sc. nat.; Physiker, Leiter der AG Wirtschaftspolitik der PDS in Dresden, zahlreiche Publikationen in der physikalischen und kernphysikalischen Fachliteratur sowie zur Wirtschaftspolitik, u. a. in den Finanzpolitischen Blättern der AG Finanzen und Steuern. E-mail: berthold.kuehn@gmx.de

Klaus Zwickel: Pressekonferenz am 22. 10. 2001 in Frankfurt/Main. Zwickel sagte, in Teilen der Mitgliedschaft der Gewerkschaft würde eine Arbeitszeitverkürzung zur Zeit nicht auf Zustimmung stoßen.

Meinhard Miegel et al.: Arbeitslosigkeit in Deutschland – Folge unzureichender Anpassung an sich ändernde wirtschaftliche und

der Nettolohn aller Beschäftigten, einschließlich der neu eingestellten, auf konstantem Niveau bleiben. Wie man sofort sieht, führt eine solche Forderung zu dem Effekt, daß die Nettolohnsumme größer wird und die Nachfrage um einen bestimmten Prozentsatz steigt, weil die bisher Arbeitslosen nicht mehr nur ca. 60 % des Nettolohnes in der Tasche haben, sondern 100 %. Auf der anderen Seite erbringen die neu eingestellten Arbeitnehmer eine zusätzliche Produktion (Dienstleistungen usw.), welche bei der bisherigen Arbeitszeit die zusätzliche Nachfrage übersteigt, denn jeder Arbeitslose bringt jetzt 100 % Produktion, seine zusätzliche Kaufkraft entspricht aber nur der Differenz zwischen Nettolohn und Arbeitslosengeld. Deshalb wird die Arbeitszeit soweit verkürzt, daß der Zuwachs an Produktion (in Prozent) genau dem prozentualen Zuwachs der Nettolohnsumme entspricht. Damit wäre ein Ausgleich zwischen Kaufkraft und Produktion erreicht und die Ursache der Arbeitslosigkeit im Prinzip beseitigt. Die Arbeitgeber zahlen einen entsprechend der verkürzten Arbeitszeit geringeren Bruttolohn. Da nun aber mehr Leute beschäftigt sind, steigt insgesamt die Bruttolohnsumme. Nun zeigt sich, daß dieser Anstieg, in Prozent gerechnet, genau proportional dem Anstieg der Kaufkraft ist. Der absolute Wert des Zuwachses des Bruttolohns übersteigt allerdings die Zunahme der Kaufkraft der Arbeitnehmer, da ein Teil davon vom Fiskus vereinnahmt wird. Es ergibt sich ein Zuwachs der Staatseinnahmen zuzüglich der Einsparungen an Arbeitslosengeld, der ebenfalls genau proportional dem Zuwachs der Bruttolohnsumme ist. Die Unternehmen finden also für die gesteigerte Produktion den vollen Absatz und zwar sowohl bei den Beschäftigten als direkte Konsumenten als auch beim Staat, der seine Einnahmen postwendend in Einkommen verwandelt, die ebenfalls auf dem Markt als Nachfrage in Erscheinung treten. Die Unternehmen machen durch die Arbeitszeitverkürzung nicht nur keinen Verlust, sondern sie können den Umsatz und damit ihren Gewinn steigern und haben alle damit verbundenen Vorteile.

Der wesentliche Punkt in diesem Modell ist die Forderung nach der Konstanthaltung der Nettoeinkommen der Beschäftigten. Am Nettoeinkommen und damit an der Kaufkraft nagt freilich die Inflation. Inflation bedeutet den Zerfall des Geldwertes und damit Preissteigerungen. In der Regel werden die Einkommen in harten Tarifaussinandersetzungen erst im Nachgang der Inflation angepaßt. Bevor dies nicht erreicht ist, fehlt Kaufkraft und damit Absatz der Produktion – eine weitere Ursache für Arbeitslosigkeit. Diese Effekte bleiben hier unberücksichtigt. Ihre nachteilige Wirkung für die Arbeitnehmer muß durch einen zusätzlichen Kampf um die Erhaltung der Reallöhne kompensiert werden.

Um unser Modell quantitativ zu demonstrieren, führen wir das folgende Zahlenbeispiel vor: Der Arbeitsmarkt bestehe aus 10 Erwerbsfähigen (AN), von denen 9 beschäftigt sind und einer arbeitslos ist (Tabelle 1). Die Beschäftigten absolvieren eine Arbeitszeit von 100 %, der Arbeitslose von 0 %. Der Bruttolohn betrage 2000 €. Es werden Abgaben von 30 % = 600 € (für Steuern und Sozialbeiträge) erhoben. Der Nettolohn beträgt folglich 1400 €, das Arbeitslosengeld (ALG) 840 €. Daraus ergibt sich eine Gesamtkaufkraft von 13440 €.

Nach der Einstellung des Arbeitslosen und der Verkürzung der Arbeitszeit ergeben sich folgende Daten (Tabelle 2): Es sind 10 Arbeitnehmer beschäftigt. Der Nettolohn beträgt 1 400 €, die Nettolohnsumme und damit die Kaufkraft also 14 000 €. Das sind 1,04 mal mehr als vorher, entspricht also einer Steigerung von 4,17 %. Die Gesamtarbeitszeit und damit die Produktion wächst zunächst auf 111 %. Wir müssen diese aber um den Faktor $104,17/111,11 = 0,9375$ reduzieren, um zu einer Übereinstimmung mit der Kaufkraftentwicklung zu kommen. Um diesen Faktor vermindern wir die Arbeitszeit, das heißt, von 100 % auf 93,75 %. Um den gleichen Faktor wird auch der Bruttolohn der nunmehr 10 Beschäftigten gesenkt. Er beträgt jetzt nur noch 1 875 €. Betrachten wir die Summe der Bruttolöhne von 18 750 €, die der Unternehmer jetzt zu zahlen hat gegenüber der vor der Einstellung des Arbeitslosen von 18 000 €, so ergibt sich ein Plus von 750 €, das einem zusätzlichen Aufwand von 4,17 % entspricht. Das ist genau der Faktor, um den die Kaufkraft gestiegen ist.

Nun diskutieren wir noch die Rolle der Steuern und Sozialbeiträge in diesem Modell: Vor der Arbeitszeitverkürzung wurden insgesamt $9 \times 600 \text{ €} = 5400 \text{ €}$ Abgaben kassiert. Für den Arbeitslosen müssen davon 840 € ALG gezahlt werden. Beim Staat verbleiben somit 4560 €. Nach der Arbeitszeitverkürzung soll der Nettolohn der gleiche sein wie vorher. Die Abgaben können damit pro Beschäftigten nur noch $1875 - 1400 = 475 \text{ €}$ betragen, das heißt 25,3 % vom Bruttolohn. Insgesamt ergibt sich eine Abgabensumme von $10 \times 475 = 4750 \text{ €}$, wobei die Zahlung des ALG entfällt. Das Staatsäckel kann sich damit über ein Plus auf der Einnahmenseite von 190 € freuen. Das sind wieder gerade 4,17 % mehr gegenüber den bisherigen Einnahmen, das heißt, die Staatseinnahmen wachsen genauso wie die Kaufkraft. Da sie ebenfalls in Form von Einkommen als Nachfrage auf dem Markt in Erscheinung treten, gewährleisten sie den Absatz der zusätzlichen Produktion. Damit ist im Prinzip die Bilanzierbarkeit des Modells nachgewiesen.

gesellschaftliche Bedingungen, Gutachten im Auftrag der Ernst-Freiburger-Stiftung, IWG Bonn 2001.

In dieser Betrachtung wurde Produktion = Bruttolohn = Kaufkraft gesetzt. Das kann man nicht so ohne weiteres machen. Dieses Problem wird in Abschnitt 4 behandelt.

Absolut gerechnet unterscheiden sich der Bruttowachstum mit 750 € vom Nettowachstum mit 560 € wegen der Abgaben zwischen Brutto und Netto um 190 €.

Tabelle 1:
Ausgangslage vor der Verkürzung der Arbeitszeit (in €)

AN	Nettolohn	ALG	Kaufkraft	Bruttolohn	Arbeitszeit	Abgaben absolut	Abgaben % v. Brutto
1	1 400	0	1 400	2 000	100 %	600	30%
2	1 400	0	1 400	2 000	100 %	600	30%
3	1 400	0	1 400	2 000	100 %	600	30%
4	1 400	0	1 400	2 000	100 %	600	30%
5	1 400	0	1 400	2 000	100 %	600	30%
6	1 400	0	1 400	2 000	100 %	600	30%
7	1 400	0	1 400	2 000	100 %	600	30%
8	1 400	0	1 400	2 000	100 %	600	30%
9	1 400	0	1 400	2 000	100 %	600	30%
10	0	840	840	0	0	0	0
Z	12 600	840	13 440	18 000	900%	5 400	

Tabelle 2: Nach der Verkürzung der Arbeitszeit (in €)

AN	Nettolohn	ALG	Kaufkraft	Bruttolohn	Arbeitszeit	Abgaben absolut	Abgaben % v. Brutto
1	1400	0	1400	1875	93.8%	475	25.3%
2	1400	0	1400	1875	93.8%	475	25.3%
3	1400	0	1400	1875	93.8%	475	25.3%
4	1400	0	1400	1875	93.8%	475	25.3%
5	1400	0	1400	1875	93.8%	475	25.3%
6	1400	0	1400	1875	93.8%	475	25.3%
7	1400	0	1400	1875	93.8%	475	25.3%
8	1400	0	1400	1875	93.8%	475	25.3%
9	1400	0	1400	1875	93.8%	475	25.3%
10	1400	0	1400	1875	93.8%	475	25.3%
Z	14000	0	14000	18750	938%	4750	

Bilanz: Kaufkraftzuwachs 14 000 - 13 440 = 560 € ~ 4,17 %

Produktionszuwachs 18 750 - 18 000 = 750 € ~ 4,17 %

Zusatzeinnahmen im Staatssäckel 4 750 - 4 560 = 190 € ~ 4,17 %

Die mathematische Formulierung des Modells

Der mathematische Anhang ist bei den Autoren abrufbar:
berthold.kuehn@gmx.de

Die Fassung des Modells in mathematische Formeln bringt den Beweis für die Richtigkeit des Modells. Darüber hinaus erlaubt dies die Verallgemeinerung seiner Anwendung auf beliebige Dimensionen des Arbeitsmarktes. Die Ableitung der nachstehenden Formeln finden sich in der Anlage. Hier nur die Ergebnisse:

Dabei bedeuten: \mathfrak{R} die *Arbeitslosenquote*, als Anteil der Arbeitslosen an der Summe der unselbständig Beschäftigten plus den Arbeitslosen und \rightarrow der Anteil des Nettolohnes, der als ALG gezahlt wird. Mit diesen Bezeichnungen erhalten wir für die Steigerung der Kaufkraft (Nachfrage) den Faktor

$$OK = \frac{K_0}{K_z} = \frac{1}{1 - \mathfrak{R}(1 - \rightarrow)} \quad (1)$$

Der Index 0 gilt für den Fall, daß alle Arbeitslosen eingestellt sind, das heißt $\mathfrak{R} = 0$, und z für den Fall, daß die Arbeitslosenquote \mathfrak{R} beträgt. Nach dem obigen Zahlenbeispiel mit $\mathfrak{R} = 0,1$ und $\rightarrow = 0,6$ erhält man wie aus Tab. 1 u. 2 ersichtlich:

$$OK = 1/(1 - 0,1 \times 0,4) = 1,0417.$$

Nach Einstellung der Arbeitslosen und vor Verkürzung der Arbeitszeit steigt die Produktion um den Faktor

$$OP = \frac{P_0}{P_z} = \frac{1}{(1 - \mathfrak{R})} \quad (2)$$

Das sind mit den obigen Parametern

$$OP = 1/(1 - 0,1) = 1,1111$$

Die Verkürzung v der Arbeitszeit soll nach unserem Modell so eingestellt werden, daß $OP = OK$ wird, also die Produktions-erhöhung gleich der Kaufkrafteerhöhung. Das ergibt den Faktor:

$$v = \frac{OK}{OP} = \frac{1 - \mathfrak{R}}{1 - \mathfrak{R}(1 - \rightarrow)} \quad (3)$$

Mit diesen Parametern erhalten wir $v = 0,9375$, genau wie oben aus den Tabellen.

Die Unternehmer zahlen nun einen entsprechend der Verkürzung der Arbeitszeit verringerten Bruttolohn, diesen aber für eine um die einstigen Arbeitslosen erhöhte Zahl von Beschäftigten. Die Bruttolohnsumme steigt damit um den Faktor

$$OB = \frac{1}{1 - \mathfrak{R}(1 - \rightarrow)}$$

und das ist gleich der Erhöhung der Kaufkraft gemäß Gleichung (1).

Damit ist allgemein gezeigt, daß mit Hilfe der Verkürzung der Arbeitszeit nach Maßgabe der Erhöhung der Kaufkraft bei Einstellung aller Arbeitslosen der Produktionszuwachs mit dem der Kaufkraft (beides in Prozent gerechnet) bilanziert und damit die Unternehmen keine Verluste erleiden, sondern sogar mit einer Erhöhung ihres Umsatzes und der Gewinne rechnen können, auch wenn der Nettolohn erhalten bleibt.

Es bleibt zu untersuchen, wie sich die Abgaben für Steuern und Sozialbeiträge (S) nach der Arbeitszeitverkürzung verändern. Da die Abgaben auf die Bruttolöhne bezogen werden, sinken diese pro Beschäftigten um den Faktor der Arbeitszeitverkürzung v (Gleichung 3), aber, da mehr Beschäftigte am Produktionsprozeß beteiligt sind und die ALG entfallen, erhöhen sich die Staatseinnahmen insgesamt um den Faktor

$$(4) \quad OS = \frac{S_0}{S_z} = \frac{1}{1 - \mathfrak{R}(1 - \rightarrow)}$$

Das ist wieder der gleiche Faktor wie für die Kaufkrafterhöhung gemäß Gleichung (1). Unser Modell führt also zu einem Zuwachs der Staatseinnahmen um den gleichen Faktor wie die Kaufkrafterhöhung und die Produktion. Der Staat gewinnt damit ebenfalls. Die Arbeitszeitverkürzung kostet also nicht nur nichts, sondern führt insgesamt zu einem Zuwachs an Wirtschaftskraft, an der alle Beteiligten, also die Beschäftigten in ihrer Gesamtheit, die Unternehmen und der Staat, in gleicher Weise beteiligt sind. Das ist auch verständlich, da mehr Menschen in Arbeit stehen und die unproduktiven Ausgaben für die Arbeitslosigkeit entfallen. Der Zuwachsfaktor der Wirtschaftskraft oder das Wirtschaftswachstum, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, ergibt sich nach den Gleichungen (1) bzw. (4) für die Bundesrepublik Deutschland mit $\mathfrak{R} = 8\%$ und $\rightarrow = 63\%$ zu

$$OBIP = \frac{1}{1 - 0,08(1 - 0,63)} = \frac{1}{1 - 0,0296} = 1,0305$$

das heißt, ein Wachstum von 3,05 %. Die Arbeitszeit wird dabei nach Gleichung (3) um den Faktor $v = 1,0305 \times 0,92 = 0,948$, also um

rund 5 % verkürzt. Diese Arbeitszeitverkürzung führt für die Unternehmer zu einer Senkung der Lohnnebenkosten pro Beschäftigten um 5 %. Welches andere Modell hätte in diesem Punkte mehr zu bieten?

In den neuen Bundesländern haben wir eine Arbeitslosigkeit von rund 18 % und das Arbeitslosengeld beträgt ebenfalls durchschnittlich 63 % vom Nettolohn. Damit erhalten wir für das O BIP = 1, 0714, das heißt über 7 % und die Arbeitszeitverkürzung wird $v = 1, 0714 \times 0,82 = 0,879$, also rund 12 %. Die getrennte Anwendung des Modells auf die neuen Bundesländer dürfte allerdings nicht möglich sein, da es sich hier um keine selbsttragende Wirtschaft handelt, die Kaufkraft vielmehr durch Transferleistungen ergänzt wird und die eigene Produktion nicht ausreicht, um diese Kaufkraft zu decken. Der gespaltene Arbeitsmarkt in Deutschland muß gesondert behandelt werden. Allerdings ist bemerkenswert: Die Arbeitslosigkeit ist in den neuen Bundesländern rund 10 %-Punkte höher als in den alten, die Arbeitszeit 10 % höher! Es sei darauf hingewiesen, daß sich das Nettoeinkommen der Mehrheit der unselbständig Beschäftigten nicht verändern wird. Die zusätzliche Kaufkraft entsteht bei den bisher Arbeitslosen, bei denen sich, je nach Dauer ihrer Arbeitslosigkeit, ein Nachholbedarf bei Konsumgütern angestaut hat.

Die mathematische Formulierung hat zu leicht handhabbaren Formeln geführt, die es gestatten, die Wirkung von Maßnahmen zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit über die Verkürzung der Arbeitszeit abzuschätzen. Die Vorteile dieses Modells sind offensichtlich.

Es wurde auch der Fall unterschiedlicher Entlohnung für die Beschäftigten und die wieder eingestellten Arbeitslosen behandelt. In der Praxis fallen Beschäftigte mit geringerer Qualifikation und niedrigeren Löhnen eher der Arbeitslosigkeit zum Opfer als höher qualifizierte. Ihr Arbeitslosengeld ist damit geringer, ebenso ihr Lohn bei Wiedereinstellung. Dieses Problem führt ebenfalls zu einfachen Formeln, die den Gleichungen (1) - (4) entsprechen, aber einen weiteren Parameter enthalten, der die Lohndifferenzierung beschreibt. Die Bilanz der Größen Kaufkraft, Bruttolohnsumme, Produktion, Arbeitszeitverkürzung und Abgabensumme bleibt aber erhalten. Allerdings fällt der Zuwachs an Wirtschaftskraft in Abhängigkeit von der Differenz der durchschnittlichen Nettolöhne geringer aus.

Produktion und Kaufkraft

Bisher haben wir die Produktion gleich dem Bruttolohn bzw. dem Arbeitsentgelt gesetzt und diese dann mit der Kaufkraft verglichen. Dies setzt voraus, daß die Preise, die von der Kaufkraft bezahlt werden müssen, gleich den entsprechenden Bruttolöhnen sind. Das stimmt so nicht. Die Beziehungen zwischen Produktion und Kaufkraft müssen genauer beschrieben werden:

Der Preis einer Ware ist nur zum Teil durch die Bruttolöhne (Arbeitsentgelte) eines Finalproduzenten gegeben. Bekanntlich geht die Preisbildung vom Produktionswert aus, der sich zum einen aus den Vorleistungen und zum anderen aus den Arbeitsentgelten, Gewinnen und den Abschreibungen ergibt. Letztere Anteile machen die Wert(neu)schöpfung aus, während die Vorleistungen bereits in einer früheren Stufe der Wertschöpfungskette produziert wurden. Im Brut-

Vgl. Ulrich Busch: Am Tropf – Die ostdeutsche Transfergesellschaft, Berlin 2002.

Berthold Kühn: Berücksichtigung unterschiedlicher durchschnittlicher Nettolöhne der Beschäftigten und der ehemals Beschäftigten, auf Anfrage per E-Mail.

Der Einfachheit halber wird hier auf die Berücksichtigung der Sparquote verzichtet.

toinlandsprodukt werden schließlich die Wertschöpfungen aller Produzenten zusammengefaßt, wobei hierin dann auch alle Vorleistungen enthalten sind. Soweit die Entstehungsseite des BIP, die den Umfang der Produktion darstellt. Die Verteilungsseite umfaßt im wesentlichen die erzielten Einkommen sowohl der unselbständig Erwerbstätigen als auch der Selbständigen einschließlich der Gewinne der Unternehmen und die Abschreibungen. Damit wird die Nachfrage bzw. Kaufkraft zusammengefaßt.

Mit den Abschreibungen wird der physische und moralische Verschleiß der Produktionsmittel (Anlagen, Ausrüstungen, Technologien usw.) erfaßt. Die akkumulierten Abschreibungen werden zur Reproduktion verschlissener Produktionsmittel benötigt; sie tragen damit verteilungsseitig zur Nachfrage bei. Auf der Entstehungsseite werden die Ersatzausrüstungen per Wertschöpfung produziert. Ebenso sind die Arbeitsentgelte letztlich die Kosten des Verbrauchs der Arbeitskraft und notwendig zu deren Reproduktion und bedeuten folglich Nachfrage. Die Abschreibungen sind in den Preisen enthalten und werden von den Konsumenten von deren Kaufkraft bezahlt.

In diesem Kontext muß noch auf die Abgaben für Steuern und Sozialversicherungen eingegangen werden, die wir im Sektor ›Staat‹ zusammenfassen. Die Leistungen des Staates stellen zum Teil Vorleistungen für die Produktion dar (Verkehrswege, Kommunikationsverbindungen, Ver- und Entsorgungssysteme u. a.). Zum anderen sorgt der Staat mit dem Bildungs- und Gesundheitssystem und der Altersversorgung für die Reproduktion der Arbeitskraft. Diese Leistungen gehen ins BIP in Höhe ihrer Kosten als Wertschöpfung ein. Auf der Verteilungsseite stellen sie wiederum Einkommen dar und damit Nachfrage. Da sie der Gesellschaft zum Teil unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden, müssen sie durch Steuern und Beiträge finanziert werden, gehen also auf Kosten der Bruttoeinkommen der Erwerbstätigen. Was dabei an Nachfrage verloren geht, hält sich mit der Nachfrage der Beschäftigten des Staates die Waage.

In der Terminologie der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) können wir die Aufgabe unseres Modells folgendermaßen formulieren: Die Wertschöpfung soll mit der Nachfrage in Übereinstimmung gebracht werden. Nicht zu vermarktende Überschüsse sollen nicht durch Entlassung von Beschäftigten, sondern durch Verkürzung der Arbeitszeit abgebaut werden, wobei die Nettolöhne und damit die kaufkräftige Nachfrage konstant bleiben. In der obigen Darstellung müssen also der Bruttolohn bzw. die Produktion und die Kaufkraft, die miteinander bilanzieren sollen, durch Wertschöpfung und Nachfrage ersetzt werden. Da die vielseitigen Bedürfnisse, die in der Nachfrage zum Ausdruck kommen, nur durch den Gesamtkomplex der Wertschöpfung befriedigt werden können, kann der Ausgleich nur in der Volkswirtschaft *insgesamt* herbeigeführt werden. Daraus folgt, daß das vorgeschlagene Modell der Arbeitszeitverkürzung nur im Rahmen einer Volkswirtschaft zu realisieren ist. Eine globale Abstimmung ist für seine Einführung dagegen nicht erforderlich.

Sozialversicherungsbeiträge und Steuern

Der Aufwand der Unternehmer für die Beschäftigten besteht nicht nur im Bruttolohn, sondern im Arbeitsentgelt, das ist der Bruttolohn

Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland 2002, Kapitel 24: Vorbemerkungen.

plus den Arbeitgeberanteilen an den Sozialbeiträgen. Diese betragen unter den Annahmen des obigen Zahlenbeispiels 20 % vom Bruttolohn. Das Arbeitsentgelt ist vor und nach der Arbeitszeitverkürzung also 20 % höher als der Bruttolohn. Der Zuwachs zum Arbeitsentgelt beträgt 4,17 %, ebenso wie beim Bruttolohn. An der Bilanz mit der Kaufkraft ändert sich dadurch nichts. Die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber verwandeln sich vermittels der Umverteilung durch den Staat ja ebenfalls in Einkommen und damit in Kaufkraft.

Auch die *Bundesanstalt für Arbeit* (BA) zahlt außer dem ALG anteilig Sozialbeiträge von 20 % des ALG. Die Ausgaben für den Arbeitslosen in der obigen Modellrechnung betragen also 1 008 €, die nach der Arbeitszeitverkürzung wegfallen. Diese vom Staat zusätzlich aufgebracht 20 % des ALG verbleiben aber dem Staat, sie werden nur aus der Kasse der BA in die Kasse der Sozialversicherung (SV) transferiert, so daß sie hier nicht weiter zu berücksichtigen sind.

Nach der gültigen Gesetzgebung ist die Bemessungsgrundlage der SV-Beiträge der Bruttolohn. Wenn in unserem Modell der Arbeitszeitverkürzung die Bruttolöhne proportional zur Arbeitszeit abnehmen, verringern sich auch die Beiträge von jedem einzelnen Beschäftigten. Gilt dies für die gesamte Volkswirtschaft, so gehen die Einnahmen der SV zurück und ihre Leistungen können nicht mehr im vollen Umfang gewährleistet werden. Es ist also zu untersuchen, inwieweit die Einnahmen der SV zurückgehen, wobei zu berücksichtigen ist, daß auch von den Arbeitslosen bzw. der BA SV-Beiträge abgeführt werden.

Der Faktor der Verkürzung der Arbeitszeit wurde in Abschnitt 3 angegeben. Um diesen Faktor verringern sich die individuellen Beiträge. Betragen sie erst € so schrumpfen sie auf $v\text{€}$, wobei wir unter € die Summe der Anteile von Arbeitgebern und Arbeitnehmern (je 50 %) verstehen wollen. Von den Arbeitslosen fallen Beiträge an, die gegenüber € um den Faktor \rightarrow dem Anteil des Arbeitslosengeldes vom Nettolohn, gekürzt sind, also $-\text{€}$ betragen, wobei hier je die Hälfte vom Arbeitslosen und von der BA entrichtet wird. Vor der Verkürzung der Arbeitszeit nehmen die Sozialversicherungen folgende Beiträge ein:

$$B_z = z \text{ €} + z_a \text{ -€}$$

den ersten Teil von den z Beschäftigten und den zweiten von den z_a Arbeitslosen, danach

$$B_0 = z_0 \text{ } v\text{€}$$

von den $z_0 = z + z_a$ mit verkürzter Arbeitszeit Beschäftigten. Der Faktor der Veränderung der Beitragssumme ist dann

$$\left\{ \frac{B_0}{B_z} \right\} = \left\{ \frac{z_0 \text{ } v\text{€}}{z \text{ €} + z_a \text{ -€}} \right\} = \left\{ \frac{z_0 \text{ } v}{z_0 - z_a + z_a} \right\} = \left\{ \frac{v}{1 - \mathfrak{R} + \mathfrak{R}} \right\} = \left\{ \frac{v}{1 - \mathfrak{R} - \rightarrow} \right\} \quad (5)$$

Dieser Ausdruck ist das Produkt aus der Kaufkraftherhöhung (1) und der Arbeitszeitverkürzung v (3). Erstere ist > 1 , letztere < 1 . Das Produkt für die in den obigen Zahlenbeispielen angenommenen Parameter für \mathfrak{R} und \rightarrow liegt bei etwa 0,977, das heißt, es fehlen rund 2,3 % an der vollen Finanzierung der SV mit einem Beitrag €, wie er

für die ursprünglich vor der Arbeitszeitverkürzung Beschäftigten angesetzt worden war. Dieser Betrag kann aus der Arbeitslosenversicherung (6,5 %) entnommen werden, die ja zum größten Teil nicht mehr benötigt wird, wenn die Arbeitslosigkeit wesentlich eingeschränkt worden ist. Die Beitragssätze für die SV werden also um diese 2,3 % erhöht, aber die Arbeitslosenversicherung entfällt im wesentlichen, so daß sowohl für Arbeitnehmer als auch für Arbeitgeber insgesamt ein Plus entsteht.

Wir hatten oben abgeleitet, daß die Einnahmen des Staates an Steuern und SV-Beiträgen insgesamt genau wie die Kaufkraft ansteigen. Ein Teil dieses Anstiegs (rund die Hälfte) wird für die Erhaltung der Sozialbeiträge auf dem ursprünglichen Niveau benötigt. Der Rest, auch der verbleibende Teil der Arbeitslosenversicherung, verbleibt dem Fiskus, so daß sich letztendlich eine Erhöhung der Steuereinnahmen von 2-3 % ergibt. Das bezieht sich nur auf die Einkommensteuer der unselbständig Beschäftigten. Entsprechend den höheren Umsätzen der Unternehmen und den erhöhten Einnahmen aus der Mehrwertsteuer ergeben sich weitere Verbesserungen der Staatseinnahmen. Wegen der beschriebenen Umschichtungen für die SV ist die Einführung unseres Modells in die Praxis ohne Änderung der Gesetze über die SV und des Steuersystems nicht zu machen. Daher ist die Beteiligung des Staates an der Umsetzung des Modells unerlässlich.

Eine Möglichkeit, das Modell in die Praxis einzuführen, besteht darin, die Verkürzung der Arbeitszeit und die Einstellung einer entsprechenden Zahl von Arbeitslosen per Gesetz anzuordnen. Das Gesetz könnte den Betriebsräten die Kontrolle über die tatsächlich in den Betrieben vorgenommene Kürzung der Arbeitszeit und die Einstellung von Arbeitslosen übertragen. Weiterhin könnte geregelt werden, daß die Unternehmen erst dann in den Genuß der Verminderung der Sozialabgaben (Lohnnebenkosten) kommen, wenn sie nachweislich die entsprechende Zahl von Arbeitslosen eingestellt haben.

Entwicklung der Arbeitsproduktivität und Arbeitszeitverkürzung

Das Modell der Reduzierung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitszeitverkürzung dient dazu, das gegenwärtige Ungleichgewicht in der Volkswirtschaft, das in der Diskrepanz zwischen dem Angebot an Wertschöpfung und der Nachfrage besteht, zu überwinden. Das Überangebot an Wertschöpfung wird üblicherweise durch die Entlassung von Beschäftigten in die Arbeitslosigkeit abgebaut. Dieses Vorgehen trägt in sich die Tendenz einer abwärts führenden Spirale. Denn Arbeitslosigkeit schränkt die Nachfrage ein, bringt die sozialen Sicherungssysteme in Schieflage, vermindert die Staatseinnahmen, vergrößert die Defizite der öffentlichen Haushalte und fördert damit weitere Arbeitslosigkeit usw. Diese Labilität ist der kapitalistischen Wirtschaftsweise von Anfang an eigen. In periodisch wiederkehrenden Wirtschaftskrisen implodiert das System, vernichtet Kapital, Produktionskapazität und Arbeitsvermögen und bringt für große Menschenmassen Not, Elend und Verzweiflung, wenn nicht sogar der »Ausweg« im Krieg gesucht wird. Wenn man einen Konsens zwischen Unternehmern, Gewerkschaften und Staat erreichen

Jochen Ebel hat einen weiteren Vorschlag ausgearbeitet, welcher bei der Lohnsteuer eine solche Progression vorsieht, daß die Steuer bei Überschreitung der optimalen Arbeitszeit, wie sie sich aus unserem Modell ergibt, so ansteigt, daß sich eine Überschreitung dieser Arbeitszeit für die Beschäftigten nicht lohnt (<http://JEbel.bei.t-online/Azeit/Azeit.htm>).

Vgl. dazu auch: Klaus Müller: Das neoklassische Lohn- und Beschäftigungsmodell – Kritik seiner wirtschaftspolitischen Ableitungen, in: UTOPIE kreativ, Heft 148 (Februar 2003).

könnte, würde es unser Modell ermöglichen, diesen krisenhaften Zustand zu überwinden. Die zurückgewonnene Stabilität wäre aber immer wieder bedroht. Ursache dafür sind Probleme des Strukturwandels, die bestimmte Wirtschaftszweige zurückgehen und andere emporschnellen lassen, Erschöpfung von Ressourcen, Veränderungen der Nachfrage, Sättigung bestimmter Märkte u. a. m. Solche gewissermaßen lokalen Ungleichgewichte müssen ständig beobachtet und rechtzeitig ausgeglichen werden.

Eine ständige und umfassend wirkende Quelle der Instabilität ist die an und für sich erwünschte und für den Fortschritt unerläßliche Entwicklung der Arbeitsproduktivität. Dieser unaufhaltsame Fortschritt ist einerseits Quelle neuen gesellschaftlichen Reichtums und wird andererseits zum Fluch, wenn es nicht gelingt, den neuen Reichtum an den Mann zu bringen, das heißt, wenn die zahlungskräftige Nachfrage nicht nachzieht.

Für die zusätzliche Wertschöpfung gibt es mehrfache Verwendungsmöglichkeiten: 1. Erhöhung der Einkommen der unselbstständig Erwerbstätigen, 2. Erhöhung der Gewinne der Unternehmen, 3. Erhöhung der Staatseinnahmen und 4. Verkürzung der Arbeitszeit. Die Gesellschaft hat die Freiheit, zwischen diesen Möglichkeiten zu wählen, oder besser, zwischen allen einen austarierten Pfad der Verteilung zu suchen, der den Bedürfnissen der sozialen Entwicklung optimal gerecht wird – aber möglichst nicht durch direkte Einflußnahme des Gesetzgebers, sondern durch Schaffung entsprechender Bedingungen. Die Erhöhung der Einkommen der Beschäftigten stärkt unmittelbar die Kaufkraft auf dem Konsumsektor und kommt den Unternehmen durch erhöhten Umsatz zugute. Die Erhöhung der Gewinne dient der Erhöhung der Kaufkraft der vermögenden Schichten, aber auch den Investitionen zur Rationalisierung und der Erweiterung der Produktion. Die Erhöhung der Staatseinnahmen ist für die gesamte Gesellschaft ein kategorisches Muß.

Die vierte Möglichkeit des Ausgleichs ist die Verkürzung der Arbeitszeit. In dem Zustand der Stabilität, ohne nennenswerte Arbeitslosigkeit, ist es jetzt aber nicht mehr möglich, den Bruttolohn entsprechend der Verkürzung der Arbeitszeit zu vermindern und neue Leute einzustellen. Das ist auch nicht mehr nötig, da die erhöhte Produktivität dafür sorgt, daß die Produktion und damit der Bruttolohn konstant bleiben kann. Die Verkürzung der Arbeitszeit bringt der Gesellschaft ebenfalls vielfältigen Nutzen. Es geht ja nicht darum, stur die Wochenarbeitszeit herunterzufahren. Man sollte hier flexibel vorgehen und beachten, daß diese Verkürzung auf die Gewährung von mehr Freizeit für Familien mit Kindern, für die Qualifizierung der Beschäftigten oder für mehr Urlaub umgelegt werden kann. Ersteres könnte die demographische Reproduktion der Bevölkerung fördern. Die Qualifizierung kommt den Unternehmen zugute und eine intensivere Regeneration der Arbeitskräfte in Form verbesserter Arbeitsproduktivität ebenfalls. Angesichts dieser Zusammenhänge erscheint der gegenwärtig in der Politik ausschließlich propagierte Weg der Senkung der Arbeitsentgelte durch Billigjobs, Leiharbeit, Senkung der Sozialabgaben usw. mit dem angeblichen Ziel der Reduzierung der Arbeitslosigkeit als vollkommener Unsinn. In diesem Zusammenhang erweisen sich auch Vorschläge für betriebli-

Der gegenwärtige Zustand völlig zerrütteter Staatsfinanzen führt bereits zu einschneidenden Einschränkungen bei der Reproduktion der Infrastruktur und der Bildungs- und Gesundheitssysteme. Es ist eine fatale Dummheit, wenn von den Vertretern des Großkapitals ständig das Herunterfahren der Staatsquote gefordert wird. Andererseits beklagen sie Verluste in der Qualität des Wirtschaftsstandortes Deutschland, worunter sie paradoxerweise die nach ihrer Meinung zu hohen Steuern und Abgaben verstehen. Wenn die Infrastruktur aber nicht mehr auf dem erforderlichen Stand gehalten werden kann und das Bildungssystem nicht mehr in der Lage ist, den Unternehmen die benötigten qualifizierten Fachkräfte zur Verfügung zu stellen, dann haben sich die Unternehmen mit ihrer Forderung selbst den Ast abgesägt, auf dem sie sitzen.

Guido Westerwelle:
Bundestagsdebatte zur Lage der Nation am 14. 3. 2003
<http://dip.bundestag.de/btp/15/15032.pdf>

che Vereinbarungen zur Lohnkürzung als einfach absurd. Man kann die Arbeitslosigkeit makroökonomisch niemals durch Senkung der Kaufkraft reduzieren, sondern nur noch höher treiben. Durch betriebliche Lohnkürzung kann zwar der Einzelbetrieb auf Kosten anderer sich zeitweilig Wettbewerbsvorteile verschaffen – sorgt aber mit dafür, daß es auf längere Sicht auch im eigenen Betrieb zu Entlassungen kommt. Wie das seit 13 Jahren laufende Großexperiment des Lohndumpings in den neuen Bundesländern zeigt, hat dies weder die Arbeitslosigkeit reduziert noch sind Heerscharen von Investoren in das Billiglohnland Ost gezogen, noch hat es das versprochene Wachstum gegeben. Andererseits kann man an die Zeit des »Wirtschaftswunders« erinnern. Damals hat die Wirtschaftspolitik es verstanden, die ständigen Zuwächse an Produktivität in Lohnzuwächse, Erhöhung der Staatsausgaben für Infrastruktur, Volksbildung und soziale Zwecke und, nicht zu vergessen, auch in Unternehmerprofite umzumünzen. Resultat war ein heute schon nicht mehr vorstellbar hohes Wachstum. Alle Erfahrung zeigt, daß das Abwälzen der Schwierigkeiten auf die unselbständig Erwerbstätigen und andere sozial weniger vermögende Schichten die Krise nur verschärft.

Schöpft man mit den genannten vier Möglichkeiten die Erhöhung der Produktivität aus, kann ein wiederholtes Abgleiten in eine Wirtschaftskrise verhindert werden. Vor allem läßt sich damit die Geißel der Arbeitslosigkeit weitestgehend vermeiden. Dazu müßte in bestimmten Zeitabständen nach vorliegenden Daten der Entwicklung der Arbeitsproduktivität ein Konsens zwischen Unternehmen, Gewerkschaften und Staat über die günstigste Verteilung der neugewonnenen Spielräume erreicht werden. Sollten es widerstreitende Interessen nicht zulassen, einen solchen Konsens zu finden, wird die Volkswirtschaft wieder auf einen Kurs in die Labilität geraten, der dann durch erneute Anwendung unseres Modells korrigiert werden muß. Die Chancen für einen Konsens bestehen teilweise schon.

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer schrieb: »Zum zweiten glaube ich persönlich, daß es auf lange Sicht wegen der Produktivitätsfortschritte ohne eine gerechtere Verteilung der Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung nicht gehen wird.« (Chat im Internet zu und nach der Sendung von Sabine Christiansen am 9. 3. 2003)

Die Autoren danken den Mitgliedern der AG Wirtschaftspolitik Dresden W. Döhler, K. Fiedler, J. Gildemeister, W. Morgenstern, H. Pietschmann, G. Schierz und D. Werblow und der AG Finanzen und Steuern Berlin unter Leitung von H. Egerland sowie Mitgliedern der AG Wirtschaftspolitik Berlin für die fruchtbaren Diskussionen zu diesem Thema.

ULRICH BUSCH

Eigentumskritik und alternative Gestaltungsoptionen

Einleitung

Jede Aneignung der Natur durch Menschen, also jedwede Produktion, setzt Eigentum voraus und endet damit, daß Eigentum entsteht. »Eine Aneignung, die sich nichts zu eigen macht«, wäre nach Marx eine »*contradictio in subjecto*« (MEW, Bd. 42, S. 23), ein Widersinn, den es bisher nicht gegeben hat und den es auch in Zukunft nicht geben wird. Dabei verhalten sich Aneignung und Eigentum wie Prozeß und Resultat zueinander, das heißt, die *Produktion* findet ihre Vergegenständlichung im *Eigentum*. Letzteres ist mithin kein den Menschen äußerliches Verhältnis, sondern eine wesentliche, objektive Seite ihrer Existenz und Entwicklung, Voraussetzung für ihre Verwirklichung als Gesellschaftssubjekte. Dabei tritt es historisch in unterschiedlicher Gestalt auf; seine *konkreten* Erscheinungsformen wechseln also mit der Art und Weise der Produktion.

Erfolgt die Produktion unter den Bedingungen gesellschaftlicher *Arbeitsteilung*, so erscheint das Eigentum als *Privateigentum*: »Teilung der Arbeit und Privateigentum« gehören zusammen, ebenso wie Privateigentum und Warenproduktion¹; es handelt sich hierbei um »identische Ausdrücke« (MEW, Bd. 3, S. 32). Dieser seit Jahrtausenden zu konstatierende Tatbestand bedingt die kategoriale Gleichsetzung beider Termini², Eigentum und Privateigentum, wie sie sich in der Literatur allenthalben findet³.

Methodisch gilt es jedoch, verschiedene Herangehensweisen und Begriffsbestimmungen zu unterscheiden:

Erstens den *rechtlichen* Eigentumsbegriff, welcher, in der römischen Tradition des Justinianischen Rechts (534) stehend, »das dingliche Recht an einer Sache« (*dominium, proprietas*) bezeichnet und sich ausschließlich auf *privates* Eigentum bezieht;

zweitens den *ökonomischen* Eigentumsbegriff, der vor allem die Zuordnung von Verfügungsrechten und Handlungsmöglichkeiten zu bestimmten Personen bzw. Personengruppen, die sog. *property rights*⁵, zum Inhalt hat und der neben Rechten an Sachen auch private Nutzungsrechte am öffentlichen Eigentum einschließt;

drittens die *sozialphilosophische* bzw. -*ökonomische* Definition, worin Eigentum als ein sozialökonomisches Verhältnis aufgefaßt wird, ein Verhältnis *zwischen* Personen bzw. Personengruppen, letztlich Klassen, in bezug auf Sachen. Die verschiedenen Formen des Eigentums bezeichnen hier die durch verschiedene Entwicklungsstufen der Teilung der Arbeit bestimmten »Verhältnisse der Individuen zueinander in Beziehung auf das Material, Instrument und Pro-

Ulrich Busch – Jg. 1951, Doz. Dr. oec. habil., Finanzwissenschaftler, Veröffentlichungen vor allem zur ökonomischen Theorie und Wirtschaftspolitik, u. a. »Am Tropf – Die ostdeutsche Transfergesellschaft« (2002). Zuletzt in UTOPIE kreativ: Agenda 2010 – das deutsche Programm eines Gesellschaftsumbaus, Heft 153/154 (Juli/August) 2003.

1 »Nur Produkte selbständiger und voneinander unabhängiger Privatarbeiten treten einander als Waren gegenüber.« (Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, in: MEW, Bd. 23, S. 57.)

2 Hegel behandelt das Eigentum als Privateigentum im Abschnitt »abstraktes Recht«. Vgl. G.F.W. Hegel: *Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse*, Berlin 1981,

dukt der Arbeit« (MEW, Bd. 3, S. 22), was sein Verständnis als *Produktions- und Herrschaftsverhältnis* impliziert und damit als ordnungspolitisches Grundverhältnis.⁶

Unter bürgerlichen resp. kapitalistischen Verhältnissen, in Europa also mindestens seit 300 bis 400 Jahren, tritt Privateigentum hauptsächlich als *Kapital* auf, wobei bestimmte Formen desselben, insbesondere das Kaufmanns- und das Wucherkapital, auch schon früher vorkamen, also bedeutend älter sind als der Kapitalismus als Produktionsweise. Sieht man von diesen »antediluvianischen Formen« jedoch einmal ab, so tritt uns das *Kapital* als konkret-historische Erscheinungsform des Privateigentums in der bürgerlichen Gesellschaft entgegen als die adäquate Eigentumsform der kapitalistischen Produktionsweise. Das »bürgerliche Eigentum« definieren bedeutet mithin, es als *kapitalistisches Privateigentum* fassen, oder als *Kapital*, das heißt als übergreifendes sozialökonomisches Verhältnis, worin sich »alle gesellschaftlichen Verhältnisse der bürgerlichen Produktion« (MEW, Bd. 4, S. 165) komprimiert darstellen. Seine Genesis beruht wesentlich auf einer Vertiefung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, vor allem aber auf der gewaltsamen Trennung der unmittelbaren Produzenten von den Produktionsmitteln und ist insofern mit einer sozialen Differenzierung und Polarisierung der Gesellschaft in Kapitaleigner und Lohnabhängige verbunden.⁷

Der in der modernen bürgerlichen Gesellschaft üblicherweise Verwendung findende Eigentumsbegriff (Code civil 1804; § 903 BGB 1896; Art. 14 GG 1949) basiert auf dem römisch-rechtlichen Begriff und differenziert nicht zwischen verschiedenen Formen privaten Eigentums, mithin auch nicht zwischen Kapital und Produktionsmittel-eigentum selbst arbeitender Selbständiger, selbstgenutztem Wohneigentum, privatem Grund und Boden etc. Demgegenüber gehen die Formen des *gemeinschaftlichen* Eigentums wie öffentliches (staatliches, regionales, lokales) Eigentum und kooperatives bzw. genossenschaftliches Eigentum auf *nicht-* bzw. *vor*privateigentumsrechtliche Traditionen des Besitzes zurück oder erklären sich aus der Besonderheit bestimmter Eigentumsobjekte, zum Beispiel als *öffentliche Güter*. Beide Eigentumsbegriffe, der private und der gemeinschaftliche, sind folglich nicht kompatibel, was ihre kategoriale Gegeneinandersetzung problematisch macht. Nichtsdestotrotz aber kommen beide Formen in der Praxis vor, wenn auch mit unterschiedlichem Gewicht. In einer privatrechtlich verfaßten marktwirtschaftlichen Gesellschaft wie der bürgerlichen dominiert Privateigentum, ist die Existenz privater Unternehmen konstitutiv.⁸ Dies schließt Gemeineigentum zwar nicht völlig aus, gleichwohl aber läuft dieses Gefahr, durch ordnungspolitisch gedeckte Privatisierungsaktivitäten ständig dezimiert zu werden, während der umgekehrte Fall, die Sozialisierung von Privateigentum, eher selten ist und politisch viel schwerer durchzusetzen.⁹

Kritikmuster

Die Kritik am (Privat-)Eigentum bzw. an dessen konkret-historischen Erscheinungsformen ist so alt wie diese(s) selbst. Arnold Künzli hat daher recht, wenn er schreibt, daß »die Eigentumsfrage« in allen emanzipatorischen »politischen Theorien, Philosophien und

§ 41ff.; Heinsohn (1984) bzw. Heinsohn/Steiger (2002) gehen davon aus, daß alle vor der Herausbildung des Privateigentums existierenden Eigentumsverhältnisse bloße Besitzverhältnisse waren, woraus folgt, daß Eigentum und Privateigentum identische Kategorien sind (Gunnar Heinsohn: *Privateigentum, Patriarchat, Geldwirtschaft*, Frankfurt a. M. 1984, S. 94 ff.; Gunnar Heinsohn/Otto Steiger: *Eigentums-theorie des Wirtschaftens versus Wirtschaftstheorie ohne Eigentum*, Marburg 2002.

3 Vgl. zum Beispiel Staatslexikon in 7 Bänden, hrsg. von der Görres-Gesellschaft, Zweiter Band, Freiburg/Basel/Wien 1995, S. 161 ff.

4 Daneben existiert ein aus der germanischen bzw. europäisch-mittelalterlichen Tradition hervorgegangener Begriff, der weniger ein formal-rechtliches als *tatsächliches* Verhältnis der Menschen zu bestimmten Sachen bezeichnet, und zwar als *Besitz* bzw. Besitzverhältnis. Im deutschen Sprachgebrauch haben sich beide Begriffe bis heute erhalten, was zu mannigfachen Verwechslungen und Irritationen Anlaß gibt. Zum Beispiel, wenn Eigentümer von Mietshäusern als »Hausbesitzer« bezeichnet werden oder Geldanleger als »Geldbesitzer«, obwohl in beiden Fällen der Besitzer (Mieter, Bank) ein anderer ist als der Eigentümer.

5 Vgl. dazu Alfred Schüller (Hrsg.): *Property Rights und ökonomische Theorie*, München 1983.

6 So betont Marx, daß »das Kapital nicht eine Sa-

che ist, sondern ein durch Sachen vermitteltes gesellschaftliches Verhältnis zwischen Personen.« (Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, a. a. O., S. 793).

7 Vgl. dazu die Ausführungen von Karl Marx zur sogenannten ursprünglichen Akkumulation in: Das Kapital. Erster Band, a. a. O., S. 741-791; Werner Sombart: Der moderne Kapitalismus, Bd. 1-3. Nachdruck der 2. Aufl. von 1916, München 1987 sowie Hans Christoph Binswangers »Faust«-Interpretation, in: Hans Christoph Binswanger: *Geld und Magie*, Stuttgart 1985.

8 Vgl. Heinz Lampert: *Die Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland*, München 1990, S. 41.

9 So spielt der »Sozialisierungsartikel« des Grundgesetzes in der öffentlichen Diskussion in Deutschland derzeit so gut wie keine Rolle, ebenso wie der Abschnitt 3, Art. 14, welcher die Enteignung »zum Wohle der Allgemeinheit« regelt und diese unter bestimmten Bedingungen ausdrücklich für »zulässig« erklärt.

10 Arnold Künzli: *Mein und Dein. Zur Ideengeschichte der Eigentumsfeindschaft*, Köln 1986, S. 9 (Hervorhebung – U. B.).

11 Vgl. Edmund Burke, Justus Möser, Adam Müller u. a., zitiert bei: Karl Mannheim: *Konservatismus*, Frankfurt am Main 1984, S. 112 ff.

12 Vgl. die Kritik alternativer Ansätze bei Wolfram Elsner: Die Alternativen der Alternativbewegung, in: Rolf Schwendter (Hrsg.): *Die*

Utopien ... eine, ja sehr oft *die* zentrale Rolle spielt« und daß insbesondere in der Ideengeschichte des Sozialismus und Kommunismus »das private, exklusive oder sonst irgendwie monopolisierte Verfügungsrecht über Eigentum mehr oder weniger radikal denunziert (wird) als die fundamentale Ursache der gesellschaftlichen Unterdrückung und Ausbeutung, wenn nicht überhaupt aller gesellschaftlichen Übel und individuellen Laster«. ¹⁰ Damit ist jedoch noch nichts über die Herkunft, Motivation und Richtung der Kritik gesagt und folglich auch keine Wertung derselben möglich. Um eine solche vornehmen zu können, sind die in aller Regel zusammen mit der Kritik vorgebrachten *Alternativen* zur bestehenden Eigentumsordnung mit heranzuziehen. Davon ausgehend lassen sich dann vier Hauptrichtungen (Muster) der Eigentumskritik unterscheiden:

- (1) die konservativ-romantische Kritik;
- (2) die moralisch-ethische Kritik;
- (3) die naiv-utopische Kritik und
- (4) die dialektische, ökonomisch fundierte Kritik.

(1) Die *konservativ-romantische Kritik*, die das kapitalistische Privateigentum vom Standpunkt *vorkapitalistischer* Verhältnisse aus angreift, tritt in drei Varianten auf: *Erstens* als Kritik des Kapitals als »Negation des individuellen, auf eigne Arbeit gegründeten Privateigentums« (MEW, Bd. 23, S. 791). *Zweitens*, indem sie das Kapital als *vergesellschaftetes* anonymes Eigentum ablehnt und es den feudalen, durch *persönlichen* Bezug des Eigentümers zu seinem Besitz geprägten Eigentumsformen gegenüberstellt. ¹¹ Und *drittens* als romantischer Rekurs eigentumsloser Klassen und Schichten auf *vorkapitalistische*, ja teilweise sogar *vorprivateigentumsrechtliche* Zustände: Zum Beispiel als Versuch, auf dem Lande tauschökonomisch, aber ohne institutionalisierten Handel, Geld usw., eine auf Gemeineigentum basierende kollektive Subsistenzwirtschaft zu errichten. Da hier gemeinschaftliche Eigentumsformen eine bestimmte Rolle spielen, wird diese von Marx als »roher Kommunismus« (MEW, Bd. 40, S. 534 f.) verspottete Alternative nicht selten in die Nähe sozialistischer Vorstellungen gerückt. Dies entbehrt jedoch jeder Grundlage, denn das Spezifische dieser Eigentumskritik ist darin zu sehen, daß hier nicht über das kapitalistische, ja häufig nicht einmal über das individuelle Privateigentum hinausgegangen wird, sondern noch dahinter zurück. ¹²

(2) Die *moralisch-ethische* Eigentumskritik setzt in der Regel an *Begleitumständen* an, von den gewaltsamen Methoden der »ursprünglichen Akkumulation« des Kapitals im 15. und 16. Jahrhundert, beispielsweise bei der Enteignung des Klerus, bis hin zur massenhaften Vernichtung der Existenz kleiner Warenproduzenten durch das große Kapital, die bis heute andauert. Darüber hinaus erfaßt sie die ökonomischen und sozialen *Folgen* der kapitalistischen Produktion, ihren Ausbeutungscharakter und die Ungerechtigkeit der Verteilung der Ressourcen wie der Produktionsergebnisse. ¹³ Insofern besitzt sie zweifelsohne ihre Berechtigung. Die Grenzen dieser Kritik sind jedoch darin zu sehen, daß sie die tieferen Ursachen für die aufgezogenen Mißstände nicht aufdeckt und diese nicht eindeutig auf die *Bedingungen* der kapitalistischen Produktion zurückführt. Folglich

wird die Alternative auch weniger in der Aufhebung des Privateigentums¹⁴ gesehen als in einer »gerechteren« Verteilung der »Früchte der Arbeit«, einer Milderung der Ausbeutung und größeren Solidarität zwischen den Klassen und Schichten, zwischen Reich und Arm usw.¹⁵.

(3) Die dritte Form der Kritik ist die *naiv-utopische*. Die Liste ihrer Vertreter ist lang. Sie reicht von Jean-Jacques Rousseau¹⁶ über Saint-Simon, Owen, Weitling und Fourier bis hin zu Proudhon, Marx und Engels (zumindest in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts). Das Bezeichnende dieser Richtung ist die unzureichende ökonomische Begründung ihrer Kritik.¹⁷ So wird hier nicht selten das Privateigentum wortreich attackiert, als »Diebstahl« (Proudhon) angeprangert und als »soziales Übel«, schließlich sogar gefordert, »es abzuschaffen«, ohne dafür jedoch eine hinreichende Begründung und Alternative zu liefern.

Die voluntaristische Forderung nach der »Abschaffung des Privateigentums«, die sich bei Wilhelm Weitling¹⁸ ebenso findet wie bei Friedrich Engels¹⁹, entlarvt die ganze Richtung als *utopisch*, ungeachtet bestimmter Einzelaussagen, die eine differenziertere Sicht durchaus nahe legen. Der utopischen Eigentumskritik fehlt nicht nur die wissenschaftliche, vom realen Produktionsprozeß hergeleitete Begründung, sondern zumeist auch die präzise terminologische Unterscheidung zwischen Privateigentum und Kapital sowie die Herausarbeitung realistischer, dem Fortschritt der Produktivkraftentwicklung entsprechender Wege zur Schaffung gangbarer Alternativen.

(4) Im Unterschied hierzu geht die *dialektische*, ökonomisch fundierte Kritik nicht von einer »Abschaffung« des Privateigentums aus, sondern von dessen *Überwindung* im Sinne seiner »Aufhebung«, und zwar im doppelten Sinne des Wortes, als Negation und als Erhalt. Bezogen auf die Negation des individuellen, auf eigener Arbeit beruhenden Privateigentums durch das Kapital bedeutet diese Negation eine »Negation der Negation«. Dabei wird, wie Marx schreibt, jedoch »nicht das Privateigentum wieder her(gestellt), wohl aber das individuelle Eigentum«, dies jedoch »auf Grundlage der Errungenschaft der kapitalistischen Ära« (MEW, Bd. 23, S. 791). Das heißt, bei Erhalt der Resultate der kapitalistischen Vergesellschaftung. Es geht also darum, die Eigentumsverhältnisse dem sich in der Produktion real vollziehenden Vergesellschaftungsprozeß anzupassen, um so den Weg frei zu machen für eine dynamische Entwicklung der Produktivkräfte und der Gesellschaft. Knüpfen wir hieran an, an diese im Marxschen Verständnis *wissenschaftliche* Kritik des Kapitalverhältnisses bzw. Privateigentums.

Reale Vergesellschaftung und Alternativkonzepte

Ausschlaggebend für die ökonomisch fundierte Kritik am Privateigentum ist ein *realer* Vorgang, der sich mit der Entwicklung der Produktivkräfte im wirklichen Leben der Menschen, im Produktionsprozeß ihres materiellen Lebens, vollzieht. Diesen objektiven Prozeß als *formal* lösbare Aufgabe im Sinne der Verstaatlichung, Kollektivierung etc. der Produktionsmittel aufzufassen, dem die reale Entwicklung dann irgendwann folgen wird, war eines der Leninschen Mißverständnisse der Marxschen Theorie, worin die Dia-

Mühen der Berge. Grundlegungen zur alternativen Ökonomie. Teil 1, München 1986, S. 239 ff.

13 Vgl. John Rawls: *Gerechtigkeit als Fairneß. Ein Neuentwurf*, Frankfurt a. M. 2003, S. 77 ff.

14 Nicht selten wird die moralisch-ethische Kritik am Kapitalismus sogar mit einem Plädoyer für das Privateigentum verbunden: Vgl. Jochen Gerlach: *Ethik und Wirtschaftstheorie*, Gütersloh 2002, S. 68 ff.; Wolfgang Kersting: *Kritik der Gleichheit*, Weilerswist 2002.

15 Vgl. dazu die breite, den Kapitalismus vom moralischen Standpunkt aus kritisierende Literatur nebst entsprechender Verbesserung- und Änderungsvorschläge.

16 Vgl. Jean-Jacques Rousseau: Abhandlung über die politische Ökonomie, in: *Kulturkritische und politische Schriften*, Band 1, Berlin 1989, S. 333 ff.

17 Vgl. Richard Saage: *Utopische Profile*, Band 1 bis 3, Münster 2001/2002.

18 Wilhelm Weitling: *Das Evangelium des armen Sünders*, Leipzig 1967, S. 86 f.

19 Friedrich Engels: Grundsätze des Kommunismus, in: MEW, Bd. 4, S. 371.

lektik »auf den Kopf gestellt« ist. Die Folge dieses theoretischen, vor allem aber politisch-praktischen Fehlers war der ›Staatssozialismus‹ als ein Gesellschaftskonstrukt, das auf staatlich vergesellschaftetem Eigentum beruhte, sich aber letztlich als wenig entwicklungs-fähig erwies: Eine *reale* Vergesellschaftung als Folge der formalen fand hier ebensowenig statt wie eine ungehemmte dynamische Entwicklung der Produktivkräfte.

Im Prozeß der *realen* Vergesellschaftung entstehen unablässig neue Formen der gesellschaftlichen Organisation der Produktion. Grundlage dafür ist ein ökonomischer Vorgang, die *Vergesellschaftung der Arbeit*, welcher nicht nur die Organisation der Produktion im gesamtgesellschaftlichen Maßstab bedeutet, sondern auch die Aufhebung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und der Warenproduktion.²⁰ Unabdingbare Voraussetzung dafür ist ein hohes Entwicklungsniveau der Produktivkräfte, ferner die Globalisierung der Wirtschaft, die Überwindung der Nationalstaaten u. a. m. In dem Maße, wie diese Prozesse vorankommen, folgt ihnen eine *institutionelle Anpassung* der politischen, ökonomischen, juristischen u. a. Verhältnisse, nicht zuletzt des Eigentums, als *formaler* Ausdruck der realen Vergesellschaftung als dem eigentlichen Basisprozeß.

Dies kann in verschiedenen Formen und auf unterschiedliche Art und Weise erfolgen, sowohl *administrativ*, durch Sozialisierung (Verstaatlichung), Konfiskation, Aufkauf usw., ebenso aber auch durch den freiwilligen Zusammenschluß und die Kooperation privater Eigentümer, zum Beispiel in Genossenschaften, oder durch die Vergesellschaftung privater Eigentumstitel in Form von Aktiengesellschaften.

Während erstere Formen bis heute als Alternativen zum Privateigentum allgemein anerkannt sind²¹, gilt dies für letztere nicht in gleicher Weise. Dies erstaunt um so mehr, als Karl Marx die Bildung von *Aktiengesellschaften* ausdrücklich als wichtigste Form der kapitalistischen Vergesellschaftung behandelt hat²², als »Aufhebung des Kapitals als Privateigentum«, wenn auch noch »innerhalb der Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise selbst« (MEW, Bd. 25, S. 452).²³ Im Aktienwesen werden die »fungierenden Kapitalisten« zu bloßen »Verwaltern fremden Kapitals« und die Kapitaleigentümer »bloße Eigentümer, bloße Geldkapitalisten«, deren Profit der *Zins* ist, als »bloße Vergütung des Kapitaleigentums«. (Ebd.) Da das Eigentum hier »in der Form der Aktie« existiert, wird seine Bewegung »reines Resultat des Börsenspiels, wo die kleinen Fische von den Haifischen und die Schafe von den Börsenwölfen verschlungen werden« (Ebd., S. 456). – Eine Erfahrung, die gerade jetzt wieder viele Kleinanleger machen mußten, als sie ihr Geld im Strudel der letzten Baisse verloren. Gleichwohl aber sind Aktienunternehmungen ebenso wie Kooperativfabriken »als Übergangsformen aus der kapitalistischen Produktionsweise in die assoziierte zu betrachten« (Ebd.), als Formen der Vergesellschaftung, die es für eine alternative Gestaltung der Eigentumsverhältnisse zu nutzen gilt, und nicht bloß zu bekämpfen.

Im Staatssozialismus wurde diesem Ansatz nicht die gebotene Aufmerksamkeit zuteil. Ganz im Gegenteil: Er wurde geflissentlich übersehen, theoretisch wie praktisch, ebenso wie der der »Koopera-

20 Vgl. A. K. Pokrytan: *Das Historische und das Logische in der ökonomischen Theorie des Sozialismus*, Berlin 1981, S. 132 ff.

21 Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): *ReformAlternativen: sozial – ökologisch – zivil*, Berlin 2000, S. 320 ff.

22 »Das Kapital ... erhält hier direkt die Form von Gesellschaftskapital (Kapital direkt assoziierter Individuen) im Gegensatz zum Privateigentum, und seine Unternehmungen treten auf als Gesellschaftsunternehmungen im Gegensatz zu Privatunternehmungen.« (Karl Marx: *Das Kapital*. Dritter Band, in: MEW, Bd. 25, S. 452.)

23 »In den Aktiengesellschaften ist die Funktion getrennt vom Kapitaleigentum, also auch die Arbeit gänzlich getrennt vom Eigentum an den Produktionsmitteln ... Es ist dies Resultat der höchsten Entwicklung der kapitalistischen Produktion ein notwendiger Durchgangspunkt zur Rückverwandlung des Kapitals in Eigentum der Produzenten, aber nicht mehr als das Privateigentum vereinzelter Produzenten, sondern als das Eigentum ihrer als assoziierter, als unmittelbares Gesellschaftseigentum.« (Ebenda, S. 453.)

tivfabriken«. Dabei bieten gerade diese beiden Ansätze die Möglichkeit, die reale Vergesellschaftung auf verschiedene Art und Weise aus- und mitzugestalten und sie demokratisch zu kontrollieren. In einem reformalternativen Gesellschaftskonzept sollten sie daher einen zentralen Platz einnehmen.

Überhaupt gehört es zu den verhängnisvollsten Irrtümern der sozialistischen Bewegung im 20. Jahrhundert, daß nicht die dialektische Eigentumskritik die entscheidende Grundlage der Theorie und politischen Entscheidungen war, sondern die naiv-utopische Sicht. So findet sich zum Beispiel bei Lenin (vor 1922) kaum ein Hinweis darauf, daß Privateigentum und Kapital nicht dasselbe sind. 1919 schrieb er: »Die Ökonomik Rußlands ... stellt sich dar als Kampf der ... kommunistisch vereinten Arbeit gegen die kleine Warenproduktion und gegen den erhalten gebliebenen sowie den auf der Grundlage der kleinen Warenproduktion neu entstehenden Kapitalismus.«²⁴ Kleine Warenproduktion und Privateigentum als Hauptfeinde! – Indem diese schließlich auf rigorose Weise beseitigt und durch staatliches bzw. kollektives Eigentum ersetzt worden sind, hatte man aber weder ökonomisch noch gesellschaftshistorisch einen wirklichen Fortschritt erzielt. Die Verstaatlichung bedeutete hier lediglich, wie Rudolf Bahro einmal angemerkt hat, eine »Vergesellschaftung in total entfremdeter Form«²⁵. Sie setzte 1917 in Sowjetrußland eine Entwicklung in Gang, an deren Ende der wirtschaftliche Niedergang und der Ruin standen sowie eine »kontinuierliche Subsumtion der Individuen«²⁶ unter die absolute Herrschaft des Staates, nicht aber ihre freie und volle Entwicklung. Diese Praxis von Eigentums- und Zivilisationskritik bedeutete, bei allem Fortschritt im einzelnen, zum Beispiel in Bildung, Kultur und Technik, letztlich einen Rückgriff auf vorkapitalistische Verhältnisse statt historischen Fortschritt.

Ähnlich, wenn auch weniger radikal, wurde in anderen staatssozialistischen Ländern verfahren. Am wenigsten konsequent bekanntlich noch in der DDR. Aber selbst hier fehlte in der *Verfassung* der Begriff des Privateigentums²⁷ und in der politischen Literatur wurde bis zuletzt dessen »Abschaffung« gefeiert, ohne daß dies jemals plausibel aus der Entwicklung der Produktivkräfte und der realen Vergesellschaftung hergeleitet worden wäre.

Alternativvorstellungen heute

Welche alternativen Vorstellungen und Konzepte zum Eigentum verfolgt nun die Linke heute, namentlich die PDS?

Bei der Beantwortung dieser Frage und der Wertung der dazu vorliegenden Antworten ist davon auszugehen, daß es sich beim Eigentum um ein sozialökonomisches *Grundverhältnis* handelt und bei seiner Gestaltung mithin um eine *Grundfrage*. Es ist dies also kein Punkt, der in entsprechenden Programmen und Erklärungen *en passant* abgehandelt werden könnte. Andererseits muß jedoch eingeräumt werden, daß eine radikale Umgestaltung der Gesellschaft derzeit *nicht* auf der Agenda steht, die Antwort also im Rahmen der bestehenden Eigentumsordnung gesucht werden muß. Die aktuell zu lösende Frage kann deshalb nicht die »nach dem vollständigen oder teilweisen Übergang vom Privateigentum zum gesellschaftlichen Ei-

24 W. I. Lenin: Ökonomik und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats, in: *Werke*, Bd. 30, S. 92.

25 Rudolf Bahro: *Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus*, Berlin 1990, S. 44.

26 Peter Ruben: Was ist Sozialismus? Zum Verhältnis von Gemein- und Personeneigentum von Produktionsmitteln, in: *INITIAL*, Heft 2/1990, S. 117.

27 Vgl. Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968 in der Fassung des Gesetzes zur Änderung und Ergänzung der Verfassung vom 7. Oktober 1974, Art. 10 ff. Art. 10 kennt nur die Formen des sozialistischen Eigentums, Art. 11 nennt das »persönliche Eigentum der Bürger«. Art. 12 zählt auf, woran »Privateigentum unzulässig« ist, aber nicht, wo es zulässig wäre.

28 Kay Müller: Eigentums-
option, in: »Öffentliches
Eigentum in der BRD –
Beteiligung von Bund, Län-
dern und Kommunen.
Reader zum Workshop vom
11. 3. 2000, hrsg. von der
PDS, Berlin 2000, S. 92.

29 Vgl. Ulla Plener: *Wirt-
schaften für's Gemeinwohl.
Wege zur sozialen Gerech-
tigkeit*, Berlin 2001; Fritz
Vilmar: *Wirtschaftsdemo-
kratie – Zielbegriff einer
alternativen Wirtschafts-
politik*, in: *Der Wohlstand
der Personen. Festschrift
zum 60. Geburtstag von
Karl Georg Zinn*, Marburg
1999.

30 Vgl. Programm der
Partei des Demokratischen
Sozialismus. Überarbeiteter
Entwurf (Februar 2003),
S. 5 ff.; Attac Deutschland
(Hrsg.): *Eine andere Welt ist
möglich!*, Hamburg 2002.

31 »Die höchste Entwick-
lung des Kapitals ist, wenn
die allgemeinen Bedingun-
gen des gesellschaftlichen
Produktionsprozesses nicht
aus dem *Abzug der gesell-
schaftlichen Revenue* herge-
stellt werden, den Staats-
steuern..., sondern aus dem
Kapital als Kapital.« (Karl
Marx, MEW, Bd. 42, S. 438).

gentum«²⁸ sein, sondern die nach einer sozial verträglichen und demokratischen Gestaltung der Eigentumsverhältnisse. Dementsprechend zielen die Antworten gegenwärtig vor allem auf die Durchsetzung der grundgesetzlich verankerten »Sozialpflichtigkeit« des Eigentums und dessen wirtschaftsdemokratische Ausgestaltung, wofür es detaillierte und seit längerem diskutierte Konzepte gibt.²⁹

Will man sich in dieser Frage *neu* orientieren, so greift die *alte* Entgegensetzung von Privateigentum und Gemeineigentum, letzteres vor allem als Staatseigentum bzw. öffentlich rechtliches Eigentum verstanden, zu kurz. Die Wirklichkeit ist anders und der eigentlich progressive Prozeß der Vergesellschaftung geht mitunter seltsame Wege: So ist die Privatisierung eines staatlichen Monopols, wie wir sie gegenwärtig im Telekommunikations- oder Verkehrsinfrastrukturbereich erleben, durchaus als ein Prozeß realer Vergesellschaftung zu begreifen, insbesondere dann, wenn die neuen Eigentümer Tausende und Abertausende von Investoren international agierender Investmentfonds sind. Oder ein anderes Beispiel: Beteiligen sich die Beschäftigten eines Unternehmens an diesem als Gesellschafter oder Aktionäre, so werden sie *Miteigentümer*. Dadurch wird der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital zwar nicht aufgehoben, aber faktisch internalisiert, so daß die Mitarbeiter neben ihrem Interesse an Lohnsteigerungen, Arbeitsplatzertand und Sozialleistungen jetzt zugleich auch an einer hohen Dividende und Performance des Unternehmens, ausgedrückt im Aktienkurs, interessiert sind. Eine Verstaatlichung des Unternehmens würde diese Interessen empfindlich tangieren und deshalb bei den Betroffenen wohl kaum Unterstützung finden. Aber das ist nicht alles: Diese Interessenkonstellation gilt heute mehr oder weniger für *alle* Gesellschaftsmitglieder, denn durch die Kreditvergabe der Banken sind inzwischen selbst die kleinsten Ersparnisse in den Kapitalkreislauf involviert, so daß auch die Sparer am kapitalistischen Verwertungsprozeß partizipieren. Insbesondere gilt dies für die Altersrentner, deren Bezüge bei der Umstellung der Alterssicherung auf das Kapitaldeckungsverfahren künftig *Kapitaleinkünfte* sein werden. – Diese Beispiele kontrastieren aufs Schärfste mit den in linken Programmen mitunter immer noch anzutreffenden verbalen Attacken auf das »anonyme Kapitaleigentum«, die Omnipotenz der Banken, die zerstörerische Rolle der Finanzmärkte etc.³⁰ Hier heißt es umdenken, will man nicht in die alten Muster der Eigentumsdebatten früherer Zeiten zurückfallen.

Demgegenüber berücksichtigt die hier akzentuierte Gestaltungsoption der Eigentumsverhältnisse zwei objektive Entwicklungsaspekte: Zum einen die Tendenz, im entwickelten Kapitalismus nicht nur die privaten Güter kapitalistisch zu produzieren, sondern diesem Prinzip zunehmend auch die »*allgemeinen, gemeinschaftlichen* Bedingungen der Produktion« (MEW, Bd. 42, S. 439), die im klassischen Kapitalismus als *öffentliche Güter* über Steuern finanziert wurden, zu unterwerfen.³¹ Zum anderen die Bedeutungszunahme des Geldkapitals, wie sie heute weltweit im Übergang vom produktions- zum finanzwirtschaftlich dominierten Regulationsmodell bzw. Akkumulationsregime zu beobachten ist. Da dieser Prozeß die Überakkumulation von Kapital voraussetzt, insbesondere einen genügend großen Umfang von nach Verwertung strebenden internationalen

Geldkapitals, stehen beide Aspekte in einem unmittelbaren Zusammenhang: die Dominanz der Finanzmärkte ermöglicht die Kapitalisierung der »travaux publiques« (Karl Marx) und diese wiederum wird möglich, weil das Geldkapital nach Zins strebt (und nicht schlechthin nach Profit). Voraussetzung dafür ist die Vergabe entsprechender Eigentumsrechte, wodurch öffentliche Güter marktfähig werden.³² Die Bildung großer Aktiengesellschaften, Investmentfonds usw. ermöglicht die weitgehende Kapitalisierung des reproduktiven Reichtums der Gesellschaft, einschließlich der »travaux publiques«. Dies ist problematisch, da hiermit eine ungeheure Konzentration von Reichtum und Macht einhergeht. Zugleich aber bedeutet dieser Prozeß die »höchste Entwicklung des Kapitals« (MEW, Bd. 42, S. 438), seine dialektische Kritik, da »Aufhebung ... als Privateigentum« und Vergesellschaftung. »Es ist dies«, schreibt Marx, »die Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise selbst« (MEW, Bd. 25, S. 454). Zudem handelt es sich hierbei der Tendenz nach um einen objektiven, aus der Produktivkraftentwicklung hervorgehenden Prozeß, der nicht blockiert oder verhindert werden sollte, sondern gestaltet – im Sinne alternativer Gesellschaftskonzepte, das heißt, demokratisch und sozial.

In Deutschland sind gegenwärtig etwa 8 % der Bevölkerung Aktionäre, das heißt unmittelbar Miteigentümer von Unternehmen. Weitere 9 % sind indirekt, über Investmentgesellschaften, an Unternehmen beteiligt. Zusammen sind das 17 %, die Aktien bzw. Investmentzertifikate halten.³³ Einschließlich der »sonstigen Beteiligungen« machten diese Anlagen im Jahre 2002 34,7 % des Nettogeldvermögens bzw. 20,1 % des gesamten Geldvermögens der privaten Haushalte aus. Zwei Jahre zuvor waren dies sogar 27,0 % bzw. 45,9 %³⁴ – das ist wenig im Vergleich zu anderen Ländern (Finnland, Frankreich, Spanien, Großbritannien, USA), aber viel, verglichen mit den Daten Mitte der 90er Jahre: innerhalb von fünf Jahren hat sich die Zahl der Aktionäre »verdreifacht«³⁵. Hier zeichnet sich – trotz großer und wachsender Differenzierung hinsichtlich der Verteilung dieser Mittel – ein Trend ab, der sich in Zukunft, insbesondere mit dem Übergang zur kapitalgedeckten Altersvorsorge, noch erheblich verstärken wird.³⁶

Tabelle:

Wertpapieranteil am Geldvermögen privater Haushalte in Deutschland 1991-2002 in %

	1991	1999	2000	2001	2002
Wertpapiere insgesamt	28,2	36,9	37,1	35,4	30,9
Renten	13,7	10,2	10,2	10,4	10,8
Aktien	6,5	13,3	12,1	9,4	4,5
Sonstige Beteiligungen	4,0	3,2	3,6	3,7	4,0
Investmentzertifikate	4,2	10,2	11,3	11,8	11,6

Private Haushalte einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quelle: Deutsche Bundesbank: Monatsberichte Juni 2003, S. 42; eigene Berechnungen.

32 Vgl. Elmar Altwater: Was passiert, wenn öffentliche Güter privatisiert werden? (unveröff. Manuskript, Juni 2003).

33 Deutsche Bundesbank: Monatsbericht März 2003, S. 32.

34 Deutsche Bundesbank: Monatsbericht Juni 2003, S. 42.

35 Vgl. Bundesverband deutscher Banken: Die Aktienkultur gewinnt an Tiefe, Berlin 1999 sowie Michel Albert: Kapitalismus contra Kapitalismus – zehn Jahre danach, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 12/2001, S. 1459 ff.

36 Deutsche Bundesbank: Monatsbericht Juli 2002, S. 25 ff. Zur Differenzierung der Vermögen vgl. Ulrich Busch: Der Reichtum wächst, aber nicht für alle, in: *UTOPIE kreativ*, Heft 150 (April 2003), S. 319-329.

Aus dieser Entwicklung jedoch eine neue »soziale Utopie« im Sinne der Herausbildung einer »Aktionärs-gesellschaft« ableiten zu wollen, wäre Unsinn, da die Unterschiede in der realen Verfügungsmacht nach wie vor beträchtlich sind. So liegt der Anteil der Privathaus-halte und Fonds am gesamten Aktienvermögen in Deutschland nur bei 20,3 Prozent (2001), während Unternehmen mehr als 40 Prozent der Aktien halten und Banken und Versicherungen 13,2 Prozent.³⁷ Auch wenn die Bevölkerung ihr gesamtes Geldvermögen in Renten und Aktien anlegen und an den Finanzmärkten investieren würde, entstünde auf diese Weise kein »Volkskapitalismus«. ³⁸ Es würde sich dadurch aber die Struktur der Finanzierungsströme verändern, indem an Stelle der kreditvermittelten Unternehmensfinanzierung die Eigenkapitalfinanzierung tritt, und statt Bankzinsen Dividenden und andere finanzmarktkonforme Renditen gezahlt würden. Der Grundcharakter des Gesellschaftsmodells bliebe davon aber unberührt.

Im Programmwurf der PDS wird als Alternative zum kapitalistischen Privateigentum *nicht* schlichtweg die Sozialisierung bzw. Verstaatlichung desselben gefordert, sondern die »demokratische Entscheidung über gesellschaftliche Grundprozesse«. ³⁹ Kennzeichen dieses Konzepts sind *Pluralität* der Eigentumsformen, *Demokratisierung* und *Sozialisierung* der Eigentumsverhältnisse sowie die *Sozialpflichtigkeit* des Eigentums. ⁴⁰ Dies schließt Sozialisierungsmaßnahmen im Sinne von Art. 15 GG nicht aus, setzt aber mehr auf die demokratische Ausgestaltung und Entwicklung privater Eigentumsformen, letzteres sowohl in Form von Kapitalgesellschaften als auch von Personengesellschaften und freiberuflicher Tätigkeit. Ja, selbst die Privatisierung staatlichen Eigentums ist damit vereinbar, sofern sie dem vorgenannten Kriterium entspricht *und* zu einer Erhöhung der gesamtgesellschaftlichen Effizienz beiträgt. Öffentliches Eigentum soll bewahrt und genossenschaftliches Eigentum besonders gefördert werden, konzentriertes und anonymes Kapitaleigentum dagegen stärker kontrolliert und sukzessive sozialen Kriterien unterworfen werden.

Mit diesem Konzept folgt die PDS im wesentlichen dem vierten Ansatz der o. g. kritischen Positionen. Dies vor allem auch deshalb, weil mit der »tatsächlichen Sozialisierung« der *realen* Vergesellschaftung das Primat zugesprochen und nicht, wie in utopischen Konzeptionen, ein politisch gesteuerter *formaler* Akt favorisiert wird. Zugleich folgt dieses Konzept einem *reformerischen*, auf die *Aus- und Umgestaltung* der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse und nicht auf deren abrupte und rasche Überwindung gerichteten Kurs. Dies mag von einigen Kritikern beanstandet werden⁴¹, ist angesichts der realen Gegebenheiten aber durchaus plausibel. Mit der Abkehr von Enteignung, Verstaatlichung und (Zwangs-)Kollektivierung als »Lösungsvarianten« der Eigentumsfrage verabschiedet sich die PDS zwar nicht von ihrem Ziel, die Gesellschaft sozialistisch umzugestalten, wohl aber von dem früheren staatssozialistischen Weg, dieses Ziel durchzusetzen. Sie versucht damit einen Spagat zwischen *theoretischer* Kritik und Infragestellung des kapitalistischen Eigentums und *praktischer* Mitgestaltung an der Entwicklung dieser Eigentumsverhältnisse im Sinne ihrer Demokratisierung, Pluralisierung, Sozialpflichtigkeit etc. Das Programm, den Sozialismus

37 Knapp 20 Prozent der Aktien werden von Ausländern gehalten, 6,5 Prozent vom Staat (Quelle: Deutsche Bundesbank 2002).

38 Vgl. Frédéric Lordon: »Aktionärsdemokratie« als soziale Utopie?, Hamburg 2003.

39 Programm der Partei..., a. a. O., S. 5.

40 »Jede Eigentumsform, die die natürlichen, sozialen und kulturellen Lebensgrundlagen entwickelt und den Zugang zu den Grundbedingungen menschlichen Lebens erleichtert, sollte gefördert, jede, die Lebensgrundlagen untergräbt oder vernichtet und die diesen Zugang einschränkt oder verhindert, sollte eingeschränkt werden.« (Ebenda)

41 Vgl. Sahra Wagenknecht: Welche Aufgaben hat ein Programm einer sozialistischen Partei?, in: UTOPIE kreativ, Heft 152 (Juni 2003).

als »ein diesseitiges Ziel«⁴² verwirklichen zu wollen, also unter kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnissen, ist in der Tat ein *neuer* Ansatz, der weiter diskutiert werden sollte, weil er natürlich, wen wundert es, mehr Fragen aufwirft als löst.

So ist *erstens* zu fragen, warum in diesem Konzept die Vergesellschaftung des Aktienkapitals so gar keine Rolle spielt. Wenn »der Kern dieser Eigentumskonzeption« darin besteht, »durch Druck gesellschaftlicher Kräfte von unten ... unter breitester Partizipation über grundlegende Entwicklungsrichtungen von Wirtschaft und Gesellschaft« mit zu entscheiden⁴³, so läßt sich dies praktisch doch wohl am besten durch die *unmittelbare* Partizipation der Bevölkerung am Kapitaleigentum, also über Aktien u. ä., erreichen. Hierzu fehlt jedoch jedwede Aussage sowohl im Programm als auch in den dieses kommentierenden Texten.

Zweitens läßt die Position zur Pluralität der Eigentumsformen, worin gesellschaftliches (staatliches) Eigentum, Kapitaleigentum, Privateigentum kleiner Handwerker, Händler u. a., genossenschaftliches Eigentum, Non-Profit-Sektor-Eigentum und öffentlich-rechtliches Eigentum unterschieden werden, keinen eindeutigen Schluß über den ordnungspolitischen Charakter der ökonomischen Basis und die Kriterien für den angestrebten »optimalen Eigentumsmix« zu. Wäre hier nicht stärker von der Dominanz des (großen) Kapitaleigentums in der Welt auszugehen, seiner internationalen Verflechtung, oligopolistischen Struktur, Marktpräsenz, Forschungs- und Entwicklungspotenz usw., um dann, ausgehend von diesen *realen* Tatbeständen, die Möglichkeiten der Durchsetzung einer stärkeren Sozialpflichtigkeit und Demokratisierung auszuloten?

Drittens sollte die angestrebte Eigentumsstruktur, die strukturelle Verfaßtheit der Eigentumsordnung, stärker rationalen Aspekten unterworfen werden. Dafür könnte die Unterscheidung zwischen *öffentlichen* und *privaten* Gütern ein wichtiges Kriterium sein. Ausgehend hiervon wären dann Aussagen über geeignete Eigentumsformen möglich, wie auch über die jeweiligen Grenzen von politischen Privatisierungs- und Sozialisierungsstrategien.

Viertens gilt es noch weitaus stärker zu betonen, daß das private Kapitaleigentum »schon lange nicht mehr im klassischen Sinne privat ist...«⁴⁴, sondern zunehmend die Form kollektiven oder institutionellen (privaten) Eigentums angenommen hat. Dies ist nicht nur Ausdruck einer schleichenden Vergesellschaftung im Schoße des Kapitalismus, sondern schließt auch *neue* Formen ein, so zum Beispiel börsennotierte Sozialversicherungsfonds, staatliche und kommunale Sozialfonds, Bürgerschaftskapital, Beteiligungsgesellschaften im Produktions- und Dienstleistungsbereich, Franchising-Unternehmen u. a. m.

Es handelt sich dabei um Formen mehr oder weniger demokratisch organisierten privaten bzw. auch kollektiven Eigentums, die sich in das alte Raster klassischer Eigentumsauffassungen nur schwer oder überhaupt nicht mehr einordnen lassen.⁴⁵ Eine zukunftsbezogene Auseinandersetzung mit der Eigentumsfrage muß aber gerade hier, bei den modernen Formen und Entwicklungstendenzen, ansetzen – wie es überhaupt heute weniger darauf ankommt, privates und gemeinschaftliches Eigentum *gegeneinander* zu setzen

42 Vgl. Programm der Partei ..., a. a. O., S. 6.

43 Dieter Klein: Über einen alternativen Umgang mit der ungeheuren Präsenz des totgesagten Eigentums, in: Michael Brie/Michael Chrapa/Dieter Klein: Sozialismus als Tagesaufgabe, RLS *Manuskripte* 36, Berlin 2002, S. 127.

44 Ebenda, S. 130.

45 Vgl. Vänsterpartiet (Hg.): *Macht und Eigentum*, Stockholm 2002 sowie Else Fricke u. a.: *Arbeitnehmerbeteiligung in Westeuropa*, Frankfurt/New York 1986.

als darauf, die unterschiedlichsten Formen realer Vergesellschaftung in den verschiedensten Formveränderungen und -wandlungen des Eigentums zu erkennen und im Sinne ihrer demokratischen Gestaltung politisch zu beeinflussen.

In diesem Prozeß verändert sich nicht nur das Eigentums*subjekt*, indem es komplexer, globaler, finanziell vermittelter usw., kurz: gesellschaftlicher wird. Es verändern sich auch die *Objekte* des Eigentums, indem gegenständliche Eigentumsobjekte zunehmend durch *immaterielle* Objekte wie Wissen, Informationen, Nutzungsrechte etc. ergänzt bzw. sogar ersetzt werden.⁴⁶ Dadurch verschwindet allerdings nicht, wie Jeremy Rifkin annimmt, das Eigentum, wohl aber verändert sich seine Form, und zwar fundamental: An die Stelle des isolierten, gegenstandsbezogenen, privaten und vereinzelter Eigentumsverhältnisses tritt jetzt ein globalisiertes, teilweise entmaterialisiertes, unpersönliches, aber *quasi gesellschaftliches* Verhältnis. Man kann dies begrüßen oder bedauern – es ist dies ein objektiver Vorgang, der sich in der Welt vollzieht, eine Form *realer Vergesellschaftung*, welche den Übergang von der industriellen zur postindustriellen oder Dienstleistungsgesellschaft begleitet.

Da dieser Prozeß derzeit wenig demokratisch verläuft und teilweise mit dramatischen sozialen Folgen für breite Schichten der Menschheit verbunden ist, ist es verständlich, daß er weltweit auf massive Kritik stößt und bekämpft wird. Dabei folgt die Kritik allen o.g. vier Mustern, wovon die alternativen Konzepte und Programme unterschiedlichster Colour zeugen.⁴⁷ Erfolgreich und konstruktiv für ein sozialistisches Programm ist jedoch nur der vierte, der dialektische Ansatz, da das Rad der Geschichte nicht zurück, sondern nach vorn gedreht werden soll, also über den Kapitalismus hinaus – aber »auf Grundlage der Errungenschaft der kapitalistischen Ära« (MEW, Bd. 23, S. 791).

46 Vgl. Jeremy Rifkin:
Access. *Das Verschwinden
des Eigentums*, Frankfurt/
New York 2000.

47 Vgl. als Übersicht:
Rolf Schwendter (Hrsg.):
Die Mühen der Berge ...,
a. a. O.

HANS-GEORG TROST

Die Eigentumsfrage in der Programmdebatte der PDS

Seit Beginn der programmatischen Debatte spielt die Frage nach der Position der PDS zum Eigentum im demokratischen Sozialismus so wie zum Weg dahin permanent eine große Rolle.

Für viele ist die Charakterisierung des Eigentums an den Produktionsmitteln in der gesellschaftswissenschaftlichen Lehre des realen Sozialismus noch in Erinnerung, deren Kerngedanke vereinfacht und extrem zusammengefaßt in folgendem besteht: Der Sozialismus als erste oder niedere Phase der kommunistischen Gesellschaftsformation ist durch sozialistische Produktionsverhältnisse charakterisiert, deren Kern die sozialistischen Eigentumsverhältnisse bilden. Sozialistisches Eigentum an Produktionsmitteln existiert in zwei Formen – als gesamtgesellschaftliches Volkseigentum (höhere Form – in der DDR vor allem VEB und VEG), das staatlichen Charakter trägt (Eigentümer ist der Staat), und als genossenschaftliches Gemeineigentum werktätiger Kollektive (niedere Form – in der DDR beispielsweise LPG, PGH, GPG, PwF). Die Reste an Privateigentum spielten in den 80er Jahren nur noch eine untergeordnete Rolle, von denen wir annahmen, daß sie sich bald überlebt haben würden. In der zweiten Phase der kommunistischen Gesellschaft existierte gemäß dieser Lehre nur noch das gesamtgesellschaftliche Volkseigentum (nicht mehr staatlichen Charakters), wobei das genossenschaftliche Eigentum allmählich in das gesamtgesellschaftliche hinübergewachsen sei. Entstanden war der wichtigste (und größte) Teil des Volkseigentums (die »Kommandohöhen« oder »Schlüsselpositionen« der Volkswirtschaft) in einem Prozeß sozialistischer Nationalisierung am Beginn der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der Regel durch die zwangsweise und entschädigungslose Enteignung kapitalistischer Privateigentümer, während das genossenschaftliche Eigentum danach durch (mehr oder weniger) freiwilligen Zusammenschluß von Einzelbauern und Handwerkern – in der Regel also von einfachen Warenproduzenten – in einem schrittweisen und allmählicheren Prozeß erfolgte. Weder in der Praxis noch in der damaligen Theorie kam auch nur die Möglichkeit der Entwicklung von Elementen sozialistischen Eigentums im Kapitalismus in Betracht. Vielmehr wurde die Notwendigkeit einer besonderen Übergangsperiode damit begründet, daß im Unterschied zum Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus *keine* Keime oder Elemente der neuen Ordnung im Schoße der alten entstehen könnten. Während sich erst nur zwei Ausbeuterordnungen ablösten, die beide auf Privateigentum an Produktionsmitteln beruhten (und insofern

Hans-Georg Trost – Jg. 1940; Prof. Dr. sc. oec.; Studium Ingenieurökonomie der Metallurgie an der Bergakademie Freiberg, dort Assistent und Dozent im Bereich Politische Ökonomie; 1980 bis 1991 als ord. Professor für politische Ökonomie, zuletzt für Volkswirtschaftslehre, an der ehemaligen TH Zittau tätig. Publikationen zu theoretischen Grundfragen der Reproduktionstheorie und zu aktuellen wirtschaftspolitischen Problemen.

Vgl. zum Beispiel: Hans Luft, Harry Nick, Gerhard Schulz: Die sozialistischen Produktionsverhältnisse, Berlin 1987.

einander ähnlich waren), sei das nunmehr nicht möglich, weil sozialistisches und kapitalistisches Eigentum so grundverschieden seien, daß sie nicht nebeneinander existieren könnten; Versuche der Herausbildung sozialistischer Eigentumsformen oder auch nur von Keimen eines solchen im Kapitalismus würden von der Staatsmacht und der kapitalistischen Wirtschaft verhindert: Die sozialistische Revolution müsse darum mit der Errichtung der politischen Macht (Diktatur des Proletariats) beginnen und könne erst danach in einer besonderen Übergangsperiode die ökonomische Macht aufbauen. Ein anderes Herangehen im Denken und Handeln wurde als Reformismus sowie als Konzept des friedlichen Hineinwachsens in den Sozialismus bewertet, dem kein Erfolg beschieden sein könne. Soweit die diesbezüglichen Grundaussagen der früheren Lehre in verknappter Form.

Die Eigentumsfrage in der ersten Programmdiskussion

Den Beginn der programmatischen Debatte und des Befassens mit der Eigentumsfrage in der PDS zu datieren, ist schwierig. Im Grunde oder im *weiteren* Sinne findet die programmatische Debatte so lange statt, wie diese Partei existiert und sich entwickelt. Sie ist also ein *permanenter* Prozeß, der *vor allem*, aber *nicht nur* mit der Zielsetzung der Erarbeitung sowie Beschlußfassung eines konkreten Programms geführt werden sollte. *Einerseits* geht es ständig darum, daß sich alle Mitglieder der programmatischen Leitlinien der Partei bewußt sind bzw. immer bewußter werden und ihr einheitliches Handeln davon ableiten. In diesem Sinne sprechen wir oft von einer Identität stiftenden Funktion des Parteiprogramms sowie der Auseinandersetzung mit seinem Inhalt. *Andererseits* aber ist es eine anerkannte Tatsache, daß sich die gesellschaftliche Welt ständig entwickelt oder verändert und folglich auch der Erkenntnisprozeß über sie und damit erst recht die Schlußfolgerungen, die die Partei für ihr Handeln daraus ziehen kann/soll/muß, nie abgeschlossen sein kann. Insofern kann auch ein Parteiprogramm nie absolut perfekt sein.

Im *engeren* Sinne wurde die jetzt laufende programmatische Debatte auf der 1. Tagung des 6. Parteitagess im Januar 1999 in Berlin angestoßen und von da an mit der Zielsetzung geführt, das 1993 beschlossene und jetzt gültige Programm zu überarbeiten bzw. zu einem neuen Programm zu kommen. Die einzelnen interessanten Abschnitte dieses Prozesses kann ich hier nicht darstellen, hervorzuheben ist aber vor allem nach einem Fragespiegel (Juni 1999) und den Thesen der Programmkommission (November 1999) der von Brie/Brie/Klein erarbeitete und von der Parteivorsitzenden im April 2001 vorgestellte Entwurf. Dieser wurde der Beschlußlage des Dresdener Parteitags vom Herbst 2001 gemäß in überarbeiteter Fassung am 25. Februar 2003 auf einer Programmkonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt, um ihn nach gründlicher Diskussion an der Parteibasis und mit Interessenten auch außerhalb der PDS auf dem Chemnitzer Parteitag zur Beschlußfassung zu führen.

Bereits das auf dem Wahlparteitag am 25. Februar 1990 – also wenige Wochen nach der Gründung der PDS – beschlossene Parteiprogramm spricht sich ausdrücklich zur Eigentumsfrage aus. Es heißt dort: »Als Partei, die sich der sozialen Sicherheit ... verpflichtet fühlt, sind wir für ein marktwirtschaftliches Konzept,

Partei des Demokratischen Sozialismus – Dokumente, Standpunkte, Materialien (Auswahl) Januar bis Mai 1990, Berlin 1990.

Partei des Demokratischen Sozialismus – Programm und Statut, Berlin 1998.

Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus – überarbeiteter Entwurf, Presse- und Informationsdienst der PDS, 9/2003.

- das die Ergebnisse jahrzehntelanger Arbeit unseres Volkes nicht preisgibt und in dem auch das gesellschaftliche Eigentum einen gewichtigen Platz hat;
- das vielfältige Formen des Eigentums an den Produktionsmitteln entfaltet, ihnen gleiche Wettbewerbschancen einräumt.

Wir treten dafür ein, daß das gegenwärtige staatliche Eigentum durch die reale Verfügung der Produzenten über die Mittel und Ergebnisse der Produktion zu wirklichem Volkseigentum wird. Die Beschäftigten sollen durch Gewinnbeteiligung und andere Formen an den wirtschaftlichen Ergebnissen der Betriebe interessiert werden.« (1990, S. 10)

An anderer Stelle des gleichen Programms heißt es, bezogen auf die Agrarproduktion: »Wir sind vor allem für

- LPG, GPG, VEG und andere Genossenschafts- und Betriebsformen...

- die Unantastbarkeit des Eigentums an Grund und Boden und der Bodenreform. Für den Grundsatz der Gemeinnützigkeit der Bodennutzung und gegen jegliche Spekulation mit Grund und Boden...« (1990, S. 12).

Wenige Wochen später wurden Grundpositionen der PDS zur Wirtschaftspolitik veröffentlicht, wo zum Gemeineigentum, beziehend auf dieses Programm gesagt wird: »Entsprechend unserem Programm treten wir dafür ein, daß auch künftig unter marktwirtschaftlichen Bedingungen Gemeineigentum (gesellschaftliches Eigentum) gleichberechtigt und chancengleich mit anderen Eigentumsformen existiert und durch die Verfassung rechtlich geschützt wird.« (1990, S. 59). Es folgen dort Forderungen der PDS auch in Richtung der Treuhandanstalt, auf die hier nicht weiter eingegangen werden kann.

Es wird ersichtlich: Bereits das erste Programm der PDS von 1990 orientiert auf die *Koexistenz und Gleichberechtigung* (»gleiche Wettbewerbschancen«) verschiedener Eigentumsformen und auf soziale Orientierung jeglicher Produktion.

Partei des Demokratischen Sozialismus – Dokumente, Standpunkte, Materialien, a. a. O.

Die Eigentumsfrage im Programm von 1993

Das derzeit gültige Programm der PDS wurde im Januar 1993 von der 1. Tagung des 3. Parteitages der PDS beschlossen und sagt zur Eigentumsfrage: »Bei allen Meinungsunterschieden gehen wir gemeinsam davon aus, daß die Dominanz des privatkapitalistischen Eigentums überwunden werden muß. Eine Vielfalt der Eigentumsformen – private, genossenschaftliche, kommunale und staatliche – ist in den Dienst der Bedürfnisse der Menschen und der Erhaltung ihrer natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen zu stellen. Unterschiedliche Auffassungen bestehen hinsichtlich der Frage, ob die reale Vergesellschaftung von Eigentum primär durch die Vergesellschaftung der Verfügung über das Eigentum zu erreichen ist oder ob der Umwandlung in Gemeineigentum, insbesondere in gesamtgesellschaftliches Eigentum, die bestimmende Rolle zukommen muß.« (1993, S. 8)

Partei des Demokratischen Sozialismus – Programm und Statut, Berlin 1998.

Auch hier ist die Koexistenz verschiedener Eigentumsformen und ihre soziale Orientierung auf die Bedürfnisse – *wiederum* – ausgesprochen. In Frage gestellt wird – *neu* (!) – bereits explizit, ob die Umwandlung (privatkapitalistischen Eigentums) in Gemeineigen-

»Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.« (Art. 14 GG)

tum – zum Beispiel (so nicht ausgesprochen) durch Verstaatlichung – oder die Vergesellschaftung der Verfügung über die Eigentumsobjekte – zum Beispiel (so auch nicht ausgesprochen) durch die Durchsetzung des Prinzips der Sozialpflichtigkeit gemäß Artikel 14 (2) GG entsprechend – bestimmend sein soll.

Der im April 2001 von Brie/Brie/Klein erarbeitete und von Gabriele Zimmer vorgestellte Programmentwurf enthält wie auch die derzeit vorliegende und zur Diskussion gestellte überarbeitete Fassung wesentlich weiter entwickelte und auch ausführlicher formulierte Gedanken zur Eigentumsfrage. In Rede ist vor allem der Abschnitt I/2 beider Dokumente.

Die Kernaussagen zum Eigentum

Im folgenden soll versucht werden, inhaltliche Kernaussagen zu erläutern, wobei auch Gedanken aus der von Michael Brie, Dieter Klein und Michael Chrapa verfaßten Broschüre *Sozialismus als Tagesaufgabe* genutzt werden. Diese Veröffentlichung stellt einerseits eine Reaktion auf Diskussionen zum 2001 publizierten Programmentwurf dar; sie enthält darüber hinaus zugleich Erläuterungen einer Vielzahl von Gedanken. Dadurch wird der Hintergrund, das Motiv mancher Aussage deutlich gemacht. Und schließlich ist in den Beiträgen von Brie und Klein eine sachliche und konstruktiv-kritische Auseinandersetzung mit Elementen der früher als ML ausgegebenen Lehre und folglich ein Ansatz für eine zeitgemäße Gesellschaftstheorie enthalten. Diese Broschüre kann darum als wichtige Hilfestellung für die programmatische Diskussion verstanden werden.

Bevor ich wichtige Aussagen zur Eigentumsfrage im (überarbeiteten) Programmentwurf zu kommentieren versuche, sei zweierlei vermerkt, was m. E. keineswegs nur Formfragen sind:

1. Die vor allem im Abschnitt I/2 befindlichen und diesen Abschnitt inhaltlich bestimmenden Aussagen zum Eigentum sind um ein Vielfaches umfangreicher als im geltenden Programm, schließen diese Gedanken in sich ein und stellen zugleich eine wesentliche Weiterentwicklung dar.

2. Die Platzierung der Aussagen unter die Überschrift »Unser sozialistischer Weg« macht deutlich, daß – wie auch in Diskussionsbeiträgen verlangt (vgl. Christoffers, Trost) – die »Eigentumsfrage als Grundfrage sozialistischer Bewegung« (S. 5) aufgefaßt wird. Die Veränderung der gegebenen Eigentumsverhältnisse der gegenwärtigen Gesellschaft im demokratisch-sozialistischen Sinne wird damit als Schlüsselfrage sozialistischer Veränderungen angesehen und auch so dargestellt. Die Aussagen zum Eigentum machen den Hauptinhalt dieses Abschnitts aus.

Für die inhaltliche Diskussion sollen folgende Thesen hervorgehoben werden:

1. Es wird nicht *schlechthin* von Eigentum, auch nicht mehr – wie früher üblich – vom Eigentum an Produktionsmitteln gesprochen. Es handelt sich hier nicht »primär um eine Frage der Rechtstitel, sondern um eine Frage der realen Verfügung über *wirtschaftliche Machtressourcen*« (S. 5 – Hervorhebung H.-G. T.). Darin ist einerseits die Anerkennung (und nicht wie häufig kritisiert: eine Unterschätzung oder Abwertung) der Bedeutung der *juristischen Form* des Eigen-

8 Michael Brie, Michael Chrapa, Dieter Klein: Sozialismus als Tagesaufgabe, Manuskripte der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Heft 36, Berlin 2002.

tums enthalten, die gerade im Rechtsstaat die praktische Funktion des Eigentums sichern hilft. Andererseits wird deutlich gemacht, daß *wesentlicher* die mit seiner Hilfe ausgeübte reale *wirtschaftliche Macht* ist, die zu *Herrschaft* werden kann. Es bleibt also konsequent bei der Aussage, daß es sich beim *Eigentum um ein zwischenmenschliches Verhältnis* und nicht um eine Beziehung zu Dingen handelt.

2. Ferner wird der Gegenstand des Eigentums (das Objekt, wofür verfügt wird) mit dem Begriff *wirtschaftliche Machtressourcen* gegenüber bisher: Produktionsmitteln – Arbeitsgegenständen und Arbeitsmitteln – wesentlich ausgeweitet. Wirtschaftliche Machtressourcen schließen vor allem unter dem Aspekt des heutigen Kapitalismus, dessen Produktion immer stärker durch Informations- und Kommunikationstechnologien geprägt wird, auch Wissen, Information, Patente, Lizenzen bis hin zu Geschäftskonzepten ein oder selbst Anrechte auf Ausbeutung und Belastung der Natur, womit Elemente der Natur zum Gegenstand von Eigentumsverhältnissen werden. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Konsequenzen, die sich zum Beispiel aus der sich jetzt immer mehr durchsetzenden Nutzung von Gentechnologien ergeben, sind kaum absehbar. (4, S. 113 ff; evtl. müßte darüber nachgedacht werden, auch den bisherigen Begriff der Produktionsmittel diesbezüglich auszudehnen bzw. zu erweitern.)

3. Die bereits in den bisherigen programmatischen Dokumenten vertretene *Pluralität* der Eigentumsformen ist in mehrfacher Hinsicht ausgebaut: a) Es wird die *gleichberechtigte Förderung jeder Eigentumsform* dem Kriterium gemäß vertreten, wie sie »die natürlichen, sozialen und kulturellen Lebensgrundlagen entwickeln und den Zugang zu den Grundbedingungen des menschlichen Lebens erleichtern.« (S. 5) Im umgekehrten Falle sollen sie eingeschränkt werden. b) Zu den Eigentumsformen wird auch *differenziert* ausgesagt: 1.) Es geht ausdrücklich um »die Bewahrung des *öffentlichen Eigentums* und seine Ausweitung« (S. 5); die fortschreitende Privatisierung – ein Markenzeichen neoliberaler Wirtschaftspolitik – wird abgelehnt. Es sei an dieser Stelle daran erinnert, daß gerade in Zeiten extremer Finanznot Kommunen oft regelrecht genötigt werden, öffentliches Eigentum zu veräußern. Bereits das Durchdenken und Anwenden dieses einen programmatischen Gedankens unter den konkreten Bedingungen durch die PDS-Stadt- und Gemeinderäte macht den praktischen Gebrauchswert dieses Entwurfs offenkundig. (In Zittau hatte ich Anlaß und Gelegenheit, unsere PDS-Stadtratsfraktion mit Hilfe dieser programmatischen Aussage zu beraten.) 2.) Die Verfügungsgewalt über das am meisten konzentrierte *kapitalistische Privateigentum* (einschließlich scheinbar anonymer Finanzfonds) soll verstärkt sozialen Kriterien unterworfen werden. Das soll erfolgen durch »Widerstand gegen Deregulierung, Selbstentlassung der Wirtschaftseinheiten aus sozialen Verpflichtungen, durch sozialstaatliche und umweltpolitische Regelungen, durch Steuer-, Struktur und Forschungspolitik, durch mehr Einfluß von Gewerkschaften und Betriebsräten, vom Kommunen, Umwelt- und Verbraucherorganisationen« (S. 5). 3.) Ausdrücklich wird hervorgehoben, daß sich die PDS für die Stärkung des *genossenschaftlichen Eigentums* einsetzt.

4. Wie bereits in den Vorgängerprogrammen werden weder (auch nicht durch eine »Hintertür«) die Beseitigung des kapitalistischen

Artikel 15 des Grundgesetzes ist mit »Sozialisierung« überschrieben und lautet wie folgt: »Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinschaft überführt werden.« (Art. 15 GG)
»Der Begriff Soziallogik wird hier als ein *Arbeitsbegriff*

eingeführt, nicht als fertige theoretische Kategorie. Er deutet darauf hin, daß der Tendenz zur Unterwerfung der ganzen Gesellschaft unter das Kapital und dessen Verwertungslogik eine andere Tendenz ... entgegenwirkt, ein Anwachsen sozialer und emanzipatorischer Ansprüche und ihrer Verwirklichung.« (Dieter Klein: Demokratischer Sozialismus als transformatorisches Projekt, in: Brie/Chrapa/Klein, a. a. O., S. 86).

In der konstruktiven Diskussion auf dem Kolloquium in Leipzig am 12. April 2003 wurde u.a. folgender Gedanke geäußert: Bei der Charakterisierung der Haltung der PDS zu verschiedenen Eigentumsformen fehlt bisher eine Position zum Eigentum der kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie der »kleinen« Selbständigen. Sie stellen einen großen Personenkreis dar und sind sowohl für die Sicherung von Arbeits- als auch von Ausbildungsplätzen von Bedeutung. In der Regel sind sie durch geringen Eigenkapitalanteil und hohe Kreditbelastung charakterisiert und darum stark von Banken und Lieferbeziehungen auch von Konzernen abhängig. Bei ihnen wirkt die von dort ausgehende Profitdominanz auf ganz andere Art. Auch weil dieser Personenkreis in besonderer Weise einen Bündnispartner für die PDS darstellt, ist zu überlegen, ob eine Passage zu dieser Eigentumsform bei der weiteren Überarbeitung des Programms ergänzt werden sollte.

Privateigentums noch die Verstaatlichung gefordert. Vielmehr geht es im Kern darum, die aus dem Grundgesetz geforderte *Sozialpflichtigkeit/Gemeinwohlpflichtigkeit* – und zwar bezogen auf jegliche Eigentumsform – durchzusetzen. Daß die PDS sich auch diesbezüglich auf das Grundgesetz bezieht, es anerkennt, durchsetzen und verteidigen will, wird gelegentlich als Akzeptanz/Anerkennung der gegebenen Verhältnisse durch die PDS angesehen. Aber *einerseits* will die PDS das Grundgesetz gegen Angriffe verteidigen, die die derzeit schon oder noch existierende Eigentumspluralität einschränken: Wenn zum Beispiel der stellvertretende FDP-Vorsitzende Brüderle die Aufhebung der Sozialisierungsmöglichkeit (Art. 15) fordert, wird der praktische Gebrauchswert und die Aktualität dieser programmatischen Forderung offensichtlich. Kern der Bezugnahme auf das Grundgesetz ist *andererseits* aber auch, daß die Durchsetzung der Sozialpflichtigkeit gegenüber *jeder* Eigentumsform oder -art der Profitdominanz, dem entscheidenden Merkmal kapitalistischen Privateigentums, entgegenwirkt, sie abschwächt. Dieter Klein spricht in diesem Zusammenhang von einer Soziallogik, die der Kapitallogik entgegengesetzt, wirksam gemacht wird (S. 86 ff). Das kann konkret erfolgen durch mehr *Wirtschaftsdemokratie* – mehr Mitbestimmung der Betriebsräte und Gewerkschaften –, *Steuer- und Abgabengesetzgebung* (Vermögensteuer, Vermögensabgabe, Erbschaftsteuer, Abgaben in Abhängigkeit der wirtschaftlichen Leistung, also in Abhängigkeit der Nettowertschöpfung, Tobinsteuer, Verhinderung der Steuerflucht), stärkere Wahrnehmung der *staatlichen Aufsicht* gegenüber Banken, Versicherungen und Finanzunternehmen und weitere konkrete wirtschaftspolitische Maßnahmen (vgl. S. 138 ff). Das erfolgt bereits in Ansätzen heute, wenn auch meist zugunsten des Profits. Das offenbart aber, daß auch im realen Kapitalismus die Profitdominanz wohl überwiegt, das Profitstreben aber nicht ausschließlich ist. Daraus kann gefolgert werden, daß es eine realistische programmatische Forderung ist, durch Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses dieser *Kapitallogik* mehr und mehr zu widersprechen, sie einzuschränken und sie schrittweise durch eine *Soziallogik* zu ersetzen. Auf diese Weise könnte die Haupteigenschaft kapitalistischen Eigentums, die Profitdominanz, eingeschränkt werden. Die Verfügung über Wirtschaftsressourcen würde dann nicht mehr *nur* kapitalistischen Charakter tragen, sie würde *erste Elemente* sozialistischen Charakters er/enthalten. Mit anderen Worten: Damit würde zugleich der kapitalistische *Charakter des Eigentums* eingeschränkt, es erhielte erste sozialistische Züge. Klein spricht in diesem Zusammenhang von einer Erosion des privatkapitalistischen Eigentums (S. 124). Dieser Prozeß ist sicher kein friedliches, harmonisches oder stetiges Hinüberwachsen der einen in die andere Eigentumsform (und schließlich in die sozialistische Gesellschaft), sondern ein widerspruchsvoller Prozeß, in dem jeder Fortschritt dem Kapital in harter Auseinandersetzung abgerungen werden muß und der sicher nicht geradlinig nur nach vorn oder oben verlaufen wird. (Es sei nur an die Widerstände gegenüber den Vorschlägen zur Wiedereinführung der Vermögensteuer erinnert.) Er offenbart aber zugleich die *prinzipielle Möglichkeit*, bereits in der kapitalistischen Gegenwart Elemente oder Keime des demokratischen Sozialismus

herauszubilden, ihn als Tagesaufgabe zu verstehen (vgl. den Titel der erwähnten Broschüre), was schließlich auch eine Revision von bisher herrschenden theoretischen Sätzen, zum Beispiel zum Übergang zum Sozialismus, bedarf.

Es muß hier auf eine tiefere Analyse der vielen in der umfangreichen Diskussion geäußerten Gedanken verzichtet werden – es war mir auch nicht möglich, sie vollständig zu verfolgen. Ohne eine umfassende Wertung der anderen Programmentwürfe (Balzer/Lieberam/Menzner/Wolf einerseits und Köhne/Brakebusch andererseits) vornehmen zu wollen und zu können, erkenne ich in den dort zur Eigentumsfrage explizit geäußerten Gedanken keinen grundsätzlichen Widerspruch zu denen in den eben betrachteten Dokumenten, wenngleich sie diesbezüglich nicht an das wissenschaftliche Niveau und die weitreichenden Konsequenzen der Aussagen des eben ausgewerteten Entwurfs heranreichen. Im erstgenannten alternativen Vorschlag wird auch die Pluralität von Eigentumsformen ausdrücklich als möglich angesehen und vor allem die Begrenzung der Konzentration des Privateigentums gefordert. Auch ist beiden alternativen Entwürfen gemeinsam, daß sie keine Rückkehr zur Verstaatlichung der Produktionsmittel verlangen.

Demgegenüber wertet das Minderheitenvotum von Heuer und Wolf, das unmittelbar im Zusammenhang mit der Verabschiedung des überarbeiteten Programmentwurfs Ende Februar 2003 veröffentlicht wurde, die in den »offiziellen« Entwürfen entwickelten Vorstellungen zur Zurückdrängung der Profitdominanz und zur Anreicherung sozialistischer Elemente in der Verfügung über Produktionsmittel als »jedenfalls nichts Sozialistisches« ab. Sie schreiben: »Statt von Beseitigung der Dominanz des Privateigentums ist immer wieder nur von der Beseitigung der Dominanz des Profits die Rede, von der notwendigen Abschwächung der Kapitalverwertungsinteressen ...« (S. 4) Vorstehende Aussagen widerlegen aber diesen Einwand.

Bei allen Meinungsunterschieden, offen stehenden Einzelfragen und noch weiter zu erwartenden Vorschlägen ist bereits jetzt erkennbar, daß die in der programmatischen Debatte der PDS – insbesondere in dem derzeit zur Diskussion gestellten Entwurf – geäußerten Gedanken eine wesentliche wissenschaftliche und politische Bereicherung zur Eigentumsfrage darstellen. Das gibt Anlaß zu der Hoffnung, daß die weitere Diskussion zu einem guten neuen Programm führt, mit dem die PDS in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit unseres Landes wieder eine größere Rolle spielen kann.

Ein bisher unbeachteter Ansatz hierfür findet sich bei Karl Marx: Bürgerkrieg in Frankreich, in: MEW, Band 17, S. 343.

Der vorliegende Beitrag zitiert das derzeit gültige Programm der PDS richtig. Ein fehlerhaftes Zitat bei einer Veröffentlichung im Internet war Anlaß für Prof. Dr. Detlef Joseph, gegen von mir gezogene Schlußfolgerungen zu polemisieren. Dem Leser dieses Beitrages soll das nicht verschwiegen werden. In meiner Entgegnung habe ich aber betont, daß ich selbst aus dem richtig gestellten Zitat keine inhaltlich anderen Schlußfolgerungen ziehe.

Uwe-Jens Heuer/Winfried Wolf: Minderheitenvotum zum Programm der PDS (überarbeiteter Entwurf vom 17. 2. 2003), Berlin (als Umdruck auf der Programmkonferenz verteilt, auch unter pds-online/programm publiziert).

Vgl. Sahra Wagenknecht: Welche Aufgaben hat ein Programm einer sozialistischen Partei?, in: UTOPIE kreativ, Heft 152 (Juni 2003), S. 536-542.

PATRICK CUNINGHAME

Für eine Untersuchung der *Autonomia* Interview mit Sergio Bologna¹

1 Das Interview wurde 1995 geführt.

2 Einführende Literatur zum Operaismus: Bernd Hüttner: Die Wiederkehr der Proletarität. Neuer klassenanalytischer Ansatz oder ökonomistische Fata Morgana? in: Z. Nr. 21 (März 1995). Grundlegend Frombeloff (Hg.): ... und es begann die Zeit der Autonomie. Politische Texte von Karl Heinz Roth, Hamburg 1993. Einführende Titel des Post-Operaismus sind *Argument*, Heft 235, Immaterielle Arbeit, Hamburg 2000; Negri/Lazzarato/Virno: Umherschweifende Produzenten. Immaterielle Arbeit und Subversion, Berlin 1998. Von Negri liegt u. a. vor: Krise des Planstaats, Kommunismus und revolutionäre Organisation, Berlin 1973; Massenautonomie gegen Historischen Kompromiß, München 1977; Sabotage, München 1979. Steve Wright hat mit Storming Heaven. Class Composition and Struggle in Italian Autonomist Marxism (London 2002) eine grundlegende Studie vorgelegt. Vgl. auch W. Rieland: Organisation und Autonomie. Die Erneuerung der italienischen Arbeiterbewegung, Frankfurt 1977. Die am historischen Operaismus orientierte deutsche Lesart wird heute in einer eher sozialrevolutionären

Sergio Bologna hat sich als einer der führenden Intellektuellen des italienischen Operaismus² eine sympathisierende, jedoch auch kritische Distanz zu den sozialen Bewegungen bewahrt, die die *Autonomia* der 1970er Jahre gebildet haben: die autonomen Arbeiter/innen, die selbstorganisierten Student/innen, die radikalen Feministinnen und die gegenkulturelle Jugend. Sein Essay *Der Stamm der Maulwürfe*³ stellt eine der vollständigsten Untersuchungen der sozialen Ursprünge und der Zusammensetzung einer der wichtigsten politischen und sozialen Massenbewegungen Italiens dar, der Bewegungen, die die Wurzeln des heutigen Netzwerks der *centri sociali*, der Freien Radios und der »Globalisierungsbewegung« sind.

Bologna ist 1964 bei *Quaderni Rossi* engagiert, bevor er mit Mario Tronti, Toni Negri und Romano Alquati *Classe Operaia* gründet. 1966 beginnt er an der Universität von Turin zu lehren. Im Herbst 1969 wird *Potere Operaio* (PO: Arbeitermacht) gegründet: Bologna, Negri und Piperno bilden das erste nationale Sekretariat. 1970 tritt Bologna eine Professur für Geschichte der Arbeiterbewegung an der Universität Padua an und arbeitet nun an derselben Fakultät wie Negri. Im November verläßt er *PO* wegen Differenzen über die grundsätzliche Ausrichtung der Politik der Organisation. Er gründet 1973 *Primo Maggio*, eine Zeitschrift militanter Historiker. Während der 1970er Jahre arbeitet er für *Sapere*, eine Forschungszeitschrift, die radikale Wissenschaftler ebenso einbezieht wie militante Arbeiter, und für die drei Tageszeitungen der italienischen neuen Linken *Lotta Continua*, *Il Quotidiano dei Lavoratori* und *Il Manifesto*. 1978/79 unterstützt er die Politik der Rückkehr zur »Arbeiterzentralität«, zur Untersuchung der großen Fabriken, und zu der der Probleme der Arbeiter/innen in der Transportindustrie. Während der 1980er Jahre lehrt er an der Universität Bremen. Während der 1990er Jahre schreibt er viel über den »selbständigen«/»autonomen Arbeiter«. Diesen versteht er als neues soziales Subjekt dieser Ära und als theoretische Alternative zum »immateriellen Arbeiter« von Negri.⁴

Der Begriff »Autonomia« ist in sich zweideutig, da er sich auf zwei verbundene, aber verschiedene Phänomene bezieht: Erstens *Autonomia Operaia* (Arbeiterautonomie, auch *Autonomia Organizzata*, Organisierte Autonomie genannt), die, wie der Name schon andeutet, ein direkter Nachkomme der operaistischen Tradition war, wie sie vor allem von der in den frühen 1960er Jahren halbjährlich erscheinenden Zeitschrift *Quaderni Rossi* (QR, Rote Notizhefte⁵)

begründet wurde. Die *Quaderni Rossi* sind der Versuch verschiedener PCI- und PSI⁶-Intellektueller, durch eine Reinterpretation von Marx' Arbeiteruntersuchung, seiner Theorie der Klassenzusammensetzung und der der Selbstverwertung des Massenarbeiters (vgl. Anmerkung 18) die autonome Arbeiterklassenmilitanz während des Wirtschaftswunders und der massenhaften internen Migration aus dem (italienischen) Süden nach Norden ab Mitte der 1950er Jahre zu erklären und zu theoretisieren. Der italienische Operaismus beginnt als eine politische und intellektuelle Bewegung, die die Theorie der Arbeiterzentralität der PCI aufrechterhielt, aber der orthodoxen marxistischen Sichtweise der Arbeiterklasse als Opfer der Verhältnisse und dem ineffektiven Reformismus der Historischen Linken kritisch gegenübersteht. Aus dieser Initiative entsteht 1969, über die Zwischenstationen *Classe Operaio* (eine aktivistischere Variante von QR), *Potere Operaio* Veneto Emiliana (POV-E⁷) und durch verschiedene lokale Fabrikinitiativen, besonders in der Chemiefabrik Porto Maghera, die italienweite politische Organisation *Potere Operaio*. *PO* trägt sehr dazu bei, auf das Bündnis zwischen der libertären Studentenbewegung von 1968 und der weitverbreiteten autonomen Arbeiterbewegung des »Heißen Herbstes« von 1969 zu drängen. *PO* löst sich 1973 auf – unter Druck gesetzt durch das Wiederaufleben des Feminismus, das zu einer Krise der Militanz und zum Rückzug vieler weiblicher Aktivistinnen aus den maskulinistischen post-1968er marxistischen Gruppen, wie *PO*, *Lotta Continua* (LC, Der Kampf geht weiter) und *Avanguardia Operaia* (Arbeiteravantgarde) führt. *Lotta Continua*⁸ war die größte der neo-leninistischen Gruppen, die 1968/69 auftauchten. Sie war moderater als die operaistische *Potere Operaio* und konzentrierte sich auf Fabrikkämpfe bei *FIAT* in Turin, antifaschistische Aktivitäten und breiter angelegte soziale Kämpfe, wie die Kampagne für *autoriduzione* (Selbstverringering der Preise von Straßenbahntickets und von Mieten) der frühen 1970er Jahre. Im Unterschied zu den anderen Gruppen organisierte LC auch im weniger industrialisierten und urbanisierten Südtalien – obwohl eines ihrer Hauptmotti ist »Nehmen wir uns die Stadt (zurück)«. 1972 wird LC verdächtigt, hinter der Ermordung von Kommissar Calabresi zu stecken, dem obersten Polizeioffizier Mailands, der von vielen für den Mord an dem Anarchisten Pinelli verantwortlich gemacht wurde. Pinelli wurde fälschlicherweise des Bombenattentats auf der Piazza Fontana in Mailand 1969 beschuldigt und aus dem fünften Stock des Mailänder Polizeipräsidiums geworfen. *LCs* historisch bedeutsamer Führer, Adriano Sofri, und zwei seiner (damaligen) Mitarbeiter werden 1987 festgenommen und der Ermordung beschuldigt – eine Anschuldigung, die vor allem auf den Aussagen eines ehemaligen *LC*-Mitglieds basierte, der sich der Polizei als Kronzeuge zur Verfügung gestellt hatte.⁹

1976 ruft *LC* die Neue Linke dazu auf, der PCI bei den Parlamentswahlen aus taktischen Gründen die Stimme zu geben, eine Aufforderung, die der PCI hilft, erstmals in ihrer Geschichte die DC als die größte Partei im Parlament fast zu überrunden. Dies wird von der PCI nicht gewürdigt. Sie enthält sich bei wichtigen Abstimmungen im Parlament der Stimme – oder stimmt für höchst repressive Gesetze, die ex-LC-Militante ins Gefängnis bringen und dazu bei-

Lesart von der Gruppe »Materialien für einen neuen Antimperialismus« (www.materialien.org) und in einer dogmatischen von der Gruppe »wildcat« (www.wildcat-www.de) vertreten. Die Studie *Operaismus. Politisches Denken im Wandel* von Ingrid Bierbrauer u. a. zur deutschsprachigen Operaismus-Rezeption der 1970er und 1980er Jahre rund um die Zeitschriften *Autonomie* (1975 bis 1979) und *AUTONOMIE/Neue Folge* (1979 bis 1985) ist leider unveröffentlicht. Kaum bekannt ist Theodor Sander: Von der Theorie der Arbeitersubjektivität zur antiproletarischen Propaganda. Die Transformation des italienischen Operaismus als Ausdruck kultureller Modernisierung, in: L. Knapp/ I. Tömmel (Hrsg.): *Italien an der Wende zum 21. Jahrhundert*, Osnabrück 1999, S. 67-86.

3 Vgl. Sergio Bologna: Der Stamm der Maulwürfe, in: Mai-Gruppe/Theoriefraktion (Hg.): *Wissenschaft kaputt*, Münster 1980, S. 251-301.

4 Weitere Informationen zur Biographie, u. a. zum Verlust seiner Lehrerlaubnis, in Angelika Ebbinghaus, Karl Heinz Roth: Gratulation. Sergio Bologna zum 65. Geburtstag, in 1999, Heft 1/2002, S. 229-230. Wichtige Texte sind Theorie und Geschichte des Massenarbeiters (Teil I bis III) in 1999, H. 2/89, S. 10-26, 1/90, S. 107-125 und 2/90, S. 60-77; zus. mit Massimo Cacciari: *Zusammensetzung der Arbeiterklasse und Organisationsfrage*, Berlin 1973; *Klassenzusammensetzung im Europa der neunziger Jahre und Probleme einer aktiven geschichtswissenschaftlichen Politik*, Hamburg 1992 (Arbeitspapiere der Hamburger

Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, Nr. 8); Die Zeitschrift *Primo Maggio* der 70er Jahre. Ein Beitrag zur Geschichte des Operaismus, in Karsten Linne, Thomas Wohlleben (Hrsg.): Patient Geschichte. Für Karl Heinz Roth, Frankfurt/Main 1993; zus. mit Cesare Bermanni, Brunello Mantelli: Proletarier der »Achse«. Sozialgeschichte der italienischen Fremdarbeit in NS-Deutschland 1937 bis 1943, Berlin 1997.

5 Siehe Anm 15. Texte der QR finden sich in Claudio Pozzoli (Hg): Spätkapitalismus und Klassenkampf. Eine Auswahl aus den Quaderni Rossi, Frankfurt 1972 und in Arbeiteruntersuchung und kapitalistische Organisation der Produktion, München 1972.

6 PCI, Partito Comunista Italiano, PSI, Partito Socialista Italiano, sozialdemokratische Partei.

7 Noch vor der Gründung von POV-E Mitte der 60er Jahre hatten Toni Negri und andere Operaisten die lokale Zeitung der PSI *Progresso Veneto* »unterwandert«. Negri war damals noch Stadtrat der PSI in Padua. Gleichzeitig begann Negris Gruppe in der PSI, Flugblätter unter dem Namen *Potere Operaio* in den örtlichen Fabriken zu verteilen. Negri verläßt die PSI aus Protest gegen die erste Mitte-Links-Koalition zwischen PSI und Christdemokraten (DC) 1964.

8 Vgl. Lotta Continua: Für eine organisierte politische Bewegung, Berlin 1972 sowie Dies.: Nehmen wir uns die Stadt – Klassenanalyse, Organisationspapier,

tragen, die autonomen sozialen Bewegungen zu zerschlagen. *LC* löst sich bei ihrem Abschlußkongreß in Rimini Ende 1976 auf, als die meisten weiblichen Militanten unter Protest den Saal verlassen: Grund ist der Angriff des Ordnungsdienstes der *LC* auf eine Frauendemonstration in Rom im Jahr zuvor. Trotzdem erscheint die gleichnamige Tageszeitung noch bis zu den frühen 1980er Jahren weiter. Viele der *LC*-Militanten werden Teil der *autonomia* und der 1977er Bewegung, während etliche ihrer »Marschälle« einen militaristischen Kurs einschlagen und helfen, *Prima Linea* (Frontlinie) zu bilden, eine der bedeutenden bewaffneten Gruppen der 1970er.

Die durch die Ölkrise ausgelösten Entlassungen und Umstrukturierungen 1973 ermöglichen es der *PCI* und den Gewerkschaften, wieder die Kontrolle über die großen Fabriken des Industrie-Dreiecks des Nordens zurückzugewinnen und so das Gewicht der Gruppen in den Fabriken zu untergraben, die für die *PO* von Bedeutung waren. Zu gleicher Zeit zeigt der Höhepunkt der autonomen Fabrikmilitanz, der wilde Streik bei und die Besetzung der Fabrik Mirafiori von FIAT in Turin im März 1973 die Entbehrlichkeit von *PO*, waren doch wenige der dortigen Aktivisten solche der neuen Linken.

Autonomia Operaia entsteht in den 1970er Jahren als ein wenig strukturiertes Netzwerk lokaler Fabrik- und sozialer Kollektive, das von freien Radiostationen wie *Radio Sherwood* in Padua sowie Zeitschriften wie *Rosso* in Mailand, *Senza Tregua* (Ohne Respekt) in Rom oder *Primo Maggio* (Erster Mai) in Turin zusammengehalten wird. Auch hier sind es vorrangig männliche Intellektuelle, wie Toni Negri und Oreste Scalzone, die die Entstehung des neuen sozialen Subjektes aus den Kämpfen der frühen 1970er Jahre diskutieren: Der »operaio sociale« (gesellschaftliche Arbeiter), der in den offenen Räumen der »gesellschaftlichen« Fabrik angesiedelt ist, während der »operaio massa« (Massenarbeiter) auf die Kämpfe in der (produzierenden, industriellen) Fabrik beschränkt war. Die Beziehungen zur feministischen Bewegung bleiben weiterhin verkrampft und autonome¹⁰ Frauenkollektive kritisieren die Aufrechterhaltung einiger diskreditierter politischer Praktiken der Gruppen, besonders die machohafte Neigung zum Gebrauch von (teilweise bewaffneter) Gewalt.

Der Versuch von *AO*, die gegenkulturelle und post-politische »1977er Bewegung« zu organisieren und zu hegemonisieren, trifft auf beträchtlichen Widerstand. Die Entführung und Ermordung von Aldo Moro im Jahre 1978, dem Staatsmann der *Democrazia Cristiana* und Chefunterhändler mit der *PCI* im Projekt des »Historischen Kompromisses« durch die »*Brigate Rosse*« (*RB*, Rote Brigaden) legitimiert drakonische staatliche Repressionen, was einen Rückzug vom Aktivismus ins Privatleben hervorruft. Das wiederum veranlaßt die radikalen Teile von *AO*, nach einer Intensivierung des Klassenkampfes durch bewaffneten Kampf und Industriesabotage zu verlangen. Dies erlaubte es dann dem Staat, eigenmächtig und willkürlich die *RB* mit der *AO* gleichzusetzen, was am 7. April 1979 zur massenhaften Festnahme der verwundbaren Intellektuellen der *AO* führte; ungeachtet ihrer bitteren Kritik am »anachronistischen, kontraproduktiven und militaristischen« Versuch der *RB*, den Staat zu stürzen und die Macht zu ergreifen. Die nachfolgende Hexenjagd

auf autonomistische Intellektuelle und Aktivist/innen, begleitet und unterstützt von der PCI nahestehenden Stadtverwaltungen und Journalist/innen, führt zu mehreren Wellen von Massenfestnahmen, einer möglichen Untersuchungsdauer von bis zu fünf Jahren bei Anklagen wegen Terrorismus und zum Exil des Kerns der Intellektuellen und Aktivist/innen.¹¹ Der Historische Kompromiß verändert die Position der PCI von der »gutmütigen« Neutralität 1968 zu der des offenen Konfliktes mit den radikalen sozialen Bewegungen 1977. *Autonomia Operaia*, der Versuch einer revolutionären, neo-leninistischen, avantgardistischen Struktur innerhalb der breiten Sozialrevolte wird 1983 zerstört, obwohl das sie wesentlich tragende »unterirdische« Netzwerk lokaler Gruppen und Individuen den finsternen Winter der 1980er Jahre überleben sollte.

Zweitens und verwirrenderweise steht die *Autonomia* auch umgekehrt in Verbindung mit der »diffusen« und »kreativen« *Autonomia* (»*autonomia diffusa*«), der »Autonomie des Sozialen«, wie sie von der Masse vor allem gegenkultureller Jugendlicher, Student/innen, arbeitsloser und prekariisierter junger Leute, radikaler Feministinnen, Schwulen und Lesben, Straßenkünstler/innen und jenen desillusionierten ehemaligen Mitgliedern der Neuen Linken gebildet wird, die dem dogmatischen Marxismus zunehmend kritisch gegenüberstehen und *cani sciolti* (herumstreunende Hunde) genannt werden. Die Jugend- und Akademiker/innenarbeitslosigkeit erreicht Mitte der 1970er Jahre einen ersten krisenhaften Höhepunkt. Viele junge Leute vermeiden es sogar, nach Arbeit zu suchen und lassen damit die große Verweigerung innerhalb der Fabrik im Stich. Sie fliehen zunehmend aus dem erstickenden Autoritarismus der traditionellen italienischen Kernfamilie, um kollektiv zu leben, oft in besetzten Häusern und Wohnungen. Sie überleben teilweise durch *lavori neri* (den wachsenden postfordistischen Sektor unsicherer, kurzer, niedrig bezahlter, deregulierter Jobs und durch Schwarzarbeit) durch kollektive Diebstähle in Supermärkten und Restaurants, die Erzwingung von freiem Eintritt zu Kinos und Konzerten und durch offensives Schwarzfahren in den öffentlichen Bussen. Dies ist das (soziale) Meer, in dem der Fisch *AO* schwimmt, aber es war nicht unbedingt die ideale Umwelt. Die respektlosen Stadtindianer der 77er Bewegung verspotten erbarmungslos die institutionalisierte Linke, sie machen sich über die exzessive Ernsthaftigkeit und Überheblichkeit der revolutionären Linken lustig; schon ihre bloße Vorstellung von politischer Arbeit führt einige von ihnen dazu, über eine »post-politische Politik« nachzudenken. Es ist jedoch wichtig, die von einigen Teilen der Presse und von den Universitäten herbeiphantasierte imaginäre Trennung zwischen friedlichen *creativi* und gewalttätigen *autonomi* zu entmythifizieren. Trotz ihrer unterschiedlichen politischen Methoden und Ziele scheint es eine bemerkenswerte Interaktion zwischen diesen beiden Typen der *Autonomia* gegeben zu haben, vor allem in der 1977er Bewegung: Ein weiterer Beweis, daß die Trennung zwischen kulturellen und politischen Sozialbewegungen eher formell als real ist.

Im folgenden umreißt Bologna eine operaistische Methodologie zur Untersuchung der Geschichte und Klassenzusammensetzung der autonomen Arbeiterbewegung in Italien, gegründet auf den Quer-

Kampfprogramm. Beiträge der Lotta Continua zur Totalisierung der Kämpfe, München 1972.

9 Sofri sitzt noch immer im Gefängnis, vgl. die anlässlich seines 60. Geburtstages erschienenen Artikel in SZ, 30. 7. 2002, S. 14, FAZ, 1. 8. 2002 oder www.sofri.org. Zum »Fall Sofri« vgl. Carlo Ginzburg: Der Richter und der Historiker, Berlin 1991.

10 Der Begriff »autonom« bezieht sich hier auf Gruppen, die sich autonom (unabhängig) organisieren und sich als Teil der breiteren Autonomie verstehen, aber in Distanz zu den »autonomi« der Organisierten Autonomie stehen.

11 Unter anderem von Negri, der 1983 nach Paris flüchtet, vgl. Anm. 31.

verbindungen zwischen politischen Eliten, Intellektuellen und Massenbewegung, zwischen Spontaneität und der Organisation von Mikrosystemen des Kampfes während dreier Generationen politischer Militanter von den 1950er bis zu den 1980er Jahren.

CUNINGHAME (PC): Wie kann die Geschichte der italienischen sozialen Bewegungen der 1970er Jahre analysiert werden?

BOLOGNA: Indem wir dieselbe Methodologie verwenden, die wir auch benutzt haben, um die historischen Phänomene der europäischen Parteien und Bewegungen der 1920er und 1930er Jahre zu untersuchen. Wir haben stets versucht, klar zwischen der Geschichte des Verhaltens der politischen Eliten (egal ob ideologisch oder organisatorisch) und dem der spontanen Bewegungen, also dem, was reale Klassenzusammensetzung der Massen oder einer Gruppe war, zu unterscheiden. Wir haben versucht, die Beziehungen zwischen beiden Dingen zu verstehen, immer im Bewußtsein, daß es zwei verschiedene Ebenen sind. Wir sollten die selbe Methode auf unsere eigene Geschichte anwenden. Wir sollten versuchen zu verstehen, bis zu welchem Grad wir, als Intellektuelle und Militante, eine politische Elite repräsentierten; eine Schicht, deren Geschichte wesentlich mit der der Bewegungen verbunden, aber nicht die der Bewegungen ist.

Manchmal interpretieren wir und manchmal antizipieren wir. Manchmal haben wir eine größere Fähigkeit, auf neue Perspektiven hinzuweisen oder der Bewegung eine Identität zu geben. Aber die meiste Zeit waren wir diejenigen, die einen Input erhalten haben. Am Anfang gab es eine Fähigkeit, eine Graswurzel-Kreativität, und deswegen eine Fähigkeit zur Selbstorganisation, ein Bewußtsein, und über allem ein Wissen, ein politisches Know-How, das die Systeme des Kampfes und die Organisationsmöglichkeiten in Gang brachte. Ich denke, die grundlegende Methode ist die, immer diese zwei Pole auseinander zu halten. Die reale Geschichte ist ein wenig die des wiederholten (Zusammen-)Treffens und der Trennungen dieser Pole.

PC: Der zwischen der Elite und den Massen?

BOLOGNA: Nein nein, nicht der Massen, das ist sehr wichtig. Zum Beispiel waren die ersten autonomen, unabhängigen selbstorganisierten »wilden« Streiks, vielleicht in einer einzelnen Abteilung bei FIAT, Pirelli oder Innocenti¹² oder in einer der großen Fabriken der frühen 1960er Jahre keine der Massen. Sie waren eher das Ergebnis einer hochkultivierten politischen Geschichte, von Arbeiterkadern und Militanten, die über das Erbe einer bestimmten politischen Kultur der Arbeitergruppen hinausgegangen waren. Und deshalb konnten sie erfolgreich Systeme des Kampfes, wenn sie auch sehr partiell, sehr lokal waren, entwickeln. Wenn wir uns mit der Massenbewegung in Kontakt setzen, eröffnen wir deshalb in Wirklichkeit eine Beziehung mit Organismen, die politisch reif sind. Das änderte die Sichtweise grundlegend, die die politische Elite als aktives und die Massenbewegung als ein passives Subjekt ansieht. Die politische

12 Der italienische Ableger von British Leyland.

Elite, eine mit Wissen ausgestattete Schicht, und die Massenbewegung, eine Schicht, die nur (ihre) Wünsche, Verlangen, Spannungen usw. hat. In Wirklichkeit ist die Beziehung dialektisch: Es gibt die Massenbewegung, die schon mit großem Wissen ausgestattet ist, die schon über ein ziemlich fortgeschrittenes System politischen Wissens, politischen Know-Hows verfügt, die in der Lage ist, Kampfformen zu entwickeln, die offensichtlich mit den Gewerkschaften, mit der Partei brechen – und die uns den Beginn dieses Austauschs zwischen Intelligenz und Militanten anbieten kann.

Das grundlegende Konzept dieser Forschungsmethode ist die These »Spontanität existiert nicht«. Was wir »Spontanität« nennen, ist in Wirklichkeit die Bildung von Mikrosystemen des Kampfes, die politisch bereits sehr reif sind, da sie von einer Generation von Militanten bestimmt wurden, die aus der *resistenza* kamen. Oder sie waren Arbeitermilitante, die Gewerkschaftsaktivisten gewesen waren, die allmählich mit den Gewerkschaften gebrochen und ihre eigene Autonomie entwickelt hatten. Aber sie sind lebendige Menschen, sie sind eine Generation, und deshalb, vielleicht, auch eine Art politischer Elite. Die ersten *comitati di base* (CDB, Basisausschüsse) bei Pirelli wurden von ehemaligen gewerkschaftlichen Vertrauensmännern der *CGIL*¹³ und ehemaligen lokalen Führern der *PCI* gebildet. Danilo Montaldi, der berühmte italienische Soziologe und Begründer der »oral history« in Italien, veröffentlichte dieses wunderbare Buch *Militanti Politici di Base*¹⁴, in dem er die Geschichte dieser Schicht beschreibt, dieser Generation revolutionärer Militanter, die beinahe alle Arbeiter oder mit ländlichen (Arbeits-) Kämpfen verbunden waren. Sie hatten eine solch tiefgründige politische Kultur, solch eine weitreichende Fähigkeit sich zu organisieren, Kampfformen zu entwickeln, die, so Montaldi – und das ist, wo er Recht hat – der wirkliche Antrieb zu den Kämpfen sind, die vor und während den *Quaderni Rossi*¹⁵ stattfanden. Die *Quaderni Rossi* waren der Versuch, diese Dinge zu verstehen und sie zu theoretisieren. Es war vor allem Alquati, der die These vertrat, es gebe an der Basis dieser Bewegung ein anspruchsvolles System politischen Bewusstseins. Vom bisher Gesagten ausgehend, können wir auch die *autonomia* analysieren. Wir müssen Toni Negris oder Oreste Scalzons Gruppe oder die römische *autonomia* (das heißt, alle die Teile der Bewegung, die als *Autonomia Organizzata* bekannt sind) als die politische Elite ansehen, die sich mit einer realen Bewegung kreuzte. Deshalb sollten wir beim schwierigen Unterfangen des Schreibens der Geschichte dieser realen Bewegung die Elite klar von der realen Bewegung unterscheiden, auch weil dasselbe Problem mit der Bewegung der 1950er und 1960er Jahre auftritt, in der es dieses Netzwerk an Basismilitanten gab. Fast alle waren Proletarier/innen, keiner und keine war ein/e Intellektuelle/r, sie waren alle Teil von Fabrik- oder kleinbäuerlichen Kämpfen. Wir müssen untersuchen, welche Zusammensetzung (sozial, intellektuell, politisch) die 1977er Bewegung¹⁶ hatte, das ist nicht sehr einfach, da sie offensichtlich eine Synthese und die gleichzeitige Transzendenz dreier Generationen von Bewegungen war.

Die erste Generation dieser Bewegungen war die schon vorher erwähnte, von den 1950ern bis zur Mitte der 1960er Jahre. Diese

13 Die größte der drei italienischen Gewerkschaftszusammenschlüsse, sie stand der PCI und der PSI nahe. Die CISL war mit den Christdemokraten (DC) verbunden, während die UIL, die gelbe Gewerkschaft, mit den republikanischen und den liberalen Parteien verbündet war, und wegen der tangentopoli-Korruptionsskandale der frühen 1990er untergegangen ist.

14 übersetzt ungefähr »Politische Basismilitante« (AdÜ).

15 Ein marxistisches soziologisches Journal der frühen 1960er Jahre, das von Panzieri und Alquati gegründet wurde und sich vornahm, mit Hilfe der Marxschen Arbeiteruntersuchung die Klassenzusammensetzung der neuen Welle an Fabrikmillitantz zu untersuchen, die auf die Revolte der Piazza Statuo in Turin 1962 folgte. Viele derjenigen führenden Intellektuellen, die an der auch von der PCI vertretenen Arbeiterzentralität festhielten, aber auch dem orthodoxen Marxismus und der Historischen Linken kritisch gegenüberstanden, wurden in seine Herausgabe verwickelt. (Von Alquati liegt vor: Klassenanalyse als Klassenkampf. Arbeiteruntersuchungen bei FIAT und Olivetti, Frankfurt 1974. Die Revolte auf der Turiner Piazza Statuo im Juli 1962 ist die erste große Arbeiterrevolte im postfaschistischen Italien. Erstmals tritt dort ein (neuer) Typ von Arbeitern auf, mit dem niemand rechnete (AdÜ).

16 Eine Bewegung hauptsächlich aus Student/innen und jugendlichen Arbeitslosen, die große Auswirkungen

gen auf die italienische Politik, Gesellschaft und Kultur während des ganzen Jahres 1977 hatte, bevor sie vom Regime des Historischen Kompromisses unterdrückt wurde. Sie repräsentiert die intensivste Periode an Aktivitäten der *Autonomia* als einer sozialen Bewegung.

17 *Classe Operaia* war das politisch radikalere Resultat einer (Ab-)Spaltung der *Quaderni Rossi* 1962, die vor allen von Tronti, Alquati und Negri und denjenigen, die eine mehr eingreifende (»interventionistische«) Rolle der Zeitschrift in den Fabrikkämpfen favorisierten. Aus dieser Gruppe entstand in den späten 1960er Jahren die operaistische Organisation *Potero Operaio*. Der Grund der Trennung war, daß Panzieri, wie auch die Gewerkschaften und die institutionalisierte Linke, den Aufruhr auf der *Piazza Statuto* in Turin im Juli 1962 als Werk von »Faschisten« und »Provokateuren« denunziert hatten.

18 Das Konzept des »Massenarbeiters« wurde von Operaisten entwickelt und beschreibt die neue Klassenzusammensetzung in den Fabriken des italienischen Nordens ab der Mitte der 1950er Jahre, in denen hauptsächlich junge, frisch »eingewanderte«, un- und halbausgebildete Fließbandarbeiter aus Südtalien arbeiteten, die sich nicht mit den Gewerkschaften oder der PCI identifizierten und die das Rückgrat der autonomen Arbeitskämpfe des »Heißen Herbstes« 1969 werden sollten. Sie unterschieden sich von der vorhergehenden Generation ausgebildeter *operaio artigiani* (»Handwerker-Arbeiter«), die aus Norditalien

Generation wurde durch den Typus der autonomen Arbeiterkämpfe geprägt, der von den *Quaderni Rossi* und *Classe Operaia*¹⁷ (Arbeiterklasse) untersucht wurde. Ab 1966/67 zeigte sich eine zweite Generation, die der »1968er«. Sie kam nicht, wie noch die erste, aus einer kommunistischen Tradition oder Geschichte. 1967/68 entstand die Generation der Neuen Linken, sie bestand aus Militanten, die die Sprache des Antagonismus, der Revolution teilweise von uns gelernt hatten. Unsere Rolle war während der ersten Phase nicht wichtig gewesen, als wir den Typus der Arbeiterkämpfe, der Mitte der 1950er bis Mitte der 1960er Jahre stattfand, untersuchten. Wir wurden erst wichtig in den Bewegungen von 1968, die nicht von Arbeiter/innen, sondern von Student/innen getragen wurden. Da spielte die politische Elite eine vorantreibende (»avantgardistische«) Rolle.

Die Synthese all dieser Dinge geschah 1969, als die operaistische politische Elite eine Strategie in die 1968er Bewegung einbrachte, die erfolgreich sein sollte, während andere anti-autoritäre Eliten marginalisiert wurden. Es war 1969, als sich die gesamte Bewegung vor den Toren von FIAT befand, als wir wirklich gewonnen hatten. Der Sieg der operaistischen Tendenz zwang die gesamte Studentebewegung dazu, sich mit den Arbeiterkämpfen zu beschäftigen. Der Operaismus war viel weiter entwickelt, intellektuell stärker und er hatte ein größeres politisches Know-How, weil er von den Arbeiterkämpfen wußte und die anderen Strömungen nicht. Er führte einen erfolgreichen Dialog mit den kämpfenden Arbeiter/innen und der Geschichte der Arbeiterkämpfe, während die anderen dies nicht taten. Zu diesem Zeitpunkt trat zur Arbeiterbewegung, die von den alten politischen Militanten mobilisiert worden war, eine zweite Generation von Arbeitern hinzu. So wurden verschiedene politische Generationen von Arbeitern in den Fabriken geformt.

PC: Waren sie die sog. »Massenarbeiter«¹⁸?

SERGIO BOLOGNA: Sie waren die Massenarbeiter von 1968 bis 1973 oder womöglich gar bis 1980. Sie sind auch diejenigen, die bis heute Widerstand leisten, weil die Geschichte dieser wirklichen Arbeiterautonomie, der *comitati di base*, der Arbeiter von 1968, existiert bis heute, zum Beispiel bei Alfa Romeo in Mailand. Die Führer des heutigen CDB von Alfa Romeo gibt es schon seit 1969/70. Sie verfügen über eine Geschichte von Kämpfen von 20 oder 25 Jahren, sie wurden fünf oder sechs Mal entlassen und wieder eingestellt. Sie sind eine politische Klasse – von Arbeitern, nicht von Intellektuellen. Sie sind tatsächlich politische Führer.

PC: Was ist der Unterschied zwischen der Intelligenz und Arbeiter(inne)n, die sich selbst geschult haben?

SERGIO BOLOGNA: Wir sprechen gerade immer noch über einen Zeitraum, in dem der gemeinsame Nenner die Beziehung zwischen der Arbeiterbewegung und der Bewegung der Arbeiterautonomie war. Was nach dem Zyklus der großen Arbeiterkämpfe von 1969 bis 1973 geschah, war sehr interessant. »1968« hatte in Italien eine mentale Revolution in verschiedenen Schichten begonnen, auf dem Gebiet

verschiedener professioneller Aufgaben und Berufe. Durch die Kämpfe in den Krankenhäusern gab es einen vollständigen Umschwung in der Medizin usw. – teilweise auch bei Künstler/innen und Intellektuellen. Zu diesem Zeitpunkt wurde ein großer Teil der Bourgeoisie, oder um es besser zu sagen, der liberalen Berufe wie Richter und Anwälte in die Bewegung miteinbezogen, sie wurden zum Beispiel »demokratische Richter«.

Auf diese Weise breitete sich die Intelligenz aus und wurde eine weitgestreute »diffuse Intelligenz«, die gegenüber der Arbeiterklasse nicht als eine politische, leninistische Intelligenz handelte – dies ist sehr wichtig zu verstehen. Statt dessen handelte sie als neue Intelligenz innerhalb der Berufe. Ein Arzt konnte eine Versammlung, ein Basiskomitee von Ärzt/innen ansetzen und eine alternative Medizin schaffen, Kämpfe gegen die pharmazeutischen Fabriken und die Pharma-Medizin, gegen die hierarchische Beziehung zwischen Arzt und Patient beginnen. So begann dieser lange Marsch innerhalb der medizinischen Institutionen, der, nach meiner Auffassung, einer der interessantesten Aspekte der italienischen Revolution war und von Basaglia¹⁹, Maccacaro und Terziamboli zustande gebracht wurde. Dasselbe geschah unter den Richter/innen, unter Anwält/innen, eher weniger unter Künstler/innen und sehr wenig unter den Schriftsteller/innen, von ein paar Ausnahmen wie Balestrini²⁰ abgesehen. Dies war von größter Bedeutung!

Die Publikation, die dieses Phänomen der Intellektuellen aller Disziplinen, die ihr technisches Wissen nutzten, um die Grundeinstellung der kapitalistischen Wissenschaften und Technologie zu verändern, am besten repräsentierte, war die Zeitschrift *Sapere* (Wissen), herausgegeben von Maccacaro. Ich war der einzige Vertreter des klassischen Operaismus, der an diesem Magazin teilnahm. Jedoch konnten wir die inhaltliche Linie der Zeitschrift erfolgreich beeinflussen, da wir unsere eigene besondere Vision in Fragen der Technologie, der Wissenschaft hatten, die sehr viel klarer, sehr viel systematischer war. *Sapere* war die erste Zeitschrift, die eine Debatte auf wissenschaftlicher Basis über Ökologie und Umweltschutz eröffnete, die völlig verschieden von der der Ökolog/innen der 1980er Jahre war, weil unsere grundlegende These war, daß »Ökologie« vor allem mit der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft beginnt. Aus diesem Grund begannen wir mit dem Thema »Gifte in der Fabrik und am Arbeitsplatz«.

Einer der Protagonisten dieser Debatte innerhalb der Zeitschrift und der italienischen Bewegung war Luigi Marra, ein Techniker bei Montedison²¹ in Castellanza, der ein Kader war – und die außergewöhnlichste Persönlichkeit in der realen Autonomie im Italien der letzten 20 Jahre. Er ist ein Labortechniker, der bei einer Explosion am Arbeitsplatz beide Unterarme verlor und seitdem sein ganzes Leben dem Kampf gegen Gift und andere Gefahren innerhalb der Fabrik gewidmet hat. Er hat ein riesiges Wissen über diese Themen angesammelt, wobei ihm viele Wissenschaftler, Physiker, Biologen und Ärzte geholfen haben.

1976 explodierte die Fabrik ICMESA in Seveso und versuchte ein weites Gebiet mit großen Mengen von Dioxin. Es war das erste Mal, daß die öffentliche Meinung sich der Möglichkeit einer Um-

kamen und die Hauptstütze der Gewerkschaften und der PCI bildeten. Eine Weiterentwicklung des Konzepts des Massenarbeiters unternahm Toni Negri in den 1970er Jahren. Der *operaio sociale* (gesellschaftliche Arbeiter) war der Versuch, das »neue soziale Subjekt« der Post-1968-Sozialbewegung theoretisch zu umschreiben: Dieses war Student/in, Arbeiter/in; arbeitslos (und Feministin) – und das alles oft gleichzeitig. Der *operaio sociale* bleibt aber eine umstrittenere und weniger theoretisch ausgearbeitete soziale Figur als der Massenarbeiter.

19 Franco Basaglia ist einer der Gründer der italienischen Antipsychiatriebewegung und einer der treibenden Kräfte hinter dem Gesetz Nr. 180, das die Wegschließung von psychisch Kranken in Anstalten beendete und sie in kommunale Fürsorge freigab. Tragischerweise wurde diese Maßnahme zynisch weltweit kopiert und von den neoliberalen Regierungen der 1980er und 1990er Jahre als Instrument zur Kosteneinsparung mißbraucht. In Italien führte die Unterversorgung mit sozialen Dienstleistungen auf kommunaler Ebene zu weiterer Marginalisierung der psychisch Kranken.

20 Nanni Balestrini, Dichter, Schriftsteller und Historiker der Bewegungen der 1970er Jahre. Seine wichtigsten Werke sind *Vogliamo Tutto* (Wir wollen alles!), ein Bericht über den Heißen Herbst in Turin aus der Sicht eines süditalienischen Arbeiters bei FIAT (Wir wollen alles. Roman der FIAT-Kämpfe, München 1972); *Gli Invisibili* (1987), die Ge-

schichte einer Gruppe autonomi aus der Region Mailand in der Zeit der 1977er Bewegung (Die Unsichtbaren, München 1988, 2. Auflage Berlin 2001) sowie *L'Orda d'Oro* (1988) eine zusammen mit Primo Moroni verfaßte Geschichte der Bewegungen von 1968 bis 1978 (Die goldene Horde, Berlin 1994); vgl. auch den Roman *Der Verleger*, Hamburg 1992 über den linken Verleger Feltrinelli.

21 Montedison ist die größte private chemische Firma in Italien. Sie war tief in das Netz der Korruption verstrickt, in das der größte Teil der politischen und ökonomischen Klasse Italiens verwickelt war.

22 Eine operaistische Zeitschrift, die eine unabhängige Linie gegenüber den Entwicklungen in den sozialen Bewegungen und den Klassenkämpfen der 1970er Jahre einnahm, als die Projekte, die mit der *Autonomia organizzata* verbunden waren, wie *Rosso* (Rot) oder *Senza Tregua*.

weltkatastrophe bewußt wurde. Keiner der von den Vereinten Nationen oder der Weltgesundheitsorganisation gesandten Wissenschaftler erkannte, daß Dioxin das Problem war. Die Arbeiter waren diejenigen, die Dioxin als das Problem entdeckten, besonders diejenigen, die von Luigi Marra organisiert worden waren. Sie kannten den chemischen Prozeß und die möglichen Unfälle, die daraus resultieren konnten und befragten die Arbeiter von ICMESA, die nicht reden wollten, die Angst hatten. Sie rekonstruierten, zusammen mit den Arbeitern von ICMESA, den gesamten Produktionszyklus, indem sie alles berichteten, was passiert war. Am Ende bekamen sie heraus, daß die einzige Substanz, die bei dem Unfall entstanden sein konnte, Dioxin war. Das war ein Beispiel für ihre sehr großen technischen und wissenschaftlichen Fähigkeiten. Das war unser ökologischer Kampf, er war nicht so wie dieser Mist von den Grünen!

Und so kommen wir jetzt zu den Jahren 1976-77. Die 1977er Bewegung war etwas ganz anderes. Sie war eine neue und interessante Bewegung, da sie erstens nicht wirklich Wurzeln in vorhergehenden Bewegungen hatte, oder falls sie sie hatte, auf eine vielschichtige Art und Weise. Sie hatten eindeutig eine andere soziale Basis, die sich von der der Bewegungen von 1968 und 1973 unterschied. Ihre soziale Zusammensetzung basierte auf einer Jugend, die mit den politischen Eliten, inklusive den Eliten von 1968, also auch mit den Gruppen wie *Lotta Continua* und selbst der *Autonomia Organizzata* gebrochen hatte oder sie zurückwies. Sie hatte nicht nur mit der traditionellen kommunistischen Bewegung gebrochen, sondern auch mit 1968 und seinen Folgen. Sie brach völlig mit der Vision des Kommunismus, während letztlich auch der Operaismus von sich dachte, er sei der Vertreter des »wahren Kommunismus«. Die 77er Bewegung wollte absolut nicht der »echte Kommunismus« sein.

PC: Hatte sie noch eine Absicht, »die Macht zu übernehmen«?

SERGIO BOLOGNA: Nein, absolut nicht. Sie hatten keine Absicht, die Macht zu übernehmen. In diesem Sinne war sie die am meisten antileninistische Bewegung, die möglich war. Sie hatte jedoch ein sehr starkes kollektives Wissen. Sie hatte eine Menge Zeitschriften wie *Il Sapere* gelesen und sie war eine Generation, in der technisch-wissenschaftliches Denken und Computer eine wichtige Rolle spielten. Die technisch-wissenschaftliche Elite spielte in der 77er Bewegung eine größere Rolle als die politische.

Welche Beziehung hatte nun die *Autonomia*, speziell die Gruppe um Negri oder selbst *Primo Maggio*²² zu dieser Bewegung, verglichen mit all den anderen marxistisch-leninistischen, maoistischen politischen Eliten oder Gruppen wie *Lotta Continua*? Warum waren wir die einzigen, die mit der 77er Bewegung in Dialog treten konnten? Vielleicht weil wir darin erfolgreich waren zu verstehen, was die tiefere Natur dieser Bewegung war? Wir waren deshalb erfolgreich, weil wir es verstanden, daß diese Bewegung alle Regeln gebrochen hatte und weil wir selbst nie besonders an Regeln geangen hatten, konnten wir die Bewegung besser interpretieren, sie verstehen und sie besser akzeptieren als andere.

PC: Hat der Postmodernismus für die Analyse der *Autonomia* eine Bedeutung?

SERGIO BOLOGNA: Sicherlich hatte die 77er Bewegung und mehrere der mit der *Autonomia* verbundenen Intellektuellen besonders Foucault mit großer Leidenschaft gelesen. Sie identifizierten sich manchmal mehr mit Foucault als mit Marx oder Lenin.

Schließlich ist der grundlegend zu klärende Punkt oder die zu stellende Frage: Was war die *Autonomia*? Was verstehen wir darunter? Kann sie definiert werden? Es besteht immer die Gefahr, die *Autonomia* als politische Elite, als eine neue Art des politischen Denkens oder als die Beschreibung einer Massenbewegung oder etwas anderes zu verstehen. Sie sehen, das ist nicht leicht. Wo können wir anfangen? Zuerst muß genau beschrieben, müssen die Unterschiede, besonders die zwischen den verschiedenen Ebenen artikuliert werden. Als ein Ergebnis haben wir manchmal die *autonomia* als alle drei der genannten Beschreibungen verstanden. Deshalb müssen wir voraussetzen, daß dieses Wort »Autonomie« gleichzeitig sehr komplex und höchst vieldeutig ist. Es ist wichtig, aus dieser Mehrdeutigkeit nicht etwa noch größere Widersprüchlichkeiten herauszulesen. Man sollte im Gedächtnis behalten, daß das Denken der *Autonomia Organizzata* und im besonderen das von Toni Negri in der Tat ein Denksystem ist, das in einem gewissen Sinne Mehrdeutigkeit theoretisch bearbeitet: genau die zwischen politischen Eliten, Ideologie und Bewegung. Dies ist der Versuch, den Leninismus abzulehnen, und im wesentlichen zu sagen, daß die heutigen politischen Formen dynamische politische Formen sind, die sich öffnen und schließen, die nicht statisch sind.

Aus: *Left History*, Ausgabe 7. 2. (Herbst 2000) (www.yorku.ca/lefthist), übersetzt, gekürzt und vor allem in der Einleitung bearbeitet und um einige Fußnoten ergänzt von Bernd Hüttner, Archiv der sozialen Bewegungen und Rosa Luxemburg Initiative Bremen. Wir danken den Kolleginnen und Kollegen von *Left History* und Patrick Cuninghame für die freundliche Erlaubnis zur Übersetzung.

THOMAS KACHEL, JULIA SCHARF

Soziale Sicherheit für Europa!

Memorandum zur Wahlkampfstrategie der PDS für die Europawahlen
Der AK EU der StipendiatInnenenschaft der RLS ist eine Arbeitsgemeinschaft, die sich zum Ziel gesetzt hat, ein Forum für die Diskussion linker Europapolitik zu sein und insbesondere die Europapolitik der PDS kritisch und solidarisch zu begleiten.

Das strategische Umfeld der EP-Wahlen 2004

Das hervorstechendste makropolitische Merkmal der derzeitigen Entwicklung in Europa ist unserer Meinung nach eine durchgreifende Kommerzialisierung/Neoliberalisierung der Gesellschaften in allen EU-Ländern (in unterschiedlicher Intensität), die, auch auf der Ebene der EU, von konkreten Akteuren der Politik und der Wirtschaft vorangetrieben wird und sich in europaweit forciertem Sozialabbau niederschlägt. So wird auch die EU selbst weiter umgestaltet: An die Stelle von staatlichen Regulierungsmechanismen (besonders Tarife und Gewinnsteuern, Grundversorgung), die der nunmehr offene europäische Kapital- und Arbeitskräftemarkt aushebelt, werden bewusst keine europäischen Pendanten gesetzt. Von der ursprünglich vorgesehenen Ergänzung der Wirtschafts- und Währungsunion durch eine Sozialunion wird nicht mehr geredet. Dies wird begleitet durch eine schleichende Militarisierung der außenpolitischen Rolle der EU, die die außenpolitische Konzeption des »soft power Europe« zunehmend verdrängt. Die umfassenden Krisenerscheinungen in Deutschland seit 2001 können durchaus im Kontext dieser gesamteuropäischen Politik gesehen werden.

Auch durch ihre Stellung in der deutschen Parteientektonik kommt der PDS die Aufgabe zu, den Wählern eine neue Perspektive anzubieten, die sich neoliberalen Lösungsansätzen klar erkennbar entgegenstellt. Nur durch den Wahlerfolg eines solchen eigenständigen Konzepts, das heißt von einer Position der Stärke aus, kann die europäische Linke ernsthaft kalkulieren, die Sozialdemokratie wieder zu einer sozialstaatlichen und redistributiven Strategie zu zwingen, und erst eine solche würde ein solides Fundament abgeben für eine neuartige Zusammenarbeit zwischen linken und sozialdemokratischen Parteien in Europa, die dann auch übernationale Synergieeffekte erzeugen kann.

Die PDS im strategischen Umfeld der Wahlen 2004

Nach ihrer Niederlage im September 2001 muss es der PDS bei den Europa-Wahlen 2004 gelingen, genügend Wählern wieder das Ge-

Thomas Kachel – Jg. 1970, Lehre bei der Deutschen Reichsbahn, Abi (zweiter Bildungsweg), Studium (Lehramt) Deutsch und Englisch Universität Leipzig, 1998/99 Aufbaustudium M Phil. Europäische Studien, Universität Cambridge (GB), seit April 2002: Promotionsstudent RLS, promoviert in Kulturstudien der Anglistik (Uni Leipzig) zu konkurrierenden regionalen und nationalen Diskursen in GB und Deutschland, seit Oktober 2002 Forschungsaufenthalt in Cambridge

fühl zu geben, dass die Wahl der PDS eine klare Zwecksetzung erfüllt, was im Moment bei zu wenigen potentiellen Wählern der Fall ist. Nur so kann die Partei entweder die Fünf-Prozent-Hürde überspringen oder zumindest einen sichtbaren Wählerrückgewinn erreichen, der die Partei auf mindestens 4,5 Prozent der deutschen Wählerstimmen bringen kann. Dafür bestehen nicht die schlechtesten Voraussetzungen: Die PDS kann versuchen, das seit 2001 in der Bevölkerung gärende Krisenbewusstsein, welches bisher ausschließlich von der rechtsliberalen Seite ausgenutzt wird, von links zu besetzen. Dieses Krisenbewusstsein speist sich einerseits aus der tiefen Verunsicherung über die persönliche soziale Zukunft vor dem Hintergrund der (europaweit) kollabierenden Staatsfinanzen, zum anderen aus der Zuspitzung der internationalen Lage durch den praktizierten Interventionismus der USA. Die PDS muss hier zwei Aufgaben meistern:

- die Kritik an der neoliberalen Strategie eindeutig machen und auf die europäische Ebene heben,
- ihre prinzipielle Opposition zur Militarisierung der EU deutlich machen.

Da die PDS heute im Medienalltag mehr und mehr marginalisiert wird, sollte sich der Wahlkampf auf diese beiden Schwerpunkte mit hohem Wiedererkennungswert konzentrieren. Das erfordert auch das In-Kauf-Nehmen von Verkürzungen (nicht von platten Verallgemeinerungen!) und das Sich-nicht-Scheuen vor Polemisierung. Der Mangel an persönlichem Charisma, an dem die PDS-Spitze zur Zeit leidet, muss im Wahlkampf durch die Prägnanz und die Griffigkeit der transportierten Botschaften und auch mit treffenden Argumentationen ausgeglichen werden.

Die PDS hat innerhalb des politischen Geschehens im Machtzentrum EU einen Randplatz inne. Aufgrund der momentanen strategischen Schwäche der Linken kann sie auch in den nächsten fünf Jahren nicht erwarten (und dementsprechend nicht versprechen), reale Veränderungen im und durch den politischen Prozess der EU-Institutionen selbst zu erreichen. Vielmehr sollte die Wahl mutig dazu genutzt werden, den Wählern grundsätzliche Alternativen der europäischen Entwicklung anzubieten (s. 3. und 4.). Das heißt auch, dass man sich nicht thematisch, und erst recht nicht vom sprachlichen Gestus her, auf die Ebene des »EU-Kauderwelsch« oder »Brusselese« begeben darf: Die Plakate und Slogans der PDS müssen die Menschen am Berliner Ostkreuz und in Hamburg-Altona erreichen, auch die in Nordvorpommern und der Oberpfalz – nicht die Parlamentskollegen in Straßburg.

Schwerpunkt I: Europäische Sozial- und Wirtschaftspolitik

Die PDS muss im Wahlkampf unverwechselbar und eindeutig zeigen: »Ums Soziale gehts«. Die EU-Thematik eignet sich dafür insofern, als auf dieser Ebene die konkreten Konsequenzen der neoliberalisierten wirtschaftspolitischen Rahmensetzungen in der EU, aber auch die konkrete Veränderbarkeit dieser Rahmensetzungen, deutlich gemacht werden kann:

- »SOZIALE Sicherheit für Europa«: Grundzüge der Wirtschaftspolitik der EU müssen mit der gebotenen Klarheit angegriffen wer-

Julia Scharf – Jg. 1979,
Studentin in der
Fachrichtung Russistik/
Bibliotheks- und Dokumen-
tationswissenschaften
Humboldt-Universität
zu Berlin.

den: insbesondere die monetaristischen Bestimmungen des Stabilitätspaktes sollten mit der Krisensituation in Deutschland in Zusammenhang gebracht werden. Die Festschreibung der Freiheit des Kapitaltransfers im Vertragswerk des Binnenmarktes muss deutlich kritisiert werden: Eine Kapitalexpportsteuer muss gefordert werden, die nur bei Direktinvestitionen in EU-Sozialdurchschnittsstandards erfüllenden Zielländern ausgesetzt wird, um Kapitalflucht in Billiglohnländer zu verhindern. Eine Vermögensabgabe bzw. Profitsteuer muss gefordert werden, um die Arbeitgeber daran zu hindern, sich über den Umweg der »Senkung der Lohnkosten« aus der paritätischen Sozialvorsorge herauszuwinden.

- »Keine amerikanischen Verhältnisse in Europa«: Das »Wirken« von Mario Monti als Wettbewerbskommissar der Kommission kann – vielleicht anhand der faktischen Aushebelung der Arbeitszeitdirektive oder anhand der Unterstützung bei der Schaffung von 325-Euro-Job-Ökonomieregionen – als konkretes Beispiel für die Durchsetzung einer Politik der sozialen Kälte herangezogen werden, die doch immer als das blinde und beinahe gesetzmäßige »Wirken der Marktkräfte« dargestellt wird, für die niemand verantwortlich sei.

- »Garantiertes Recht auf lebenslanges Lernen«: Die Welthandelsorganisation und die Europäische Kommission sind sich über den Warencharakter von Bildungs- und Kulturgütern weitgehend einig. Der jetzige Verfassungsentwurf sieht den weiteren Abbau von Handelsbarrieren in diesen Bereichen vor. Hier kann die PDS zeigen, wie der EU-unterstützte Abbau eines weiteren Stücks staatlicher Steuerungsfähigkeit zugunsten von Markt und Wettbewerb dazu führt, dass der »freie« Zugang zu (Aus-)Bildung nur noch für Beserverdienende existiert. Sie sollte fordern, dass die Wirtschaft, die von ausgebildeten Fachkräften und Forschung lebt, europaweit einheitlich zur Finanzierung der Bildungssysteme herangezogen wird.

- »Dem Osten in Brüssel eine Stimme«: Die PDS sollte fordern, dass Ostdeutschland, angesichts des wieder klareren Zurückbleibens gegenüber anderen Regionen in Deutschland, wieder als distinkte Region im Sinne einer Mitgliedschaft im »Komitee der Regionen« anerkannt wird und einen zentralen Förderungs-Stellenwert erhält.

- »Ein Europa der Menschen«: Ein Europa »von unten« sollte als ein positives Gegengewicht dargestellt werden – das Europäische Sozialforum in Florenz könnte als hoffnungsmachendes positives Zeichen für den Erfolg der Organisation von Widerstand vermittelt werden, das auch kulturell und vom Lebensgefühl her ein solidarisches Miteinander schafft und für jüngere Linkswähler attraktiv erscheint. Die PDS sollte werben für eine solidarische Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, Bürgervereinigungen und anderen zivilgesellschaftlichen Kräften in den osteuropäischen Beitrittsländern, um gemeinsam »von unten« einem gegeneinander gerichteten Standortwettbewerb entgegenzuwirken.

Schwerpunkt II: Europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Das Profil der PDS als prinzipielle Friedenspartei sollte im Wahlkampf voll zur Geltung gebracht werden. Durch das Ausscheren Großbritanniens und Spaniens in der Irakfrage hat sich zum wieder-

holten Male gezeigt, dass das Szenario, alle europäischen Staaten zu einer »Friedenslinie« verpflichten zu können, illusorisch ist, selbst wenn die Mehrheit aller EU-Regierungen tatsächlich einmal zu einer solchen Position gelangt (bzw. gebracht wird). Die unzweifelhaft Hoffnung machende Friedensdynamik, die sich in der Ablehnung der Irakintervention durch viele europäische Regierungen zeigt, kann nur durch verstärkten Druck in Richtung der »soft-power«-Konzeption der EU unterstützt werden.

- »Bleib bloß friedlich, Europa!«: Die derzeitige außenpolitische Situation sollte die PDS nutzen um klar zu machen, dass die Friedensposition im Irakkonflikt die richtige Position ist, die zukünftig auch gegen die Eigeninteressen der deutschen und französischen Außenpolitik verteidigt werden muss. Hier müssen insbesondere die Ergebnisse des Brüsseltreffens mit dem Vorschlag einer deutsch-französisch-belgischen luftgestützten Eingreiftruppe verurteilt werden.

- »Gerhard und Jaques: Kofi statt George!«: Die PDS sollte fordern, dass auch die EU in ihrer außenpolitischen Grundausrichtung die UNO-Charta zu achten hat. Die Petersberg-Aufgaben, die »friedensschaffende« Kampfeinsätze ohne UNO-Sanktionierung ausdrücklich einschließen, und die jetzt in die zu verabschiedende Verfassung eingearbeitet werden sollen, müssen nachdrücklich abgelehnt werden.

Die PDS kann und muss im April 2004 dem Wähler, der Wählerin ein entschiedenes »Ja, Aber« zur Europäischen Union anbieten, wobei dieses »Aber« um keinen Preis in der allgemeinen Zustimmung der Bundestagsparteien untergehen darf. Wir halten deshalb zum Beispiel eine »Zustimmung unter schlimmen Bauchschmerzen« zum Entwurf der europäischen Verfassung für gefährlicher als eine offensive Begründung der Ablehnung und die Aufstellung der Bedingungen, unter denen eine sich als links bezeichnende Partei diesem Entwurf zustimmen könnte. Die PDS muss entschiedener als bisher klar machen, dass es ihr nicht um die (Zustimmung zur) EU als nur juristisches Konstrukt geht, sondern um ein bestimmtes dahinterstehendes gesellschaftliches Konzept für Europa. Das ist die Dimension, die bei den Europawahlen durch die PDS thematisiert werden kann.

SILKE VETH

»Fünf Stunden mehr für Liebe und Verkehr«

So einer der Slogans des Kampfes um die 35-Stunden-Woche in Westdeutschland Mitte der 80er Jahre. Die Zeiten haben sich geändert. Die gewerkschaftliche Strategie, mit einem großangelegten Streik 13 Jahre nach der Wende auch in der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie die 35-Stunden-Woche einzuführen, ist kläglich gescheitert. Nichtsdestoweniger geht die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Europas größte Gewerkschaft, mit ihrer neuen Arbeitszeitinitiative »Es ist Zeit« in die Offensive. Am 25. Juni fand im Berliner *pro-arte*-Hotel die Auftaktkonferenz »Wem gehört die Zeit?« statt.

Auf dem mit prominenten Rednerinnen wie der stellvertretenden Vorsitzenden Margret Mönig-Raane, der Marburger Politikprofessorin Ingrid Kurz-Scherf und Alexandra Wagner vom Forschungsteam Internationaler Arbeitsmarkt (FIA) besetzten Podium wurde am Vormittag mit rund 150 Vertreterinnen und Vertretern der ver.di-Fachbereiche, aus Betriebs- und Personalräten und Interessierten aus Politik und Wissenschaft um einen Weg zur Neubestimmung gewerkschaftlicher Zeitpolitik gestritten. Allen Beteiligten war klar, daß ein solches Vorhaben in einer »Rund-um-die-Uhr«-Gesellschaft unzeitgemäß und trotzdem unverzichtbar ist: In den Unternehmen besteht durch die in den letzten Jahren entstandenen unzähligen Arbeitszeitmodelle wie zum Beispiel Vertrauensarbeitszeiten, Zeitkontenmodelle etc. eine akute Herausforderung für die tarifpolitische Regulierung. Wird die Ebene der Koordinationsfähigkeit der betrieblichen Zeitanforderungen mit den individuellen Zeitbedürfnissen der Beschäftigten in den Blick genommen, spitzt sich die Situation immer mehr zu: Die Überstunden im Dienstleistungsbereich haben sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt, Arbeit und Freizeit verschwimmen für viele Hochqualifizierte – aber nicht nur für sie – zunehmend. Parallel dazu wird von Beschäftigten zaghaft, aber immer stärker das Bedürfnis nach einer ausgeglichenen »work-life-balance«, das heißt der geschlechtergerechten Vereinbarkeit von beruflichem und außerberuflichem Leben formuliert. Teilzeit war in Westdeutschland für Frauen auf der Basis des männlichen »Bread-Winner«-Modells und Familieneinkommens schon immer ein Weg, aus diesem Dilemma zu entkommen. Ostdeutsche Frauen mußten nach 1990 die schmerzvolle Erfahrung machen, daß trotz ihres starken Bestrebens nach einem sog. »Vollzeitarbeitsplatz« die Akzeptanz von Teilzeit oft die einzige Möglichkeit war, auf dem Arbeitsmarkt verbleiben zu können. Das alte/neue bundesweite Bild sieht immer mehr so aus: lange und länger arbeitende, gutverdienende Männer und beruflich marginalisierte Frauen mit kürzeren

Silke Veth, Jg. 1971,
Dipl. Soz., Referentin für
Geschlechterverhältnisse im
Bereich Politische Bildung
der Rosa-Luxemburg-Stiftung,
Arbeitssschwerpunkte:
(informelle) Arbeitsmärkte,
Interessensvertretungen
unter Transformations- und
Migrationsbedingungen
Kontakt: veth@rosalux;

Ziel der Initiative ist es, die bestehenden Aktivitäten in den ver.di-Branchen zu bündeln, abgestimmte tarifpolitische Forderungen zu entwickeln und die gewerkschaftliche, aber auch gesamtgesellschaftliche Diskussion darüber, wie wir über unsere Zeit bestimmen wollen, wieder zu beleben. In einer ersten Phase wurde daher eine Bestandsaufnahme der betrieblichen

Arbeitszeiten in prekären Verhältnissen, denen durch die starke Differenz der Arbeitszeiten »ganz natürlich« Haus- und Erziehungsarbeit obliegt. Ein weiterer Grund für ver.di, das Thema »Zeitpolitik« wieder aufzurufen, ist, daß es ein entscheidendes Werkzeug gegen Arbeitslosigkeit und die wachsende Spaltung unter den Erwerbsfähigen ist.

Der Weg bis zu dieser Auftaktkonferenz war lang und zäh. Es mangelt nicht an programmatischen Grundlagen, sondern an der praktischen Akzeptanz der Arbeitszeitpolitik – besonders der Arbeitszeitverkürzungspolitik – innerhalb der Mitgliedschaft. Der nächste Schritt der Initiative ist nun, nach einer Analysephase die Ergebnisse auf unterschiedlichen Ebenen – Betrieb, Ort, Landesbezirk, Branche, Bund etc. – sowie mit wissenschaftlichen und politischen Akteur/innen zu diskutieren. Durch Forschungsprojekte zur 35-Stunden-Woche, zur Frage der Beschäftigungssicherung durch Arbeitszeitverkürzung und zu den Themen Leistung und Zeit sowie zu den Erfahrungen mit Langzeitkonten und Lebensarbeitszeit sollen die Grundlagen für die zukünftige tarifpolitische Kampagne geschaffen werden.

Es geht dabei um mehr als um fünf Stunden weniger. Denn Zeitfragen sind immer Herrschaftsfragen. Der Kampf um die 35-Stunden-Woche in Westdeutschland zu Beginn der Ära Kohl war hochpolitisch und symbolisch, da nicht nur um materielle Verbesserungen, sondern zugleich auch um die Würde von Arbeit gestritten wurde. Leider sind derartige Gedanken immer weniger mit dem gesellschaftlichen Mainstream kompatibel. Die Angst um den Verlust des Arbeitsplatzes sowie die Identifikation mit der Erwerbsarbeit und damit auch die Akzeptanz und die Bereitschaft zur Anpassung an ungesunde und flexible Arbeitszeiten wächst. In politischen Konzepten wie der Agenda 2010 ist das Wort Arbeitszeitverkürzung nicht zu finden. Ingrid Kurz-Scherf plädierte deshalb dafür, gewerkschaftliche Strategien stärker auf Kampffähigkeit auszurichten. So programmatisch die Äußerungen der Gewerkschaftsspitze sowie der schon seit Jahrzehnten sich in arbeitszeitpolitischen Fragen engagierenden Wissenschaftlerinnen waren, so ernüchternd war das Ergebnis der Podiumsdiskussion mit Vertretern verschiedener ver.di-Fachbereiche. Sei es in den in letzter Zeit viel diskutierten und beforschten Callcentern, im Bereich der Pflege, der Postdienste, der Medien oder des Handels: Die dort bestehenden Arbeitsmodelle sind so verschieden, wie sie wild sind. In der Diskussion wurde sehr deutlich formuliert, daß eine derartige arbeitszeitpolitische Initiative die Frage nach Verteilungsgerechtigkeit neu aufwirft: zwischen Menschen mit Arbeitszeit 0 Stunden und 75 Stunden, zwischen den Geschlechtern und zwischen den Generationen.

Eben diese Diskussion wird auch entscheiden, inwiefern die Kampagne ein Erfolg werden kann. Von einem Aufbruch war an diesem Tag noch zu wenig zu spüren. Daran konnte der zum Abschluß der Tagung vorgeführte Kurztrailer zur Kampagne leider auch nichts ändern. Es scheint, daß die Kluft zwischen politischem und praktischem Handlungswillen und den Möglichkeiten hierfür bei den Verantwortlichen an der Gewerkschaftsspitze, aber vor allem bei denen, die an der Basis die Ideen vermitteln und umsetzen müssen, noch zu groß ist. Fast etwas zu appellativ hörte sich die Aufforderung des Schlußredners Frank Bsirske, Vorsitzender von ver.di, an. – Es bleibt, viel Erfolg für dieses Vorhaben zu wünschen.

Arbeitszeitwirklichkeit sowie zu den aktuellen Arbeitszeitstrategien von Unternehmen in Angriff genommen, sog. »arbeitszeitpolitische Gespräche« mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und eine Mitgliederbefragung initiiert.

Margret Mönig-Raane formulierte dies in ihrem Eingangsstatement mit Karl Marx: »Alle Ökonomie ist letztlich eine Ökonomie der Zeit«.

Es sei ein Gebot der Stunde, genau jetzt erwerbslose und prekär beschäftigte Menschen in den Blick zu nehmen. Mit Blick auf Gewerkschaften und die rot-grüne Bundesregierung forderte Ingrid Kurz-Scherf: »Jemand, der für Geschlechterdemokratie eintritt und nicht gleichzeitig für Arbeitszeitverkürzung eintritt, der lügt oder irrt sich.«

Ein Podiumsteilnehmer formulierte dies folgendermaßen: »Es geht um eine doppelte Umverteilung: von oben nach unten und unter uns«.

»Jetzt muß der Staffelnstab von den Fachbereichen aufgegriffen werden und die Verteilungsfrage mit der Idee vom besseren Leben verkoppelt werden.«
Frank Bsirske

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

Helmut Holter, Minister in Mecklenburg und Vorpommern, sieht den Osten auf Talfahrt und ward mit diesem Alarmruf in jeglichen Zeitungen Deutschlands zitiert. Es dräuen Wahlen (zwar erst nur für Europa, aber daraus resultierende Signale könnten ja auch für die danach anstehenden Inlandstimmabgaben von Bedeutung werden ...): Die PDS scheint sich allmählich wieder darauf zu besinnen, daß neoliberale Dienstleistungen nicht ihr Ding sein können. Selbstverständlich darf davon ausgegangen werden, daß die Kennzeichnung mancher pds-unterstützter Politik in Ländern und Kommunen als »neoliberal« von den Genossen Personen, die diese Politik praktizieren, empört zurückgewiesen werden wird. Immer besonders natürlich von den Berliner Regierungssozialisten. Einer ihrer wichtigsten Protagonisten, Wirtschaftsminister Harald Wolf, wurde unlängst vom *Tagesspiegel* befragt. Und der Interviewer sprach ihn natürlich nicht nur auf die Zahl der Schlipse an, die der Senator inzwischen besitzt (Wolf versicherte, und zwar glaubwürdig, »nachgekauft« zu haben), sondern er wollte auch wissen, was er zu Vorwürfen aus den eigenen Reihen sage, die PDS in Berlin trüge zu einer neoliberalen Wirtschaftspolitik bei. Wolf sagte, das seien Einzelstimmen, die Partebasis hingegen unterstütze die mitregierenden Genossen.

Leider sagte er nicht, woher er das weiß. So kann ich nur vermuten, daß er jenen Berliner Landesparteitag meinte, auf dem die überwiegende Mehrzahl der Abstimmenden Wolf & Gen. grünes Licht für ihren Kurs gegeben hatten. Wolf wäre schön dumm und ein schlechter Politiker obendrein, wenn er sich nicht auf das Votum bezöge. Indes: Es darf getrost weiter gezweifelt werden. Und wenn es denn der Mühe wert wäre, müßte man sich eigentlich hinsetzen, sich die da-

malige Delegiertenliste hernehmen und sie beispielsweise mit dem Mitgliederprofil des Berliner PDS-Landesverbandes vergleichen. Ich bin mir nicht sicher, ob man dabei unbedingt auf Kongruenz stieße ...

In allen Zeitungen lese ich rauf und runter, »Retrotainment« sei »in«. Gemeint ist: Der Osten, einst DDR, sei inzwischen bühnen- und vor allem bildschirmreif. Und das eben nicht nur beim *MDR. Sat 1* bereitet eine Sendung »Meyer & Schulz« vor. Dabei soll es sich um »Die ultimative Ost-Show« handeln. Die »120minütige Show« solle, wirbt die Pressemitteilung, einen »Querschnitt (zeigen) über den Alltag & Politik in der DDR – von Helden, Stars und Aktivisten über das Warten auf den Wartburg, von Liebe, Sex und FKK bis hin zu den schönen Osthits«. Bei Schulz in »Meyer & Schulz« handelt es sich natürlich um den Boxer Axel Schulz. Ob damit das intellektuelle Niveau der Sendung vorgegeben ist, wird sich, wenn Sie diese *UTOPIE kreativ* in den Händen halten, gezeigt haben (Sendetermin: 23. und 30. August). Gregor Gysi ist auch dabei.

Ganz früher wurden auf Jahrmärkten Neger vorgeführt – damals sagte man noch Neger. Und Indianer. Letztere sind hierzulande etwas knapp (in der Show werden deshalb sie nur einen haben, nämlich Gojko Mitic); und mit den Negern ist das auch so eine Sache, davon gibt es zwar nicht unreichlich, aber die werden nicht so sehr gemocht, weil sie uns doch, wie wir alle wissen, die Arbeitsplätze wegnehmen. Darum werden heute Osis vorgeführt. Komm'se rinn, komm'se ran, die neue Exotenschau: lebende Original-Osis!

Eine Peinlichkeit kommt selten allein. Das Sommerloch war immer noch mächtig am Dampfen, da fand der Kriegsbetreiber Bush freundliche Worte für Deutschland und seinen Kanzler und überhaupt. Daß Bushs Äußerung einem Kalkül entsprang, war deutlich, ihm geht – um es mal plump-deutlich zu formulieren – der Arsch auf Grundeis. Aber dieses deutsche Aufatmen, diese Politikerfreude, dieses Gesäusel der staatstragenden Kommentatorenenschaft über diese »Annäherung« – es ist zum Speien. Als hätte sich da nie jemand über das Völkerrecht hinweggesetzt, als sei da nicht auf Teufel komm raus gelogen und manipuliert worden. Nein, wer sich durch Bushs Geste geehrt fühlt, macht sich nachträglich zum Mittäter.

Gelegentlich lohnt es sich, Zeitungen sehr genau zu lesen. Das deutsche Feuilleton befaßte sich letzstens ausführlich mit einem Pamphlet des britischen Philosophen Ted Honderich, das bei Suhrkamp erscheinen sollte, dann aber zurückgezogen wurde. Hier ist nicht der Platz, den Skandal zu referieren, aber in einem Artikel Hellmuth Karaseks zum Thema stieß ich auf eine geradezu klassisch zu nennende Lügenkonstruktion, die in jedes Lehrbuch für Publizistik-Studenten gehörte. Es geht – wieder einmal – um die komplizierte Gemengelage Zionismus-Antisemitismus-Israel-Palästina. Und da bietet Hellmuth Karasek doch tatsächlich unter anderem folgenden Satz an:

»Da hilft es auch nichts, auf die historischen Abläufe hinzuweisen: dass es, erstens, auf dem Boden, wo heute Israel steht, nie einen Palästinenserstaat gegeben hat, sondern, wie anderswo, europäische Protektorate und Kolonien.« Das stimmt – und ist gleichermaßen unwahr. Weil es nämlich unterschwellig die Legende suggeriert, es habe sich bei Palästina um ein menschenleeres Land gehandelt. So elegant kann gelogen werden.

Stefan Bollinger,
Ulrich van der Heiden (Hrsg.):
Deutsche Einheit und Eliten-
wechsel in Ostdeutschland,
trafo verlag dr. wolfgang weist
Berlin 2002, 262 S. (24,80 €)

Die DDR-Eliten avancierten nach der deutschen Einheit – vor allem bei Soziologen sowie Sozial- und Wissenschaftshistorikern – zu einem bevorzugten Untersuchungsobjekt. Im Zentrum des Forschungsinteresses standen dabei primär ihre soziale Herkunft und geistig-ideologische Physiognomie, ihre politische Sozialisation und existenten Handlungsspielräume sowie natürlich die Kaderpolitik der SED.

Das historische Schicksal der DDR-Eliten, die verschiedenen Implikationen und Dimensionen des Elitenwechsels, speziell die für ostdeutsche Eliten existenten Chancen und Perspektiven, die beruflichen Eintrittsbarrieren in die neue Gesellschaft blieben in der wissenschaftlichen Analyse doch vergleichsweise unterbelichtet. Zweifellos dürften die Gründe hierfür selbst den Stoff einer eigenständigen Studie liefern. Die Herausgeber des vorgestellten Sammelbandes, Band 24 der Schriftenreihe »Gesellschaft – Geschichte – Gegenwart«, beide in der DDR sozialisierte Politik- bzw. Afrikawissenschaftler und existentiell selbst von diesem Umbruchsprozeß betroffen, haben sich nun des Elitenwechsels in Ostdeutschland angenommen. In von Anlage, Umfang, Diktion und Niveau recht unterschiedlich geprägten Beiträgen werden gewichtige Aspekte der Abwicklung, Verdrängung sowie Ausgrenzung der verschiedenen, nicht in der oberen und mittleren SED-Hierarchie verankerten Schichten der Funktionseliten der DDR verfolgt und bewertet. Im Mittelpunkt stehen dabei die nach 1990 ablaufenden Prozesse, speziell im Bereich der ostdeutschen Geisteswissenschaften.

Dominierendes Prinzip der Abhandlungen ist dabei nicht etwa eine öffentlichkeitswirksame Larmoyanz von Betroffenen, sondern vielmehr eine empirisch untersetzte, auch schlüssig nachvollziehbare Dokumentation der historisch wohl beispiellosen Brachlegung

erheblicher intellektueller Potentiale einer Gesellschaft – ein Vorgang, der hier *mehrere* Generationen betroffen hat. Zu Recht halten die Herausgeber ihr Unternehmen für »bedeutungsvoll«, weil es die Möglichkeit bietet, die deutsche Öffentlichkeit – »gerade auch diejenige im Westen des vereinten Deutschlands – auf diesen nur noch bedingt zurtückzunehmenden Umstand aufmerksam zu machen« (S. 8). Stringent wird von Autoren und Interviewpartnern deutlich gemacht, daß insbesondere der Osten Deutschlands ein neues geistiges Klima benötigt, es dieses jedoch nicht ohne in der Region verwurzelte sowie aus ihr kommende Intellektuelle geben wird. In diesem Kontext werden – etwa von van der Heiden (S. 245 f.) – auch anregende Überlegungen zu einer Art »Rettungsprogramm« zur Reintegration ostdeutscher Wissenschaftler angestellt. Auf diese Weise wäre es möglich, die für die Schaffung einer ostdeutschen Zivilgesellschaft sowie den künftigen Wissenschaftsstandort Deutschland fraglos ebenso notwendigen wie bedeutsamen personellen Ressourcen aus dem Osten zum Nutzen des vereinten Deutschlands einzubringen. Das inhaltliche Spektrum des Bandes wird im Kern von drei zentralen Themen geprägt: *erstens* von der historischen Einordnung und politischen Bewertung des Elitenwechsels, der Behandlung der Genesis der ostdeutschen Eliten seit 1945, *zweitens* von den Umbrüchen und Prozessen in einzelnen Disziplinen der Geistes- und Sozialwissenschaften und *drittens* von individuellen Erfahrungen und Erlebnissen im Zuge des umfassenden Elitenwechsel in der Wissenschaftslandschaft. Als Autoren bzw. Interviewpartner haben sich neben den beiden Herausgebern, die selbst mit eigenen Aufsätzen vertreten sind, Helmut Steiner, Fritz Vilmar, Heinz Niemann, Wolfgang Dümcke, Ingrid Matschencz und Ulrich Busch zu Wort gemeldet.

Da es hier unmöglich ist, jedem Beitrag die angemessene Aufmerksamkeit zuteil werden zu lassen, will ich exemplarisch das Leserinteresse auf zwei Abhandlungen lenken. Unter dem Titel »Revolutionsopfer, Kolonialisierungsverluste, Modernisierungsverlierer? Die Vielschichtigkeit eines Systemwechsels – Anmerkungen zum Elitenwechsel nach der Wende 1989/90« präsentiert Stefan Bollinger

eine umfangreiche, empirisch gut unterlegte, zugleich komparativ angelegte Studie zu den einschneidenden Veränderungen, die in der Mehrzahl die Angehörigen der ostdeutschen Funktionsebenen erfuhren. Der Autor beleuchtet dabei die Besonderheiten des Eliten austausches ebenso wie den mit diesem Vorgang verbundenen gesamtdeutschen Verlust an intellektuellen Ressourcen. Zudem wird die weitgehende Auflösung der ostdeutschen Wissenschaftslandschaft als ein markanter Ausdruck einer zeitgenössischen Form der Kolonialisierung der einstigen DDR-Gesellschaft charakterisiert. Schließlich geht Bollinger der Frage nach, ob sich im neuen Deutschland irgendwelche Chancen bzw. hoffnungsvoll stimmende Perspektiven für die früheren ostdeutschen Eliten auftun. Mag auch manche gebotene Erklärung und Ableitung etwas grob geraten sein und auch nicht jedes der angeführten Beispiele einer ernsthaften Überprüfung standhalten, so legt der Autor doch zweifelsfrei eine gehaltvolle, an den realen Konflikten orientierte, kardinale Fragen aufwerfende sowie nach Auswegen und Alternativen suchende Studie vor.

Helmut Steiner legt anregende Thesen »Über 50 Jahre ostdeutscher Eliten-Entwicklung seit 1945« vor. Ausgehend von Überlegungen zum Elite-Begriff, der vergleichsweise sehr unterschiedlich verlaufenen Ablösung der Eliten in den westlichen Besatzungszonen bzw. in der SBZ widmet er sich dem Rekrutierungs- und Entwicklungsmuster der ostdeutschen Eliten, benennt dabei generelle Blockaden und Defizite (Stichwort: Soziale Herkunft). Zu Recht wird kritisch hervorgehoben, daß die einst junge demokratische DDR-Elite in ihren Funktionen »alt« wurde, dies »seit den siebziger Jahren zunehmend neue Ideen- und Innovationspotentiale in allen gesellschaftlichen Bereichen« hemmte und verhinderte, wobei gerade diese Blockierung der nachfolgender Generationen »in den siebziger und schließlich achtziger Jahren ein entscheidender Grund für den gravierenden Stimmungsumschwung in der jungen Generation, insbesondere in der jungen Intelligenz« war (S. 107). Steiner diskutiert weiterhin den wichtigen Fakt, daß die DDR-Eliten auf den Zusammenbruch von 1989 in keiner Weise vorbereitet, die in der DDR-Geschichte zu verschiedenen Zeiten

sichtbar werdenden Oppositions- und Reformpotentiale inner- wie außerhalb der SED insgesamt intellektuell zu schwach entwickelt, politisch kaltgestellt und kriminalisiert wurden. Hierin sieht er einen durchaus gewichtigen Faktor für den zweiten radikalen Elitenwechsel in Ostdeutschland (S. 110).

Natürlich provoziert ein Sammelband zu dieser Thematik das Nachdenken, zumal sie – die dem gleichen Topos gewidmete Studie von Arno Hecht¹ belegt dies anschaulich – aus ostdeutscher Optik weiter virulent bleiben wird. Dieses Nachdenken könnte zukünftig dann – noch stärker als dies im vorliegenden Fall geschah – etwa Vergleiche zum Elitenwechsel in anderen staatssozialistischen Gesellschaften, Untersuchungen zu den Analogien und Differenzen von Elitenwechseln in der Geschichte, kritische Debatten zu handlungsleitenden Paradigmen sowie Analysen zu angewandten »Techniken« und verschiedenen Mustern von derartigen Prozessen beinhalten. Das weitere wissenschaftliche Bearbeiten dieser Problematik mit Nachdruck auf die Agenda gesetzt und den zwingenden Bedarf politischer Umsteuerung kategorisch signalisiert zu haben, ist unstrittiges Verdienst dieses Buches.

GÜNTER KRAUSE

1 Arno Hecht: Die Wissenschaftselite Ostdeutschlands. Feindliche Übernahme oder Integration?, Leipzig 2002.

Dan Jakubowicz:
Genuss und Nachhaltigkeit.
Handbuch zur Veränderung
des persönlichen Lebensstils.
 Promedia Wien 2002, 223 S.
 (15,90 €)

»Dieses Büchlein (soll) ›Appetit machen‹ auf einen Lebensstil, der mehr Genuss und Freude bietet – und zugleich für die Umwelt und die Mitmenschen von Nutzen ist« (S. 8). Das Ziel des vorliegenden Buches ist also durchaus ehrgeizig. Es will zeigen, daß eine zukunftsfähige Lebensweise möglich ist, ohne daß der lieb und teuer gewordene Wohlstand gänzlich aufgegeben werden muß. Der Abschied von nicht nachhaltigen Verhaltensmustern soll nicht nur leichter gemacht werden, er soll auch

Spaß machen. Weil alles zum Scheitern verurteilt ist, was die Grundfesten unserer mehr oder weniger auf Konsum angelegten Lebensweise erschüttert, empfiehlt der Autor kleine Schritte sowie lustvolle Wege zum Ziel und vertraut auf die propagandistische Wirkung des persönlichen Beispiels. Nach dem Motto »weniger, aber besser« findet sich für den beserungswilligen autoabhängigen Schnäppchenjäger eine Fülle von Anregungen, wie er sein Leben so umgestalten kann, daß weniger verbraucht, weniger Schadstoffe freigesetzt und mehr soziale Kontakte entfaltet werden. Der ideale Nutzer dieses Handbuches wird »vielleicht etwas weniger, dafür aber besseres Fleisch essen; etwas weniger, aber qualitativere Kleidungsstücke besitzen; sowie vielleicht etwas weniger arbeiten und dafür auch weniger Konsumwaren erwerben; Freizeit nicht als Aufruf zum Kaufrausch begreifen, sondern als Möglichkeit zur Pflege sozialer Kontakte« – sofern er sich dies leisten kann.

Angesprochen ist also vor allem der wohlhabende »Mittelstand«, der es sich leisten kann, für Produkte aus Bioläden einen höheren Preis zu zahlen, auf billige Textilien aus der Dritten Welt zu verzichten – und für den es zudem noch annehmbar wäre, weniger zu arbeiten und folglich auch weniger zu verdienen. Jenen, denen diese Auszeichnungen der Wohlstandswelt vorenthalten bleiben, wird es bedeutend schwerer fallen, sich die guten Ratschläge zu eigen zu machen. Die Ironie besteht hier eher darin, daß der erzwungene Verzicht auf den »Konsumrausch« und das Eigenheim möglicherweise ökologisch weitaus günstigere Wirkungen hat, als der partiell veränderte Konsum der Hochlohneinkommensbezieher. Wie auch immer, das Buch, das Jakubowicz im Auftrag des österreichischen Vereins SOL (»Menschen für Solidarität, Ökologie und Lebensstil«) und in Zusammenarbeit mit dem deutschen »Netzwerk Ökumenischer Basisgruppen für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung (Konziliarer Prozeß)« verfaßt hat, hält in sieben Kapiteln – »Genuss statt Verzicht«, »Unser Essen«, »Wie kleiden Sie sich?«, »Wie würden Sie gern wohnen?«, »Die Dinge und Sie«, »Lebensstil: Was brauchen Sie?«, »Die Welt verändern« – eine Vielzahl von Ideen und Ratschlägen bereit, wie

das eigene Leben lustvoll nachhaltiger gestaltet werden kann. Ein großer Vorzug der Darstellung ist zudem, daß die globalen Zusammenhänge von Verbrauchsgewohnheiten, von Ökonomie und Ökologie in den Blick genommen werden. Die weltwirtschaftlichen Voraussetzungen des westlichen Konsummodells werden genauso thematisiert und kritisiert, wie auch die möglichen weltweiten ökologisch-sozialen Wirkungen von Veränderungen aufgezeigt werden. Im letzten Kapitel wird schließlich noch eine weitere Dimension der mit viel Akribie und Liebe zum Detail präsentierten Veränderungsangebote deutlich – dieses Buch hat eine Mission. Es geht nicht nur darum, sich selbst zu ändern, vielmehr gilt es, die Welt zu verändern! Dafür setzt SOL auf Selbstverpflichtungen und die Vorbildwirkung einzelner sowie auf die Bildung von Gruppen, deren Mitglieder sich in ihrem Streben nach einem Lebensstilwandel gegenseitig bestärken und so zugleich neue soziale Kontakte knüpfen – Vernetzung als Verbreitungs- und Gegenmachtstrategie. Diesem Thema widmet sich faktisch der gesamte – ca. 50 Seiten lange – Anhang, in dem sich auch eine Reihe von Kontaktadressen findet. Abschließend sei auf die website des Projekts verwiesen: <http://www.nachhaltig.at/sol/genuss>.

ARNDT HOPFMANN

Werner Sombart:
Nationalökonomie als
Kapitalismustheorie. Ausgewählte
Schriften, hrsg. von Alexander
Ebner und Helge Peukert,
Metropolis-Verlag Marburg 2002,
464 S. (26,80 €)

Nachdem 1987 das Hauptwerk Sombarts, *Der moderne Kapitalismus*, in einer preiswerten Ausgabe als Reprint erschienen ist¹, scheint der Autor wieder »in« zu sein und, nach einer langen Zeit des Vergessens, wieder interessant für ein größeres Publikum. So erklärt es sich, daß Alexander Ebner und Helge Peukert sich mit vorliegendem Band der Mühe unterzogen haben, eine Reihe kleinerer, inzwischen aber

schwer zugänglicher Texte Sombarts der Vergessenheit zu entreißen. Es handelt sich hierbei um zehn Artikel, Vorträge und Kapitel früherer Arbeiten, die den Gesamteindruck des Werkes dieses bedeutenden Klassikers der Sozialwissenschaften abrunden sollen und Einblicke in sein theoretisches Schaffen vermitteln.

Werner Sombart (1863-1941) gilt heute als einer der einflußreichsten deutschen Sozialwissenschaftler des 20. Jahrhunderts. Seine Arbeiten haben unter anderem Max Weber und Joseph A. Schumpeter nachhaltig beeinflusst. Hervorgegangen aus der Tradition der historischen Schule, interessierte er sich vor allem für die soziale Frage und für historische Themen. Als Professor in Breslau und Berlin profilierte er sich als Nationalökonom, Historiker und Soziologe. Darüber hinaus war er in zahlreichen wissenschaftlichen und politischen Gremien tätig, im *Verein für Socialpolitik* ebenso wie in der Handelskammer. Sein Werk ist beeindruckend vielgestaltig, steht aber auch für die geistigen Brüche seiner Zeit, das heißt für die Periode zwischen Wilhelm II. und dem Nazismus. So haben ihm nach 1945 die einen seine »Reputation als Marxist« (S. 30) nicht verziehen, die anderen seine Parteinahme für den NS-Staat nicht. Auch paßte sein Historismus nicht in die vorherrschende Tendenz der zunehmend formal argumentierenden Wirtschaftswissenschaften neoklassischer Provenienz. Ebenso wenig sein Engagement für soziale Fragen und Anliegen. Sein umfangreiches Werk wurde vergessen und kaum für wert erachtet, in Fachpublikationen gelegentlich erwähnt zu werden. Übersehen wurde dabei, welche große Leistung seine detaillierten und sorgfältig recherchierten Studien über den Kapitalismus bedeuten, auch wenn das eigentliche Anliegen Sombarts, nämlich das Konzept der Wirtschaftsstufen, das vom Historismus und Marxismus vertreten wurde, zu überwinden und stattdessen »die substantiellen Eigenschaften einer Wirtschaftsformation aus ihrer historischen Bedingtheit heraus zu verstehen« (S. 9), heute wenig Verständnis findet.

Sombart mutierte im Laufe seiner Entwicklung von einem Hoffnungsträger der deutschen Sozialdemokratie zum Ideenspender eines romantisierenden Antikapitalismus bzw.

nationalen »Sozialismus«. Diese Kontinuität aus Antikapitalismus und Antiliberalismus läßt sich bis zum Ende verfolgen, bis hin zu seiner späten Wandlung von einem Modernisierer zum Anhänger eines kulturkritischen Antimodernismus und Kulturpessimismus (S. 14). Indem Sombart alle diese Wendungen in seinem Werk, seiner Methode und seinen Themen, mit vollzog, ist er ein interessanter Zeitzeuge wissenschaftlicher Entwicklung wie theoretischer Verirrungen.

Was ihn heute wieder »in« sein läßt, ist jedoch noch etwas anderes. Es ist die Krise des wirtschaftswissenschaftlichen *mainstreams* angesichts der Grenzen der Erklärungskraft mathematischer Modelle. Mit Sombart läßt sich zeigen, welche Entwicklungspfade zum heutigen Kapitalismus geführt haben und welche Optionen es dabei früher gab und heute gibt. Dabei diente ihm das Marxsche Werk durchweg als »kritischer Bezugspunkt« (S. 13) – eine Möglichkeit des theoretischen Arbeitens, die heute gänzlich aus der Mode gekommen zu sein scheint, was eher auf Ignoranz schließen läßt denn auf eine theoretische Entwicklung. Wie schrieb Sombart 1908 über die Nationalökonomie? »Daß Karl Marx eine ... überragend große Bedeutung für unsere Wissenschaft habe, gilt heute ... als eine allgemein anerkannte Wahrheit. Die Sonderlinge und Neidlinge, die ihm jede wissenschaftliche Bedeutung abstreiten (weil sie immer noch zu faul gewesen sind, ihn zu lesen), sterben langsam aus.« (S. 129) Nicht weniger anschaulich ist sein Text über »kapitalistische Unternehmer«, worin wir zum Beispiel lesen, was ein Unternehmer ist: »Das ist ein Mann, der eine Aufgabe zu erfüllen hat und dieser Erfüllung sein Leben opfert ... Ein Mann also mit langauschauendem Sachinteresse, dessen einzelne Handlungen immer im Hinblick auf das zu bewältigende Gesamtwerk geplant und ausgeführt werden ... er muß geschäftlich zuverlässig, ... pflichttreu, ordnungsliebend und sparsam sein ... Es sind Männer – ausgerüstet vor allem mit einer außergewöhnlichen Vitalität, aus der ein übernormaler Betätigungsdrang, eine leidenschaftliche Freude an der Arbeit ... hervorquellen.« (S. 191, 209). Über die Aktualität dieser Passagen läßt sich angesichts heutigen Unternehmertums sicher streiten, wobei die dabei sichtbar werdende Diffe-

renz zwischen Ideal und Wirklichkeit einen historischen Entwicklungs- und Verfallsprozeß offenbart, wie er eindrucksvoller kaum gezeichnet werden könnte – es sei denn, man zitiert aus Gerichtsprotokollen.

Der ans Ende gesetzte Aufsatz stammt aus dem Jahr 1932 bzw. 1937 und beschäftigt sich mit der »Zukunft des Kapitalismus«. Er enthält die Vision des Autors von einer »moderat planwirtschaftlich-autarkistischen Wirtschaft« als Alternative zum Kommunismus. Hier verabschiedet sich Sombart von der Vorstellung, die Wirtschaft folge mit Notwendigkeit einer gesetzmäßigen Entwicklung. Vielmehr sei ihre Gestaltung ein reines »Willensproblem« (S. 439), woraus sich ableitet, daß sie nur als »Planwirtschaft« möglich ist. Dies gelte national wie im Weltmaßstab. Interessanterweise rekurriert er in diesem Zusammenhang und um die Probleme einer kapitalistisch verfaßten Ökonomie im 20. Jahrhundert aufzuzeigen, wiederholt auf Marx Theorie vom absoluten und relativen Mehrwert sowie auf das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate (S. 456 ff.). Es lohnt sich allemal, diese Ausführungen vor dem historischen wie aktuellen Hintergrund zu lesen und sich darüber zu ergehen, wie eng doch so manche Konzepte beieinander liegen, wenn man von ihren ideologischen Verpackungen in der Lage ist zu abstrahieren.

ULRICH BUSCH

- 1 Werner Sombart: Der moderne Kapitalismus, Nachdruck der 2. Auflage von 1916, Deutscher Taschenbuch Verlag München 1987, 3 Bände in jeweils zwei Halbbänden im Schuber.

Hanna Behrend:
Demokratische Mitbestimmungs-
rechte unter DDR-Bedingungen.
Die ambivalenten Strukturen
an den Universitäten,
trafo verlag dr. wolfgang weist
Berlin 2002, 180 S. (17,80 €)

Wer ernsthaft versucht, DDR-Erfahrungen aufzuarbeiten, schwimmt damit noch immer gegen den Strom. Gerade deshalb stellt Hanna Behrend einen streitbaren Beitrag vor, zunächst motiviert durch das Bestreben, ne-

gierenden und verfälschenden Mythen mit ihren persönlichen Erfahrungen im Fachbereich Anglistik/Amerikanistik der HUB entgegen zu treten. Ein Stück authentischer, exemplarischer Geschichte aus dem Hochschulbereich, nachdrücklich belegt mit 49 Dokumenten-anlagen, veröffentlicht als Band 23 der Schriftenreihe des Vereins Gesellschaftswissenschaftliches Forum e.V. Berlin, hg. von Helmut Meier und Karin Kulow. Die Autorin konzentriert sich auf Mitbestimmungs- und Interventionsmöglichkeiten der »Betriebsangehörigen«, die bisher in der Auswertung von DDR-Geschichte wenig beachtet wurden. Nicht zuletzt, weil die politisch hegemoniale Vorstellung von der DDR als einem totalitär verfaßten, undemokratischen Unrechtsstaat eine geschichtliche Nachfrage nach demokratischen Prozessen von vornherein blockiert. »Meine Prämisse ist es jedoch, davon auszugehen, daß es Richtiges im Falschen gibt und daß die Ambivalenz der DDR im gleichzeitigen Vorhandensein von repressiven und hierarchischen Strukturen einerseits und mindestens potenziell angelegten sozialen und damit auch persönlichen Freiheiten andererseits bestand.« (S. 7) Behrend stellt zunächst die Entscheidungsstrukturen vor, untersucht Einspruchs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten und zeigt, wie sie sich auf die Zusammenarbeit in den Kollektiven auswirkten. Vorwiegend geht es dabei um die Bedingungen, Konflikte, Ergebnisse und Folgerungen, bei fehlender Demokratisierung im Ganzen, vorzugsweise auf den oberen politischen Ebenen, dennoch auf unteren Ebenen Spielräume für Demokratisierung auszuloten und zu gestalten. Damit will sie einen Beitrag zur Geschichte der Hoch- und Fachschulen in der DDR und ihren Strukturen leisten, nicht aber primär zu gewerkschaftlichen Mitbestimmungsrechten oder leitungstheoretischen Fragen, wie es der Titel auch vermuten lassen könnte.

Möglichkeiten demokratischer Mitbestimmung leitet sie aus den Spannungsverhältnissen innerhalb der jeweiligen beruflichen Tätigkeiten selbst ab. Für die 70er/80er Jahre waren nicht-frontale Strategien charakteristisch, d. h. eine Kritik, die innerhalb des Herrschaftsdiskurses und systemimmanent blieb. Nicht die politische Linie, aber ihre konkreten Auswirkungen wurden zunehmend

offen kritisiert (S. 15). Die Mehrzahl des »akademischen Personals« wollte einen besseren Sozialismus, bemühte sich, die Reformblockaden der politischen Obrigkeit zu unterlaufen. Auf vorhergehende Perioden, die sich in Bedingungen unterschieden, wird leider nur (zu) kurz eingegangen.

Oppositionsspielräume zu erschließen und Opposition selbst zu gestalten, sieht die Autorin in einem ambivalenten Verhältnis von »Masken des Herrschaftsdiskurses und offene(r) Diskussion« (S. 18), wobei oppositionelle Forderungen »kunstvoll in die Sprache des herrschenden Diskurses übersetzt« wurden (S. 24). Eingaben z. B. werden als die »häufigsten Artikulationen von innerbetrieblicher Opposition gegen das SED-Regime« bezeichnet (S. 24), auch der »Widerspruch der Basis« gegen Weisungen »von oben«. Sie folgert: Dennoch konnten engagierte und weniger angepaßte Mitarbeiter/innen in jedem Fach, an jeder Einrichtung die widersprüchlichen Führungsprinzipien und -strukturen mit etwas Zivilcourage nutzen, um Reformen in dem durch die Strukturen gesetzten unterschiedlich engen Rahmen durchzusetzen (S. 66). Hoffnungen auf die Reformfähigkeit des Systems bestanden zumeist durchaus, hätten aber eine konsequente Opposition innerhalb der SED und die Bildung eines Bündnisses mit anderen oppositionellen Kräften erfordert (S. 174). Aus diesem Komplex leiten sich eine ganze Reihe offener Fragen ab. Was bedeutet hierbei »Opposition«? Umfaßt sie die für Wissenschaft selbstverständliche Offenheit und Kritik oder Systemopposition? War erstere nur über letztere erreichbar? Welchen Charakter trugen »systemimmanente« Reformen? Wenn »Widerstand« und »Opposition« als Bemühungen um einen demokratischen Sozialismus gefaßt werden, wäre hierfür das Aufzeigen von sozialistischen Alternativen ein wesentliches Element, im Verhältnis zu restaurativ geprägtem Widerstand, dem es genügt, »dagegen zu sein«. Warum entwickelte sich mit diesem »Widerstand« insgesamt relativ wenig Substanz an Vorstellungen für notwendige und mögliche Reformen im emanzipatorischen Sinne? Welche Rolle spielte dabei die »Sklavensprache«?

Hinsichtlich der Mitbestimmungsmöglichkeiten auf unteren Ebenen weist Behrend kon-

cret nach, daß trotz rigide festgelegter obligatorischer Studienprogramme nicht nur Spielraum für eigenverantwortliche Tätigkeiten von Gruppen und einzelnen geschaffen werden konnte (S. 46), sondern diese durch das weitgehende Fehlen innerbetrieblichen Herrschaftswissens ein weit höheres Mitbestimmungsrecht ausübten als seit der Vereinigung (S. 63). Sehr informativ stellt die Autorin diese Erfahrungen am Beispiel der Förderung von Studenten und Doktoranden in nicht hierarchischen Arbeitsgemeinschaften dar (S. 33). Sie verschweigt dabei jedoch auch negative Seiten nicht, wie die ständige Kontrolle und Bevormundung (S. 42). Nach der Wende muß sie frustriert feststellen: »Die Rückkehr zur Ordinariatenuniversität machte Projekte wie die unseren unmöglich.« (S. 58) Offen bleibt, was der Begriff der »kollektiven Leitung« bedeutet. Hier wären weitere Untersuchungen und Erfahrungen aus anderen Hochschulbereichen wünschenswert.

Zu den überzeugendsten Belegen für demokratische Mitbestimmung im Hochschulwesen gehört die Nutzung feministischer theoretischer Positionen in Lehre und Forschung durch die Autorin (S. 48 ff.). Damit wird deutlich, »daß die Strukturen, die das DDR Hochschulwesen prägten, zumindest in den letzten Jahren der DDR auch die Einbeziehung von offiziell als kleinbürgerlich verketzerten Ideen im Universitätsbetrieb zuließen.« (S. 48) Obwohl offiziell das strukturelle Defizit der patriarchalen Frauenpolitik nicht angesprochen werden durfte, entstand ein feministischer Ansatz in den Sozial-, Kunst- und Geisteswissenschaften und es wurden neue Erkenntnisse feministischer Wissenschaften angewendet (S. 50/51). »Andere Geschlechterverhältnisse« wurden als notwendig herausgearbeitet, deren politische Konsequenzen mit hoher Wahrscheinlichkeit außerhalb der beteiligten Forschungskollektive unerkannt blieben. Diese feministischen Arbeiten, darunter zu Marxismus und sozialistischem Feminismus haben nach der Wende geholfen, neue Ausgangspunkte für emanzipatorische Orientierungen zu finden.

ANNELIESE BRAUN

Michael Brie, Michael Chrapa,
Dieter Klein: Sozialismus
als Tagesaufgabe,
Rosa-Luxemburg-Stiftung:
Manuskripte 36, Karl Dietz Verlag
Berlin GmbH 2002, 191 S. (10 €)

»Sozialismus als Tagesaufgabe« – das ist wörtlich und hochaktuell für hier und heute gemeint, nämlich der Demokratische Sozialismus als transformatorisches Projekt. Was ist Demokratischer Sozialismus? Worin besteht der ihn hervorbringende Transformationsprozeß, die dementsprechende Strategie sozialistischer Politik, was sind die dafür gegebenen gesellschaftlichen Grundlagen? Und worin besteht die Lösung der Eigentumsfrage? Das (und weiteres) wird in diesem Buch in Grundzügen dargestellt, begründet und gegenüber den Mitgliedern der PDS wie der Öffentlichkeit argumentativ erläutert.

Die Autoren erörtern das ausführlich, vorrangig bezogen auf den Programmentwurf der PDS. Aber die Aussagen und Positionen sind nicht darauf reduziert, sind vielmehr verallgemeinert und damit von genereller Bedeutung für die Programmatik linker Parteien. Diese Publikation wurde im Oktober 2002 auf dem Geraer Parteitag vorgestellt. Zunächst ist ihre hohe Aktualität zu unterstreichen. Diese bezieht sich vor allem auf vier Aktivitäten: die Diskussion zum aktualisierten Programmentwurf, die Ausarbeitung und Diskussion eines Strategiepapiers zur Selbstverständigung zum Profil der PDS, die Auseinandersetzung um das Oppositionsverständnis, um die Linie der Partei in dieser Frage. Die PDS hat als sozialistische Partei das Ziel, »gesellschaftliche Verhältnisse zu verändern« und muß gleichzeitig ihren »Gestaltungsanspruch« verwirklichen und umgekehrt. Allerdings hat diese Diskussion ihren Ursprung schon auf dem Gründungsparteitag im Dezember 1989; sie erscheint im 1993er Programm als kontroverse Kompromißformel, war Kernproblem im Grundsatzbeschuß »Sozialismus ist Weg, Methode, Wertorientierung und Ziel« des 4. Parteitages im Januar 1995, wurde konstruktiv verarbeitet auf den Cottbuser und Dresdner Parteitagen (2000 und 2001) und fortgesetzt in und nach Gera.

Der erste Beitrag (von *Michael Brie*) ist eine konzentrierte Erläuterung des Entwurfs zur Frage »Was ist Sozialismus?« Die Kernpunkte, die Definition, die Hauptmerkmale, und auch die für das Herangehen an die prinzipiell neuen Bestimmungen wichtigsten Ausgangspunkte werden skizziert. Dabei geht es u. a. um den geschichtlichen Vorlauf in den sozialen Emanzipationsbewegungen, um die Grundidee des Sozialismus als Gesellschaftsvision, aber auch um die Ablehnung der Marxschen Geschichtsphilosophie und Revolutionstheorie. Die Verteidigung des Entwurfs als sozialistisches Programm erfolgt speziell in diesem Beitrag mit dem Anliegen der möglichst überzeugenden, sachlichen Auseinandersetzung mit Erich Hahn, Uwe-Jens Heuer, Hermann Klenner u. a. Brie setzt sich sachlich-argumentierend an Hand des Entwurfs damit auseinander, Mißdeutungen klärend, auch in wichtigen Punkten auf Ausgangspunkte bei Marx verweisend, zugleich die orthodox-marxistischen Repliken zurückweisend.

Die beiden folgenden Texte stammen von *Dieter Klein*. Jeder Text behandelt ein selbständiges Thema, eine der theoretischen Säulen des Sozialismuskonzepts des Programmentwurfs, und zwar das Transformationskonzept und die Analyse und Bestimmung von Stellung und Funktion von Eigentum in der Gesellschaft. Das geschieht hier weniger als Analyse der Entwurfdebatte, sondern eher als konstruktive Darstellung, systematisch erklärend, dabei auch Analysen aktueller Zustände und Tendenzen einbeziehend. Die Antwort auf die Frage, ob und auf welche Art und Weise in einem komplexen gesellschaftlichen Übergangsprozeß es möglich ist, den kapitalistischen Charakter heutiger Gesellschaften zu überwinden, ist natürlich entscheidend für die Realisierbarkeit sozialistischer Ziele, für den Inhalt sozialistischer Politik. In der Verallgemeinerung und Komprimierung seiner Ausführungen kommt der Autor zu der Fragestellung und Arbeitshypothese, ob und wie weit in einem komplexen Veränderungsprozeß zur Überwindung der Vorherrschaft des Profitprinzips ein Sozialprinzip wirksam, erkennbar und theoretisch zu beschreiben ist.

Auch zum nächsten Beitrag geht Klein über die Möglichkeiten der Grenzen des Pro-

gramms weit hinaus und bietet eine ausführliche Argumentation und Positionierung. Im ersten Abschnitt wird die neue, qualitative Ausweitung der Eigentumsfrage beschrieben: zur Konzentration des privaten Kapitaleigentums kommt die fortschreitende Privatisierung von öffentlichem Eigentum, auch »bisher frei nutzbare Natur als öffentliches Gut wird in privat verfügbares Eigentum verwandelt.« Als ganz neue Dimension beginnt der Kampf um das Eigentum an genetischen Ressourcen, privates Eigentum durch Patentierung entdeckter Gene bis hin zu monopolartigem Besitz neuer lebender Organismen. In den Vordergrund tritt immaterielles Eigentum an Wissen, Forschungsergebnissen, Computersoftware; auch Geschäftskonzepte als Eigentum schaffen neue Abhängigkeiten (Franchising), Daten über »Kaufpräferenzen, Interessen, Finanzierungsbedürfnisse« werden angeeignet und vermarktet, bis hin zur machtvollen »kulturellen« Einflußnahme durch Eigentum am idellen Gehalt und der materiellen Basis des Entertainments, der »Erlebnisgesellschaft«. Die Klärung, was unter Profitdominanz zu verstehen ist, und wie deren Überwindung durch die Gestaltung der Eigentumsverhältnisse erfolgt, steht im Vordergrund. »Als Leitgedanken demokratisch-sozialistischer Eigentumpolitik könnte gelten, jegliches Eigentum durch geeigneten institutionellen Wandel real der Sozial- und Gemeinwohlpflichtigkeit zu unterstellen. Wenn die Dominanz der Machtzentren des internationalen Kapitals überwunden wird, die gesellschaftliche Vormacht der Konzerne, Großbanken, Versicherungsgiganten und Investmentfonds untergeordnet wird einer gestaltenden staatlichen Wirtschaftspolitik, einem ausgewogenen Eigentumsmix und der Neukonditionierung des Marktes durch einen anderen sozial-ökologischen Rahmen. In diesem Falle müßte es gelingen, auch die Kapitalverwertung der kleinen und mittleren Unternehmen in eine sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung einzubinden.«

Ein weiterer Beitrag (von *Michael Chrapa*) hat zum Thema: »Freiheitsgüter« als Werte und Motivation – empirische Fakten und theoretische Überlegungen zum Programmentwurf der PDS«. Vorgestellt und analysiert werden die Ergebnisse einer empirischen Untersu-

chung, in der programmatische Aussagen dieses Entwurfs in Beziehung gesetzt werden zur Erfassung von Meinungen und Einstellungen in der Bevölkerung.

Im abschließenden Beitrag »Alltagsschritte und Visionen« stellt *Dieter Klein* einen Text vor, der konkrete, aktuell-politische Projekte zu den Schwerpunktthemen Arbeit, Soziale Sicherheit, Gesundheit, Bildung, Ostdeutschland, Steuergerechtigkeit, Friede und Abrüstung enthält. Insgesamt sind die Beiträge eine gewichtige Bereicherung unserer weiteren programmatischen Debatte und auch die aktuellen Wirkungen sind nicht hoch genug zu würdigen.

KLAUS-DIETER WÜSTNECK

Theodor Bergmann,
Wolfgang Haible,
Gert Schäfer (Hrsg.):
Geschichte wird gemacht.
Soziale Triebkräfte und internationale Arbeiterbewegung im 21. Jahrhundert,
VSA-Verlag Hamburg 2002,
236 S. (20 €)

Geschichte wird gemacht – aber wie und von wem? Diese Frage stand im Mittelpunkt einer Tagung, die unter dem Thema »Sozialer Fortschritt und Sozialismus – soziale und politische Triebkräfte« 2001 im thüringischen Elgersburg stattfand. Die Teilnehmer waren unterschiedlichsten Alters (zwischen 29 und 85) und kamen aus elf Ländern von vier Kontinenten. Der vorliegende Sammelband dokumentiert die wichtigsten Referate. Die Beiträge ordnen sich drei Schwerpunkten zu. Der erste Teil behandelt einige Gegenwartsprobleme der Arbeiterklasse und der Arbeiterbewegungen in den hochkapitalistischen Ländern. Die Aufsätze von John Neelsen (Tübingen), William A. Pelz (Chicago) und Narihiko Ito (Kamakura) tragen grundsätzlichen Charakter, Henning Süßner (Lingköping) und Bernie Taft (Melbourne) äußern sich zu Gegenwartsproblemen Schwedens bzw. Australiens. Die »Arbeiterklasse in Süd-

und Ostasien« ist übergreifendes Thema des zweiten Abschnitts. Her stehen die Entwicklungsprobleme der beiden Giganten Indien und China im Mittelpunkt. Joachim Heidrich (Berlin), Sobhanlal Datta Gupta (Kalkutta) und Dipak Malik (Benares) beleuchten den indischen Subkontinent, Helmut Peters (Berlin), Xiao Feng, Zhang Guangming, Zhang Wencheng, Wei Xiaoping (alle Peking) und Qin Zaidong (Wuhan) geben Einblicke in Aspekte der Gesellschaft Chinas. Do-Hyun Yoon (Chungbuk) erörtert die Chancen einer Linkspartei in der Politik Südkoreas.

Einen »Blick in die Zukunft« wagen im dritten Teil Theodor Bergmann, Ralf Kröner und Wolfgang Haible (alle Stuttgart): Bergmann mit Blick auf den Internationalismus, Kröner in bezug auf alte und neue Medien, Haible schreibt zu Perspektiven der Kultur. Neelsen analysiert Gesellschafts- und Konfliktformen im kapitalistischen Weltsystem. Er stellt die überall an Schärfe zunehmenden politischen und sozialen Konflikte in den Zusammenhang tiefgreifender Strukturveränderungen der kapitalistischen Weltwirtschaft. Die kapitalistische Globalisierung trägt einen Doppelcharakter: »Sie ist heute zum einen ein polit-ökonomisches Projekt spezifischer Kapitalfraktionen und zum anderen und gleichzeitig ein machtpolitisches von Nationalstaaten.« (S.11) Als dominante Akteure der Globalisierung treten zunehmend transnationale Konzerne hervor. Von einer Aufhebung der Nationalstaaten kann jedoch keine Rede sein, denn auch aus Sicht des Kapitals ist eine nationale Ordnung unabdingbar. Der Markt bedarf einer politischen, mit Sanktionsgewalt ausgestatteten Regelungsinanz. An deren Seite treten jedoch zunehmend internationale politische Institutionen. Sie setzen unter anderem Bedingungen über Marktzugänge, doch auch jene »Bestimmungen über geistiges Eigentum, grundlegende Funktionsvoraussetzung für das Kapital (durch), mit deren Hilfe das traditionelle Wissen der Völker angeeignet und neue Erkenntnisse privat verwertet werden.« (S. 18) Der Wegfall des Ostblocks verführt zudem das Großkapital dazu, den Klassenkompromiß mit den Gewerkschaften sukzessive aufzuweichen und schließlich aufzukündigen. Offene Märkte und Exportorientierung verschärfen den Konkurrenzdruck, der sich in forciertem Rationali-

sierung und massivem Abbau von Arbeitsplätzen manifestiert. Angesichts breiter Verelendung in der (früheren) Dritten Welt wachsen Fundamentalismus und Haß auf die parlamentarische Demokratie, die mit den imperialistischen Praktiken in eins gesetzt wird. Das Klassenbewußtsein der Lohnabhängigen oder aus dem Arbeitsprozeß Eliminiertes hält dabei nicht Schritt. Damit eine neue Arbeiterbewegung die Initiative zurückgewinnen kann, ist zunächst ein Kampf um die Demokratisierung der internationalen Institutionen zu führen. Pelz zeigt die veränderten Lebensbedingungen der abhängig Beschäftigten, bei denen der Konsum heute eine unvergleichlich größere Rolle gegenüber früheren Zeiten spielt. Der Stand der Produktivkräfte erlaubt Konsum nicht nur, sondern ermuntert die Menschen dazu. Dennoch sind die Lohnabhängigen sogar im entwickelten Westen kaum imstande, an dem Konsum teilzunehmen, den ihre Bourgeoisie bevorzugt und der zu einer gigantischen Verschwendung der Ressourcen beiträgt. Der Marxismus steht keineswegs für Askese. Im Gegenteil: »Sozialismus und Klassenkampf müssen ansprechen und lustvoll werden statt grimmig entschrochener historischer Notwendigkeit. In Europa vor dem Ersten Weltkrieg und in geringerem Ausmaß in den USA gab es eine autonome Arbeiterkultur, die eine Alternative zum kapitalistischen Mainstream bot.« (S. 41) Diese Art einer alternativen Vision muß in gewandelter Form wiederbelebt werden. Es gilt, eine antihegemonistische Sphäre zu schaffen, die sich den oberflächlichen Normen des kapitalistischen Konsumerismus entzieht. Schrittweise sollten Institutionen, von Konsumgenossenschaften bis zu Bildungseinrichtungen aller Ebenen gebildet werden, »um eine sozialistische Bewegung auf der Grundlage aufgeklärten Eigeninteresses zu rekonstruieren.« (Ebd.)

Dazu bedarf es auch, so Haible, einer autonomen kulturellen Sphäre. Die historische Arbeiterkultur war aus der nackten Not geboren und mit dieser verschwunden. Die marginalisierten »neuen« Proletarier sind unselbständig und oft nur zeitweise beschäftigt, erfahren den klassischen Betrieb nicht mehr als sozialen Raum. Ohne Klassenbewußtsein, lassen sie sich gegeneinander hetzen: Junge gegen Alte, West gegen Ost, »Arbeits-

platzbesitzer« (welch verräterischer Terminus!) gegen Arbeitslose, Deutsche gegen Ausländer. Die Bildung als wesentlicher Teil der Kultur verkommt zur »Schmalspurbildung«, die Forschung zur »Auftragsforschung«, die über »Drittmittel« finanziert wird – oder auch nicht und somit auf der Strecke bleibt. »Jeder gegen jeden ist auch hier die Maxime«, schreibt Haible zu Recht. (S. 234) Eine Genenkultur bedarf vor allem einer eigenständigen Partei mitsamt den Kulturorganisationen, Genossenschaften und damit verbundenen Gewerkschaften. Ein solches organisatorisches Zentrum braucht bei aller Pluralität auch »eine Verbindlichkeit« in Auffassungen und Werten.

Für eine erneuerte linke Bewegung sind die neuen Medien nicht zu unterschätzen, so Kröner. Das Internet verbreitert die Öffentlichkeit, wengleich die Inhalte im Netz mit der Quantität an Informationen nur selten Schritt halten. Die beginnende Institutionalisierung des transnational genutzten Internets durch Kontroll- und Beiräte, die heute mindestens zum Teil in demokratischer Weise konstituiert werden können, verschaffen der Linken neue Möglichkeiten. Wie beim Kampf um die Rundfunkräte lohnen sich die Anstrengungen, »wenn das Ziel mehr Demokratie ist, d. h. vor allem Unabhängigkeit der Berichterstattung und Schutz vor Zugriffen durch Regierungen, Parteien und Interessenverbände.« (S. 229)

All diese Fragen sind zwar auch für Asien, Afrika und Lateinamerika relevant, doch stehen dort eine riesige Zahl weiterer Probleme an, die geradezu nach einer schnellen und radikalen Lösung schreien.

Nur schlaglichtartig seien die von Peters aufgelisteten Fragen kurz beleuchtet. »Die chinesische Arbeiterklasse im Prozeß der Modernisierung des Landes« ist keine einheitliche Klasse mehr. »Durch die aufkommende soziale Differenzierung und Unsicherheit in den Existenzbedingungen begannen vor allem die älteren Produktionsarbeiter eine ablehnende Haltung gegenüber der Reform und demonstrative Bekenntnisse zu den sozialen Verhältnissen vor 1978 einzunehmen.« (S. 122) Die jüngere Generation strebt die Zugehörigkeit zur Mittelklasse oder gar zur Business-Elite an. Die Marktbeziehungen und »der generelle Verkauf der Arbeitskraft auf dem Markt stellt die offizielle These von der Arbei-

terklasse als führende Klasse der Gesellschaft in Frage.« (S. 123) Dennoch bleibt die Arbeiterklasse die entscheidende gesellschaftliche Klasse; von ihrer tendenziellen Auflösung kann keine Rede sein. Peters sieht den Weg zu einer sozialistischen Gesellschaft als eine »Gratwanderung«; wohin diese führe, sei noch offen. (S. 124)

Die Situation im demokratischen, doch kapitalistischen Indien, dessen Gesellschaft noch mit Feudalstrukturen durchsetzt ist, dürfte kaum einfacher sein. »Die Führungen von rückständigen und unberührbaren Kasten wie die der religiösen Minoritäten sind willige Komplizen bei der Durchsetzung des neoliberalen Projekts nach den Vorschriften von IWF und Weltbank im Sinne der Imperative von Multis und indischem Großkapital«, schreibt Malik. »Der Vorstellung von der soliden Phalanx eines von Kapitalismus und Industrialisierung hervorgebrachten Proletariats nach westlichem Muster entspricht nur ein kleiner Teil der urbanen Arbeiterschaft. Ansonsten ist die riesige indische Arbeiterklasse nach Kastenzugehörigkeit untergliedert.« (S. 204) Dennoch ist das Protestpotential gegen die aktuelle Misere nicht zu übersehen; eine Allianz von Landarmut, Mittelbauern, Angestellten und Arbeitern sei möglich und stehe auf der Tagesordnung. Hierbei komme den gebildeten Angestellten im produktiven und tertiären Sektor eine besondere Rolle zu.

Ist das Bedürfnis nach internationaler Klassensolidarität den Lohnabhängigen wesenseigen, wie Theodor Bergmann hofft? Die historische Erfahrung, der Prüfstein politischer Erkenntnis, spricht nur bedingt dafür. Wenn man aber sieht, mit welchen Anstrengungen die den Besitzenden zu Gebote stehenden Medien beinahe jeden Gedanken einer solchen Solidarität leugnen, vergessen oder lächerlich machen wollen, bleibt vielleicht doch der Schlußsatz aus Herbert Marcuses Buch *Vernunft und Revolution* aktuell? 1941 schrieb er: »Die Präformierung der Individuen, ihre Entwicklung zu Verwaltungsobjekten scheinen allgemeine Phänomene zu sein. Die Idee einer anderen Form von Vernunft und Freiheit ... erscheint wieder als Utopie. Aber der Triumph der regressiven und hemmenden Kräfte beeinträchtigt nicht die Wahrheit dieser Utopie. Die totale Mobilisierung der Gesellschaft gegen

die endgültige Befreiung des Individuums, die den historischen Inhalt der gegenwärtigen Periode ausmacht, zeigt an, wie real die Möglichkeit dieser Befreiung ist.«

MARIO KESSLER

Moshe Zuckermann:
Zweierlei Israel. Auskünfte
eines marxistischen Juden
an Thomas Ebermann, Hermann
L. Gremliza und Volker Weiß,
Konkret Literatur Verlag Hamburg
2003, 144 S. (12,40 €)

Moshe Zuckermann, Direktor des Instituts für Deutsche Geschichte der Universität Tel Aviv, bekennender Marxist und als ehemaliger Zionist heute einer der radikalsten Kritiker israelischer Politik, wurde allzu oft als Antizionist mißverstanden. Angetreten, um Klarheit über die Position Zuckermanns zu verschaffen und ihn ein für allemal vor Vereinnahmungen zu schützen sind Thomas Ebermann, ehemaliger Vorsitzender der Fraktion der Grünen im Bundestag, Hermann L. Gremliza, Herausgeber von KONKRET und der Zuckermann-Schüler Volker Weiß.

In Interviewform versuchen sie, mit Zuckermann das weite Feld Israel durchzugehen. Die Geschichte Israels von der Idee über den Osloer Friedensprozeß bis heute, Auschwitz in Politik und Bewußtsein, Probleme bei der israelischen Staatsbildung, aber auch Antisemitismus in Deutschland und der deutschen Linken sind Themen, nach denen Zuckermann befragt wird. Doch was sich im Laufe des Buches entwickelt ist mehr als ein Interview. Teilweise kehren sich die Rollen um, so zum Beispiel, wenn es um die deutsche Geschichte, den latenten Antisemitismus der 68er und um die Möglichkeit eines neuen Holocausts geht. Dann fragt Zuckermann nach und hört sich offen und besorgt die Ausführungen der drei eigentlichen Interviewer zur Konstanz antisemitischer Denkstrukturen in Deutschland an. Es entwickelt sich ein Gespräch, bei dem schnell klar wird, daß Israel, genauso wie Deutschland, die Palästinenser oder Auschwitz vor allem eins ist: Ein wunderbares Objekt für Projektionen aller Art.

In seinem wohl berühmtesten Buch *Zweierlei Holocaust* zeigte Zuckermann bereits die unterschiedlichen Rollen, welche die Shoa in Gesellschaft und Politik in Israel und Deutschland spielen. In *Zweierlei Israel* wird nun, ohne daß es explizit formuliert wird deutlich, wie unterschiedlich die Bilder in den Köpfen sein können. Es geht aber nicht nur um einen unverbindlichen Kulturaustausch, es wird hart um die eine Wahrheit gerungen. Dabei fragen Ebermann, Gremliza und Weiß immer wieder beharrlich nach. Wiederholen ihre Frage wenn nötig auch mehrmals und legen den Finger vor allem immer wieder in die Wunde unsauberer Argumentation. So z. B., wenn Zuckermann das Adjektiv »organisch« in bezug auf Staaten einführt (S. 25 ff.), um die relativ schnelle Staatsbildung Israels zu problematisieren. Hier machen die Interviewer deutlich, daß sie ein weit kritischeres Staatsverständnis an den Tag legen und mit naturalisierenden Kategorien wie die des Volkes als Kommunisten nichts anfangen können. Daher kommt für sie auch bei der Bestimmung, wer dem jüdischen Volk angehöre, nur negative Kriterien, wie sie Sartre oder Jean Améry ansetzen, in Frage. Jude ist also, wer als Jude verfolgt wird. Zuckermann kommt bei dieser Frage arg ins Schlingern, reiht verschiedene auch rechtliche Definitionen auf, aber schafft es nicht, seinem erklärten Anspruch gerecht zu werden, das jüdische Volk positiv zu definieren (S. 68 ff.).

Überhaupt hat man das Gefühl, Zuckermann begreift Antisemitismus als bloße Spielart des Rassismus. Diese mangelnde Differenziertheit im Zusammenhang mit einer sich radikal gerierenden Israelkritik kann dann auch schon mal zu einem Vergleich des Widerstandes im Warschauer Ghetto mit den Palästinenseraufständen führen. Während Ebermann und Co. immer wieder versuchen, Zuckermanns Israelkritik abzuwehren, verteidigt dieser wiederum das von den Interviewern heftig attackierte Deutschland. Sätze wie »(D)er Holocaust hat vor allem in Polen stattgefunden...« (S. 32) und das Aufzeigen einer antisemitischen Tradition auch zum Beispiel in Frankreich können dabei allerdings leicht in den falschen Hals geraten. Die mangelnde Kritik am Kapitalismus als System führt bei Zuckermann immer wieder dazu, daß er meint, mit humanistischen Forderungen an Israel Probleme lösen zu können,

die tiefer sitzen. Daß Kapitalismus und Antisemitismus zusammenhängen wie Staat und Gewalt und daß Antisemitismus seit der Moderne immer Shoa-Potential besitzt, davon versuchen Ebermann, Gremliza und Weiß ihren Gast und den Leser zu überzeugen. Es entspinnt sich ein spannendes Spiel mit wechselnden Rollen und wechselnden Strategien zwischen zuhören, angreifen, überzeugen, vereinnahmen und verteidigen.

BENNO HERZOG

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Bestellkupon

An
UTOPIE kreativ – Redaktion
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

- Ich abonniere UTOPIE kreativ zunächst für ein Jahr zum nächstmöglichen Termin zum Preis von 57 € incl. Versand (Inland) bzw. 75 € (Ausland).
- Ich abonniere UTOPIE kreativ im Förderabonnement zum Preis von 75 € incl. Versand.
- Ich bestelle das aktuelle Heft zum Preis von 6 € bzw. 10 € (Doppelheft)
- Ich bestelle ein kostenloses Probeheft
- Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte der Nummern 123 bis 146 zu je 2,50 €
- Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte der Nummern 1 bis 122 (soweit vorrätig) zum Preis von je 1 €

(bitte ankreuzen)

.....
Name, Vorname

.....
Straße

.....
PLZ, Ort

.....
Kontonummer

.....
BLZ / Geldinstitut

.....
Datum/Unterschrift:

Das Abonnement verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn nicht spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraumes schriftlich gekündigt wird. Meine Bestellung kann ich innerhalb von 14 Tagen widerrufen. Es gilt das Datum des Poststempels.

Datum, 2. Unterschrift

MAX KOCH: The Crisis of Democracy in Chile

Thirty years ago the government of Unidad Popular (UP) was brought down in a coup d'état. An analysis of its reform politics seems to be of more than historical interest as it is associated with a rare attempt to transform economy and society in a socialist way, thereby proceeding democratically and respecting opposition parties. While US and Cuban foreign policy have been discussed at length by others, here I will concentrate on the internal factors that led to the rise and fall of the UP. Firstly, I outline the political and economic developments that led to the election of Allende; secondly, I discuss the reforms of the UP; and finally I look at the crisis of democracy in 1973.

ANJA LAABS: Subsidized Hunger

The most important mechanisms for the protection of national agriculture are subsidies and tariffs. Subsidies promote the productivity in the own country and make trade possible on the world market under world price conditions. Tariffs protect the own economy against cheap imported goods. Both mechanisms were indispensable conditions for the development of today's industrialized countries and made them what they are today. However, the WTO (World Trade Organization) wants to restrict exactly these mechanisms more and more. That mainly has strong impacts on the developing countries, which do not have a chance to develop their own stable economies without this protection. The consequence is an export-oriented economy in the developing countries, whose conditions are determined by the industrialized countries. Such a unilaterally oriented economy reacts sensibly to fluctuations of world prices and is unstable.

OLIVER SCHOELLER: »Bertelsmann leads the way!«

On the sociopolitical relevance of a German think tank

The Bertelsmann Foundation was set up in 1977 by Reinhard Mohn, head of the Bertelsmann company. The success story of the company and the foundation began in the provincial West-German town of Gütersloh. Since then, the foundation has grown into a corporation operating on a global scale. The analysis of the foundation's activities has revealed how ambivalent these pursuits are. Whether spreading its own corporate culture, formulating ideas for educational reform or the intended transformation of society, in each case the foundation follows the guiding light of its own economic interests. In so doing it pursues a single-minded corporate concept, which may explain its exceptionally enduring success.

JÜRGEN KLUTE: New Challenges Ahead for Co-Determination and the Concept of Economic Democracy

The IT revolution causes economic changes that significantly differ from the rather steady development in the post-war era. These changes led to a dramatic decrease in the demand for labour in almost all classical sectors of employment. At the same time we witness deep changes with regard to how

employment is organised. Both processes create new challenges for co-determination and the concept of economic democracy. New concepts and organisational patterns are required to face these challenges.

JOCHEN EBEL, BERTHOLD KÜHN: A Model to Reduce Unemployment by Shortening Working Hours

In this text a model to solve the problem of unemployment by shortening work hours is presented, played through and explained. It demonstrates that it is possible to reduce unemployment by shortening working hours without reducing the net wage of all employed people and that in all this leads to an increase in economic strength. The plausibility of this model is depicted using example calculations. The aim is to put more people to work and sink the unproductive expenditures for unemployment.

ULRICH BUSCH: Critique of Property Rights and Alternative Options to the Private Control of Property

Criticism of property rights and/or private property is as old as the object itself. Four forms of critique can be distinguished: conservative-romantic, moral-ethical, naive-utopian, and dialectic critique. The latter is not directed at the abolition of private property but rather at its dissolution. The central point of departure is the objective process of real, material socialisation of production. Proceeding from this premise different options for the organisation of private property can be envisioned – as different ways to socialise and democratically reorganise structures of ownership.

HANS GEORG TROST: The Property Question in the Programme Debate of the PDS

The position of the PDS on the question of property in democratic socialism has played an eminent role since the beginning of the programmatic debate. Some fundamental positions emerged right from the outset, in particular regarding the plurality of property forms as well as the social orientation and/or »social obligation« of property. It is emphasized that the main concern is not legal titles (property rights), but rather the real, material control over the resources of economic power. In this context, public property is of particular significance.

PATRICK CUNINGHAME: Arguments for Studying the Autonomia

Sergio Bologna is among the leading intellectuals of the »Italian Operaism«. He maintains a sympathising, yet critical attitude towards the social movements that were created by the autonomous workers, students, radical feminists and alternative youth movement of the 1970s. His essay »The Tribe of the Mules« is one of the most comprehensive studies about the social origin and composition of an important political and social mass movement in Italy. It is this very movement that the current network »centri sociali«, the free radios and the antiglobalisation movement are rooted in.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von 30000 Zeichen, wovon ein Fünftel auf

Marginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6000 Zeichen, Annotationen 3000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.

Redaktion:

ULRICH BUSCH (V.i.S.d.P.),

WOLFRAM ADOLPHI, THOMAS GERLACH,

ARNDT HOPFMANN, ULLA PLENER,

MARTIN SCHIRDEWAN, JÖRN SCHÜTRUMPF,

MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE, DIETMAR WITTICH

Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,

Tel.: 030- 44 310-157/130/123, Fax-122

Internet: www.utopiekreativ.de

E-Mail: utopiekreativ@rosalux.de

Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,

Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL

Satz: ELKE SADZINSKI

Druck: MediaService GmbH

BärenDruck und Werbung

Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,

10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahresabonnement (incl. Versand):

57 € (Inland), 75 € (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 122:	je	1 €
Heft 123 bis 146	je	2,50 €